

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljahr 3,20 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus, Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erchelet täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile über deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 14. Januar 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Rußland und Japan.

I.

Wenn man zu einem Urteil über die Lage in Ostasien gelangen will, das sich auf mehr stützt, als die tendenziös gefärbten, unzuverlässigen und schwankenden Nachrichten über den Stand der diplomatischen Verhandlungen zwischen den beiden Mächten, so ist es nötig, sich des Charakters der Politik bewusst zu werden, die Rußland und Japan in Ostasien den politischen Traditionen und den politischen und ökonomischen Interessen gemäß zu beobachten gezwungen sind. Wir haben neulich in einem Artikel namentlich die militärischen Kräfte, die voraussichtlich für den Anfang eines ausbrechenden Krieges zur Verwendung gelangen würden, gegen einander abgetoogen. Wir kamen dabei zu dem Resultat, daß Japan Rußland wahrscheinlich sowohl zu Wasser wie zu Lande überlegen sein würde. Allerdings nur für das erste Stadium des Krieges, da das Kräfteverhältnis sich im Verlaufe des Krieges voraussichtlich zu Gunsten Rußlands verschieben würde. Angesichts einer solchen Situation kann keiner der beiden Mächte der Entschluß leicht werden, den Krieg heraufzubeschwören. Umsoweniger, als auch das finanzielle Glanz bei den Rivalen gleich groß ist. Alles das macht es nur zu begreiflich, daß keine der Mächte sich mit besonderer Begeisterung in einen Krieg stürzen wird, dessen Verlauf ein äußerst hartnäckiger, opferreicher und blutiger werden und dessen Ausgang ein höchst unsicherer sein würde.

Sodern es also auf die subjektive und individuelle Entscheidung der beiden Regierungen anläßt, könnte man den naiven Optimismus unserer Friedensschwärmer auf friedliche Schlichtung selbst damit teilen, wenn man die von jener Seite so nachdrücklich beteuerte Friedensliebe des Japans für eine völlig unverbürgte Legende hielte. Aber über Krieg und Frieden entscheiden in einer Situation, wie sie in Ostasien vorliegt, ganz andre Momente, als das persönliche Empfinden gekrönter Häupter.

In Ostasien handelt es sich im Augenblick um nichts Geringeres, als um die Herrschaft über Korea und Nordchina, als um die Frage, ob Rußland oder Japan die herrschende Vormacht in den umstrittenen Gebieten sein soll.

Auf die Eroberung dieser Vormacht in Nordchina und Korea, auf die Beherrschung ganz Nordasiens, ja möglicherweise fast des gesamten Nisfenkontinents, ist aber seit geraumer Zeit Rußlands Expansionspolitik gerichtet gewesen. Man mag diese Politik phantastisch, größenwahnsinnig finden — es ist nun einmal die Politik, die das Jarentreich seit der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts mit erstaunlicher Energie und Konsequenz verfolgt hat. Und namentlich seit der Zeit verfolgt hat, seit der ihm auf seinem Wege nach Konstantinopel einwilligen unüberwindliche Hindernisse in den Weg traten. Erst entschlossen, bis zum offenen Meere vorzudringen und damit auch einen Stützpunkt für Flottenaktionen zu gewinnen, drang Rußland quer durch Asien zum Großen Ocean vor.

Der Krimkrieg war die Folge des russischen Versuchs, die Türkei zu zerrüttern und sich an Vostporus festzusetzen. Damals machte der Zar England in allem Ernste den Vorschlag, mit Hilfe Oesterreichs und Preußens die Türkei aufzuteilen. England war klug genug, auf das Compagniegeschäft zu verzichten.

Als trotzdem 1853 Rußland der Türkei den Krieg erklärte, eilten ihr im Frühjahr 1854 die Engländer und Franzosen zu Hilfe und zwangen durch ihre Truppenlandungen auf der Halbinsel Krim nach der Erfüllung von Sevastopol Rußland zum Verzicht auf seine Annexionspläne. Den deutsch-französischen Krieg verlor Rußland dergestalt zu nullifizieren, daß es gegen Wahrung der Neutralität und Einwirkung auf Oesterreich im gleichen Sinne die Aufhebung jener Bestimmung des Pariser Friedens vom Jahre 1856 durchführte, die Rußland verbot, im Schwarzen Meer seine Flotte zu vergrößern und Kriegshäfen anzulegen. Als sich dagegen 1877/78 Rußland abermals auf die Türkei stürzte und sie nach blutigen Kämpfen schließlich niedertwarf, da verhinderte Englands Intervention abermals die erhoffte Realisierung der alten zarischen Pläne auf der Ballanhalbinsel.

Seit jener Zeit setzte Rußland seine Expansionspolitik in Asien nach Süden und Osten hin mit verdoppelter Energie fort. 1881 unterwarf es die Tele-Turkmenen, 1884 stieß es gegen Merw vor und unterwarf sich auch diese Stämme. 1886 annektierte es ein Stück von Afghanistan, den Distrikt Fendischbeh, 1892 bemächtigte es sich des Pamir-Plateaus. Daß es Emisare in Afghanistan und Tibet unterhält, deren Buhlarbeit England im letzteren Lande durch einen militärischen Vorstoß gegen die Hauptstadt entgegenwirken zu müssen glaubte, ist bekannt.

Mit dem Vordringen gegen Indien ging das Vordringen gegen China Hand in Hand. Seit Anfang der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts begann der Generalgouverneur von Sibirien, Murawiew, das zarische Interesse auf die Mandchurie zu lenken.

Im Jahre 1860 brachte er den Vertrag zu stande, durch den China das Land am linken Ufer des Amur an Rußland abtrat. Im Jahre 1861 begann der Bau der großen sibirischen Bahn, die den fernsten Osten Asiens durch den Sibirienstrang mit dem europäischen Rußland in engste Verbindung bringen sollte. Durch das Vorgehen Rußlands und die Haltung der europäischen Mächte überhaupt beunruhigt, begann Japan 1854 den Krieg mit China, um sich der Halbinsel Korea oder, was ihm noch wichtiger erschien, des südlichen Teils der Mandchurie selbst, namentlich der den Wolf von Petschili beherrschenden Halbinsel Liao-tung zu bemächtigen. Der Krieg endete bekanntlich mit der Niederlage Chinas, und Japan erlebte die Genußzeitung, von China im Frieden von Schimonoseki den ersehnten Südtteil der mandchurischen Provinz Schiu-ling einschließlich Niutschwang abgetreten zu erhalten.

Seine Freude war freilich nur von kurzer Dauer. Rußland behagte die Festsetzung Japans auf mandchurischem Boden ganz und gar nicht. Es gelang seiner verschlagenen Diplomatie denn auch, nicht nur Frankreich, sondern auch Deutschland zu einer Protestaktion gegen die vereinbarten chinesisch-japanischen Friedensbedingungen zu gewinnen. Das Vorgehen der drei Mächte zwang Japan, auf jeden kontinentalen Landwerb zu verzichten und sich durch eine hohe Kriegsentschädigung abfinden zu lassen, eine Kriegsentschädigung, die Japan bekanntlich ausschließlich zu militärischen und namentlich auch mariniischen Ausflügen verwendete, um später erzwungen zu können, was es 1895 zu erzwingen zu schwach war.

Zunächst freilich mußte Rußland als lauhender Dritter die Schwäche Chinas und Japans aus. Als Deutschland im November 1897 Kiautschou „gepachtet“ hatte, besetzte Rußland noch im Dezember desselben Jahres den Hafen Port Arthur auf derselben Halbinsel Liao-tung, die es zwei Jahre zuvor mit Hilfe Frankreichs und Deutschlands der gepanzerten Faust Japans wieder abgerungen hatte. Und als dann die Raub- und Beutepolitik der Mächte 1900 zur Erhebung Chinas und dem berüchtigten Boxerkrieg führte, war es wiederum Rußland, das dreist zugriff und die ganze Mandchurie in seinen Besitz brachte, die wieder herauszugeben ihm trotz aller vertragmäßigen Abmachungen nicht im Traume einfällt. Im Gegenteil, Rußlands ostasiatische Annexionspolitik zwingt es dazu, zur Sicherung seiner inzwischen erlangten Machtstellung noch weiter zu gehen und sich zum mindesten einiger beherrschender Land- und Küstenplätze Koreas zu bemächtigen, auch wenn es diesem Lande den Schatten der nationalen Souveränität noch einige Zeit lang gönnen zu sollen glaubte.

Man vergegenwärtige sich: Endlich ist es Rußland gelungen, zur offenen See vorzudringen. In der Ostsee, im Schwarzen Meer befindet sich seine Flotte in Vismengewässern, deren enge Zugangsstraßen durch fremde Mächte beherrscht werden. Vladivostok und Port Arthur sind freie Häfen und ihre strategische Bedeutung für Ostasien ist eine außerordentliche, wenn es gelingt, eine Cooperation der in ihnen stationierten Flotten jederzeit zu ermöglichen.

Nun liegt aber Vladivostok nördlich, Port Arthur südlich von der bis 600 Kilometer weit ins Meer hineinragenden Halbinsel Korea und die einzige enge Verbindungsstraße kann durch Japan leicht gesperrt werden, falls es Rußland nicht gelingt, an der koreanischen Küste Stütz- und Schutzpunkte für seine Flotte anzulegen. Eine derartige Festsetzung Rußlands an der koreanischen Küste kann aber Japan unter keinen Umständen dulden.

Wenn man diese Situation erwägt und sich vergegenwärtigt, daß sich Rußland mehrmals in einen blutigen, erschöpfenden Krieg mit der Türkei und, wie im Krimkrieg, sogar mit zwei ihr verbündeten Westmächten gestürzt hat, um den Vostporus zu beherrschen, so wird man auch die Möglichkeit nicht leugnen, daß es Rußland wegen des ostasiatischen Vostporus und seiner Vormachtstellung in Ostasien auf einen Krieg ankommen läßt. Welche Bedeutung Rußland dieser Stellung beimißt, beweist die ungeheure Truppenansammlung in Ostasien, beweist der wiederholt beschleunigte Bau der großen sibirischen Eisenbahn, der Hunderte von Millionen verschlungen hat, beweist die Anlage gewaltiger Befestigungen in Vladivostok und Port Arthur. Die Mandchurie mit ihren zwölf Millionen Einwohnern und ihrem im nördlichen Teil unweitlichen Klima kann trotz ihrer mächtigen Metall- und Kohlen-schätze Rußland schwerlich zu solcher Machtentfaltung verleitet haben. Auch Korea mit seinen sechs Millionen Einwohnern wäre an sich kaum des Einsegens so gewaltiger materieller und militärischer Mittel wert. Es ist eben nicht das, was Rußland in Ostasien bereits besitzt, was den Einzug dieser und täglich sich steigender Kräfte veranlaßt, sondern die Spekulation auf weitere Provinzen des Reiches der Mitte, auf einen ganz Nord-China beherrschenden ökonomischen und militärischen Einfluß. Zur Sicherung dieses Einflusses fehlt Rußland aber noch Korea als strategische Basis, von der aus es auch seinem Rivalen Japan Schwach bieten könnte. Japan aber will und kann nicht dulden, daß Rußland seiner ostasiatischen Macht auch noch diesen Schluß- und Eckstein einräumt — es müßte denn auf all seine kühnen Zukunftspläne auf politischem, kolonialem und handelspolitischen Gebiete resigniert verzichten.

Mit diesen Interessen Japans soll sich unser zweiter und Schlußartikel beschäftigen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Januar.

Reichstag.

Die Besprechung unserer Interpellation wegen der Maßnahmen, die die Regierung zur Bekämpfung der Wurmkrankheit der Bergleute zu ergreifen gedenkt, nahm eine ausgedehnte Sitzung in Anspruch. Zuerst sprach Herr Stöckel vom Centrum. Er war selber Bergmann und dankt seine Wahl den katholisch organisierten Bergarbeitern. Es war demnach selbstverständlich, daß er nicht für die national-liberalen Fehdenbarone Partei ergriff. Er erkannte an, daß die Belastung der Arbeiter mit den Untersuchungskosten schwer genug sei und daß sie während der Kur durch den Lohnausfall starke Einbußen erlitten, die durch das Krankengeld durchaus nicht gedeckt werden. Und so forderte er denn die volle Entschädigung aus Reichsmitteln für die Betroffenen. Hoffentlich hält das Centrum Wort, wenn bei der Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern ein entsprechender Antrag von uns

gestellt wird. Damit würde es am besten beweisen, daß es im vorigen Jahre nur aus einem Mißverständnis heraus gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Vereinstellung von Reichsmitteln zu diesem Zwecke gestimmt hat.

Wie wenig es sich für die Klassenbewußte Organisation der Bergarbeiter bei ihrer Aufklärungsarbeit zur Bekämpfung der Seuche um parteipolitische Zwecke handelt, und wie groß noch immer die Opfer sind, die die Krankheit den Arbeitern auferlegt, das wies in einer vortrefflichen Rede Genosse Huß nach. Er räumte mit den Verschönigungs- und Vertuschungsversuchen des Ministers Möller unbarmherzig auf und stellte die zahlreichen Widersprüche in dessen geistiger Rede fest. Es steht fest, daß die „Bergarbeiter-Zeitung“ den ersten Warnungs-ruf 1897 erhoben hat. Fünf Jahre lang ist so gut wie nichts geschehen, und auch in der Ausführung der zweiten energischeren Verordnung vom Jahre 1902 hapert es an allen Ecken und Enden. Dabei werden der Bergarbeiter-Organisation die Hände gebunden, wenn sie ausflüßend wirken will. Die Säle werden ihr abgetrieben, die Anapppschäfts-Kerzte dürfen nicht in ihren Versammlungen sprechen. Auch die Mahregeln, die den Fehdenbestimmern vorgeschrieben sind, werden vielfach nicht erfüllt, und die Bergbehörden sind in ihrer jetzigen Organisation unfähig, eine wirksame Kontrolle der Gruben vorzunehmen. Dazu kommen die tiefen wirtschaftlichen Schädigungen, die eine Erkrankung den Arbeitern bringt. Genosse Huß entwickelte eine Reihe positiver Vorschläge zur wirksamen Bekämpfung der Gefahr. Es ist geradezu empörend, daß die Fehdenbestimmter nicht für Trinkwasser für die unter Tag arbeitenden Bergleute sorgen. Dabei dringen die Schächte immer tiefer in die Erde ein und die Arbeiter müssen ihre gefährliche Arbeit bei einer Temperatur bis zu 30 Grad Reaumur verrichten. Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden, eine Befestigung der Ueber-schichten, eine Ueber-wachung der Accordbedingungen und eine größere Kontrolle durch Arbeiter selbst könnte hier allein gründlich helfen. Statt dessen wird die Einführung fremder Bergleute aus Polen, Galizien und Ungarn, die den Keim der Krankheit mit sich bringen, ruhig geduldet und der hatatistische Chauvinismus macht sich nur dadurch bemerkbar, daß den polnischen Arbeitern in Westfalen die Vorschriften zur Bekämpfung der Seuche nicht in ihrer Muttersprache, also für manche geradezu unverständlich, angezeigt werden. Die Erregung im Ruhrrevier über die Schädigungen durch die Seuche war so groß, daß es im vorigen Jahre der größten Anstrengungen der besonnenen Führer des Verbandes bedurfte, um einen Streit zu verhindern. Geschieht jetzt nichts, so müssen sie freilich jede Verantwortung für die Folgen ablehnen.

Diese durch gründliche Sachlichkeit ausgezeichneten Erörterungen Qués fand Herr Möller natürlich agitatorisch. Agitatorisch heißt alles, was daran erinnert, daß die Interessen der Arbeiter hinter den Interessen der Grubenbesitzer zurückstehen müssen. Der Handelsminister suchte die Arbeiter durch die fünfmal wiederholte Versicherung zu beruhigen, daß Deutschland in der Socialpolitik allen Ländern der Welt mit Siebenmeilenstiefeln voran eilt. Seine Redensart wirkte um so hohler, als gerade in der Frage der Anstellung von Arbeiter-kontrollleuten für die Gruben eine Reihe anderer Länder uns bedeutend voran sind.

Die weitere Debatte wurde hauptsächlich von den Kerzten geführt. Nach dem ärztlichen Sachverständigen der Regierung, Professor Dr. Kirchner, sprachen nacheinander die Doktoren Möller, Höffel, Rugdan, Rügenberg und Dr. Veder. Herr Dr. Rugdan von der Freisinnigen Volkspartei hielt sich dabei am verständigsten. Er erkannte an, daß die Abwehrmaßregeln viel zu spät ergriffen worden seien und daß die Regierung nicht bloß durch Verordnungen, sondern auch mit flingender Münze zur Bekämpfung der Krankheit einspringen müsse. Er und ebenso Dr. Rügenberg vom Centrum forderten, daß die Vorschriften für polnische Arbeiter in polnischer Sprache erlassen würden.

Eine arge Blamage holte sich Herr Dr. Veder, der Hospitant der Nationalliberalen, der in Offenbach über Genossen Ulrich geseigt hat. Seine absolute Unkenntnis der Bergarbeiter-Verhältnisse suchte er durch allerhand thörichte Angriffe gegen die Socialdemokraten zu verdecken. Die Arbeiter seien schuld an der Ausbreitung der Krankheit; die Socialdemokraten behielten sie auf; die Socialdemokraten seien Gegner der Freizügigkeit, denn in den Gewerkschafts-blättern sei täglich zu lesen: „Zuzug fernzuhalten“; Herr Quó solle doch ein wirksames Heilmittel gegen die Wurmkrankheit angeben; die Kerzte müßten sich gegen den sozialdemokratischen Terrorismus zusammenschließen. Dieses kranke und zusammenhanglose Zeug begeisterte die Nationalliberalen so, daß sie diese frisch gewonnene Kraft mit lautem Handelslärm begründeten. Ihr Fraktionsführer Dr. Sattler, der einen solchen Erfolg noch nie errungen, winkte mißbilligend ab, und Herr Dr. Baasche, der gerade den Vorsitz führte, mußte tadelnd bemerken, daß eine solche Beifallsart den parlamentarischen Sitten nicht entspreche.

Genosse Sachse erwiderte Herrn Dr. Veder, soweit es sich überhaupt verlohnte, auf seine puyigen Behauptungen einzugehen.

Am Donnerstag werden die weiteren Interpellationen (Handwerkerversicherung und Zeugniszwang) beraten. —

Ein neuer Welfensfonds.

Die Scharische Sparlotterie ist beschlossene Sache. Und wenn dieser Menschenwindel nicht unverzüglich ins Werk gesetzt werden soll, so ist daran nicht die Regierung, sondern Herr August Scherl schuld, der durch die Verhängnisse auf seine Erfindung nervös geworden ist und vorläufig den Spindeln spielt.

Das Organ der preussischen Regierung, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, giebt heute mit geradezu verblüffender Offenheit den bereits zum Abschluß gediehenen Plan zu, und die Auslassungen des Blattes bedeuten ebendenn noch eine demütigste Bitte an den allmächtigen Zeitungsindustriellen, der Regierung doch das Spiel nicht zu verderben. Die Mitteilungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ lauten wörtlich:

„Gegenüber den Anfeindungen, die das Scharische Prämien-Sparsystem in einem Teil der Presse gefunden hat, möchten wir darauf hinweisen, daß das Sparsystem in den beteiligten Kreisen eingehend geprüft worden ist. Das Ergebnis dieser Prüfung bestand in einer Reihe von Abänderungen, durch die bisher vorhandene Bedenken beseitigt wurden. Im Einvernehmen mit Herrn Scherl hatte sich das königliche Staatsministerium insbesondere dahin schlüssig gemacht, daß die Konzession zur Vornahme der mit dem Scharischen Sparsystem verbundenen Prämienverlosung einem vom Vorstand des deutschen Sparassensverbandes vorgeschlagenen Komitee erteilt werden sollte. Der Vorstand des deutschen Sparassensverbandes hatte sich zu dem Scharischen Sparsystem gütlich geäußert und in einer außerordentlichen Tagung zu Berlin am 27. Juli 1903 mit Einstimmigkeit die Billigung des Systems und seine Nützlichkeit für die deutschen Sparassens angefochten. Was schließlich die geplante Verbands-Zeitschrift „Die Sprechstube im Dienste des öffentlichen Lebens“ anbelangt, so war durch die bestehenden Vereinbarungen dafür Sorge getragen worden, daß diese Zeitschrift zu einer Konkurrenz mit bestehenden Zeitungsunternehmen nicht ausgebildet werden konnte.“

Obwohl die königliche Staatsregierung von der Uneigennützigkeit und den vom Interesse des Gemeinwohls geleiteten Motiven des Erfinders des Systems, Herrn Scherl, überzeugt ist — Herr Scherl hatte als zukünftiger Begründer der Sparvermittlungskunst freiwillig eine Reihe von Verpflichtungen auf sich genommen, durch die ihm die Möglichkeit eigenen Gewinnes abgeschnitten wurde, ohne ihn von dem Risiko des Unternehmers zu befreien —, hat Herr Scherl wegen der gegen seinen Plan und seine Person gerichteten Preßangriffe doch gebeten, mit seiner Person bei der Verwirklichung des Sparsystems auscheiden zu dürfen. Ungeachtet der Bedenken, die dieser Bitte im gegenwärtigen Stadium der Angelegenheit entgegenstanden, wo die erforderlichen Verträge zur Sicherung der rechtlichen Grundlagen des Systems bereits abgeschlossen waren, ist Herr Scherl bei seiner Weigerung verblieben, hat aber gleichzeitig Mittel und Wege angegeben, wie auch nach Auscheiden seiner Person das Prämien-Sparsystem verwirklicht werden könne. Wie weit dies möglich sein wird, darüber schweben zur Zeit noch Verhandlungen, die jedenfalls einen Aufschub der zum 1. Januar 1905 geplant gewesenen Einführung des Prämien-Sparsystems verzögern werden.“

Wir haben demnach mit dem feststehenden Entschluß des gegenwärtig amtierenden Ministeriums zu rechnen, die Scharische Erfindung zu verwirklichen. Zwar will nunmehr Herr Scherl selbst beicheiden im Hintergrunde bleiben, aber er hat doch zugleich als Nebenminister seine Leute in den Ministerien erachtet, wie sie auch ohne seine Person seine Idee durchzuführen könnten, — ein wahrhafter Wohltäter der Menschheit, weise, gerecht, der Rat und Hilfe an Minister in den dicksten Lebenslagen zu erteilen weiß. Die Regierung winnert förmlich um Scherls hochherzigen Beistand; er solle sie nicht im Stiche lassen, seien doch alle Vorbereitungen getroffen und Verträge bereits abgeschlossen.

Durch die Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ gewinnt die Angelegenheit eine erhebliche politische Bedeutung. Die Frage lautet auf: Welches brennende Interesse hat die preussische Regierung daran, ein Unternehmen offiziell zu begünstigen, das nicht nur die Spielbank organisiert und ausbeutet — Monaco weit übertrumpft — sondern auch, die Dummheit und Hoffnungslosigkeit derart ausbeutet, daß die kleinen Sparer um die Zinsen geprellt werden und zugleich in der Form von Abholungsgebühren bares Geld bezahlen müssen. Für alle diese Einbußen erhalten dann die Betroffenen Aufweisungen auf das Himmelwunder eines Anteils am großen Lose.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ sucht die Kritik — sie kennt die edlen Beweggründe ihrer Pappenhäuser — der bürgerlichen Presse, die natürlich nur aus Konkurrenzangst gegen Scherl Sturm lief und die die Sorge um den Profit ins „Gemeinnützige“ entläßt idealisierte, dadurch zu entwaschen, daß sie erstens versichert Scherl wolle bei seiner gemeinnützigen Erfindung nichts verdienen; zweitens aber solle das geplante Journal, die „Sprechstube“ der Sparspieler den bestehenden Zeitungen keinen Wettbewerb machen.

Mit diesen Versicherungen werden die gewissen Profitsüger der bürgerlichen Zeitungsunternehmen sich schwerlich zufrieden geben. Sie willern mit Recht Verderben für das eigne Geschäft. Aber die Sorge der bürgerlichen Presse braucht uns nicht zu kümmern. Die Öffentlichkeit hat die Frage zu stellen: Was steckt hinter dieser kompromittierenden Geheimbündel der Regierung mit einem durch seine Sensations- und Verdummungsblätter antizipierten Emporkömmling?

Ueber die materiellen Schönheiten des Sparsystems ist das Notwendige gesagt. Ob etwa die Regierung aus den Spargeldern eine Kasse zu gründen wünscht, über deren Millionen sie unkontrolliert in bestimmten Fällen zu verfügen vermag, läßt sich ohne Kenntnis der Einzelheiten des Planes nicht erkennen. Wohl aber ist eines klar: Es handelt sich ganz offenbar um eine Neubelebung des Welfensfonds, der diesmal aus den Mitteln des Volkes selbst gespeist wird. In der That ein Unternehmen, dem man eine gewisse finanzielle Aussicht nicht bestreiten kann.

Als Caprivis Ministerpräsident wurde, gelangte der Welfensfonds zur Ausbeutung; teils aus dem Mangel an Mitteln Caprivis, teils weil der Fonds ohnehin erschöpft war. Mittels des aus dem Kronvermögen des entthronten Königs von Hannover gebildeten Fonds wurde seit 1886 Preußen mit einem Reich bestochener Prehorgane überhäufelt, die gegen Bar die jeweiligen politischen Melodien Bismarcks zu pfeifen hatten. Journalisten wurden bestochen, Kreisblätter angehalten, gutgesummen Verlegern in kleinen Dörfen selbst leistungsfähige Maschinen gekauft, damit sie eine unabhängige Konkurrenz durch technische Überlegenheit niedertreten konnten. Die „Nation der Schwachköpfe“, von der der „Reichsbote“ neulich in Scherl-Empörung sprach, wurde damals mit Hilfe des Welfensfonds nach Kräften gezüchtet.

Seit der Aufhebung des Welfensfonds nun verfügt die preussische Regierung nicht mehr über einen unerforschlichen Quell solcher ebenbürtigen Presse offizieller Einflüsse zugänglich, aber wo Interessen der von ihr vertretenen Gesellschaftsklassen auf dem Spiel stehen, ge-

staltet sie sich auch Typoposition gegen die Regierung, die niederzuhalten die Regierung kein genügend einflussreiches und vertrautes Organ hat. Dazu kommt die freie Aufklärungsarbeit der Socialdemokratie, gegen die die Regierung ganz und gar ohnmächtig ist.

In dieser Not kam der Regierung der rettende Gedanke der Scharischen Sparlotterie gerade gelegen. In dieser umfassensten Organisation fand sich zugleich ein Mittel zur unentgeltlichen millionenfachen Verbreitung eines Prehorgans, das ein gefügiges Werkzeug der Regierung wäre. Zuerst als Wochenblatt gedacht, würde es bald in eine Tageszeitung umgewandelt werden. Und der Witz war, daß diese verführerische Unentgeltlichkeit nur scheinbar war; denn in Wirklichkeit würde das Organ — abgesehen von den Inseraten — durch die hohen „Abholungsgebühren“ und den den Sparer entzogenen Zinsgewinn angeschossen. Ein ganz vertenes Projekt! Man fördert und beutet die Spielbank aus, und was man damit nicht an Verblödung leistet, verrichtet die „unentgeltliche“ Sprechstube. Kein Zweifel, daß auf diesem Wege in Wälde die Teile der Nation, die der socialdemokratischen Aufklärung noch nicht zugänglich, rettungslos die Fegelföhre preussisch-ministerieller Intelligenz erreichen würden. Es bedarf keiner Vermunft zu regieren, wenn die Regierten zuvor um die Vermunft gebracht sind. Obendrein müssen die Scharspieler die Kosten ihrer eignen Verblödung tragen.

Die Verfertigung des Landes durch Scharische Prehorgane mit Hilfe der Sparlotterie wäre noch weit gefährlicher als das Untreten der alten Welfensfondreptile. Das waren durchweg kümmerliche elende Prehorgane, die schon aus rein quantitativen Gründen keinen Vergleich mit den großen, leidlich unabhängigen Prehorganen anhalten konnten. Das neue Sparspielblatt aber wird ohne Zweifel äußerlich mit all der Splendiddität — in sensationellem Klatsch, Aktualität, Bildern usw. — ausgestattet werden, welche der vorgeschrittene Kapitalismus ermöglicht. Die Spekulation der Regierung ist also gar nicht so aussichtslos, in dem journalistischen Instrument der Sparlotterie eine Vermunftblende großen Stils zu gewinnen. Und diese Hoffnung hat das Blatt der Regierung bis zu dem stehenden Zufall vor August Scherl gebracht.

Freilich, das eigentliche Ziel wird auch dieser große Korruptionsplan nicht erreichen. Es kann gelingen, die Bourgeoisie und das Kleinbürgertum geistig und moralisch noch mehr zu verknüppeln. Damit aber wird das socialdemokratische erzogene Proletariat, das auch mit einer Sparlotterie und einer idiotisch lallenden „Sprechstube“ nicht überwunden werden wird, in steigendem Maße die Zukunft aller gefunden, intellektuell und sittlich anspruchsvollen Elemente. Der neue Welfensfonds wird nicht die Socialdemokratie korumpieren, sondern lediglich den Niedergang der herrschenden Klassen beschleunigen.

Der Zustand der Hereros,

den ein gestriges offizielles Telegramm aus Deutsch-Südwestafrika als möglich hinstellte, ist inzwischen wirklich ausgebrochen. Das „Wolfsbüreau“ meldet heute: Nach gestern abend spät und heute eingetroffenen Telegrammen haben die Hereros durch Einschließung von Okahandja und durch Zerstörung der Eisenbahnbrücke bei Onna, etwa fünf Kilometer östlich von Okahandja, sowie durch Unterbrechung der Telegraphenverbindung mit Windhut die Feindseligkeiten eröffnet. Während ein letztes, aus Okahandja hier eingegangenes Telegramm auch die Telegraphenverbindung mit Swakopmund als gefährdet hinstellt, wird unmittelbar darauf aus Swakopmund gemeldet, daß diese Verbindung ebenfalls unterbrochen ist. Ein Verstärkungsstransport von 56 Mann Reservisten aus Swakopmund mit zwei Offizieren, einem Arzt ist sofort von Swakopmund nach Okahandja inraddiert, bei der Station Waldau aber an der Weiterfahrt verhindert worden, worauf ein Angriff auf die Station Waldau erfolgt ist. Wegen der durch den Ernst der Lage sofort gebotenen Maßnahmen schweben zwischen den beteiligten Ressorts Verhandlungen. Der am 6. Januar von Curhoven abgegangene Frachttransport wird voraussichtlich am 3. Februar in Swakopmund eintreffen.

Die Hereros zählen insgesamt 65 000 Köpfe. Treten alle Herero-Stämme in den Kampf ein, so werden sich auch weitere Hottentotten-Stämme an der Erhebung beteiligen.

Wie ja die offiziöse Meldung selbst verrät, rechnet man an antilicher Stelle bereits mit einem ersten Kriege und der Notwendigkeit eines außerordentlichen Truppen-Aufgebotes.

Ostasien.

Der Berliner „Standard“-Korrespondent erzählt, daß im jüngsten russischen Staatsrat unter Vorsitz des Zaren nach scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Anhängern der Friedens- und denen der Kriegspartei die dem Frieden günstigen Vorschläge des Zaren angenommen wurden. Die Unabhängigkeit Koreas werde gewahrt und die russische Interessensphäre auf den Norden, die japanische auf den Süden der Halbinsel beschränkt werden. Der Zar habe danach sofort an den Statthalter Admiral Alexejew ein in diesem Sinne gehaltenes Telegramm geschickt, das der Statthalter der japanischen Regierung mitteilen sollte, und ihm gleichzeitig eingeschärft, nur seinen, des Zaren, direkten Weisungen zu gehorchen. Die Mandchureifrage wurde in dem Staatsrat nicht nach allen Richtungen hin erörtert, doch kann der „Standard“-Korrespondent verbürgt mitteilen, daß auch in Bezug darauf Rußland einige geringere Zugeständnisse machen dürfte.

Diese russischen Vorschläge, die ja nichts Neues enthalten, sind vor Jahren schon verschiedentlich als unzureichend bezeichnet worden.

Canes, 12. Januar. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) Das russische Panzergeschiff, welches am 7. d. Mis. mit 5 Torpedobooten in der Suda-Bai angekommen war, ist gestern nach Port Said abgegangen. Ein andres russisches, von einem Kontrö-Admiral befehligtes Schiff, das heute von Ostasien hier eingetroffen ist, kehrt dorthin zurück. Weitere russische Torpedobooten werden erwartet.

Ueber die japanischen Streitkräfte,

deren Stärke und Schwäche ähnet sich der Engländer Norman, welcher mehrere Jahre als Instrukteur in der japanischen Marine gedient hat und der jetzt nach England zurückgekehrt ist, in der „Daily News“: „Nach ihm war noch niemals eine Nation so gut für den Krieg vorbereitet, als zur Zeit Japan. Die Armierung der Marine sei perfekt. Die Bourgeoisie und Munitionslager seien genügend gefüllt für einen langen Krieg, und das Transportsystem sei gut organisiert. Trotzdem hat Norman große Bedenken wegen des Ausgangs des Krieges. Die japanische Armee habe vor acht Jahren nur 80 000 Mann gezählt, die Marine 60 000 Tennen; jetzt zähle die Armee 400 000 Mann, und die Marine sei auf einer Tonnengehalt von 280 000 gestiegen. Bei dieser schnellen Vermehrung des Heeres habe man auf physisch weniger tüchtige Mannschaften zurückgreifen müssen. Mehrere Klassen der Bevölkerung seien früher ganz vom Kriegsdienst als ungeeignet ausgeschlossen geblieben; die jetzige Heranzüchtung dieser Schichten zum Militärdienst könne nicht so schnell eine während vieler Ge-

schlechter geübte Tradition auslösen. Die Offiziere seien früher nur aus dem Clan der Sumurei genommen worden, die sich allein für fähig hielten, Kriegsdienst zu treiben und die sich auch für zu gut dünken, irgend eine andre Beschäftigung als Kriegs- und Staatsdienst zu thun. Jetzt habe man auch hier zu weniger geschulten Kräften greifen müssen. Diese privilegierte Kriegerkaste sei es auch, die namentlich in Japan zum Kriege dränge.“

Deutsches Reich.

Zum deutsch-kanadischen Zollkonflikt.

Nach telegraphischer Meldung aus London berichtet der häufig aus dem englischen Kabinett inspirierte „Daily Graphic“, daß die deutsche Regierung ihre Haltung gegenüber der kanadischen Zollpolitik geändert habe und die Gewährung von Vorzugszöllen an England seitens Kanadas nicht mehr als dem Meistbegünstigungsrecht widersprechend betrachte. „Die deutsche Regierung“, heißt es in der Meldung, „hat das britische Ministerium des Auswärtigen am 30. Dezember v. J. mit Hinsicht auf die öffentliche Mitteilung, Großbritannien betrachte seine Tarifvereinbarungen mit seinen Kolonien als eine ausschließlich innerpolitische Angelegenheit, amtlich benachrichtigt, der deutsche Bundesrat erhebe keine Einwendungen mehr gegen die Bevorzugungen, welche Großbritannien und die Kolonien in ihren Tarifen einander gewähren. Der deutsch-britische modus vivendi sei demgemäß erneuert und der Kap-Kolonie und Neu-Seeland seien dieselben Vorteile wie bisher zugestanden worden. Deutschland habe indes ausbedungen, daß ihm außerhalb des britischen Reiches das Meistbegünstigungsrecht gewährt werde, und den ernstlichen Wunsch nach einer Vereinbarung ausgedrückt, wodurch die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Kanada denen zu dem übrigen Teil des britischen Reiches angeglichen werden. Infolge des französisch-kanadischen Vertrages sei dafür ein besonderer Vertrag mit Deutschland nötig. Deutschland sei bereit, einen Kommissar zur Verhandlung darüber zu ernennen, und habe Großbritannien angefragt, ob die Verhandlungen von Deutschland mit dem Auswärtigen Amt in London oder direkt mit der kanadischen Regierung geführt werden sollen. Das Kolonialamt habe sich in der Angelegenheit mit dem kanadischen Premierminister Sir Wilfred Laurier in Verbindung gesetzt. Die Meldung, der deutsche Konsul Bopp habe bereits Verhandlungen darüber eingeleitet, sei ungenau, er habe sich auf eine halbamtliche Darlegung im obigen Sinne an Premierminister Laurier beschränkt.“

Bestätigt sich die Mitteilung des „Graphic“ — und an ihrer Richtigkeit bestehen in der Hauptsache kaum Zweifel — so bedeutet die jetzige Stellungnahme der deutschen Regierung eine völlige Aufgabe der bisher von ihr vertretenen Auffassung des handelspolitischen Verhältnisses Englands zu seinen Kolonien, eine gehorsamste Anbeugung an die britischen Ansprüche, die um so besorgender wirkt, je siegesicherer noch vor etwa einem halben Jahre das deutsche Auswärtige Amt in dem von ihm veröffentlichten Notenwechsel mit dem englischen Ministerium die entgegengesetzte Ansicht vertreten hat. Wenn die deutsche Regierung sich nicht im stande fühlte, gegenüber etwaigen englischen Drohungen mit späteren Regressmaßnahmen auf ihrem zollpolitischen Standpunkt zu beharren, dann hätte sie nicht, als Kanada England Vorzugszölle einräumte, dagegen mit je vielen Applomb Protest einlegen und Kanada das Meistbegünstigungsrecht entziehen sollen. Durch ihre jetzige Zurückweichen vor den englisch-kanadischen Ansprüchen erweckt sie nicht nur in England, sondern auch in den andren Ländern den Eindruck, daß es nur energischer Zurückweisung der Forderungen der deutschen Regierung bedarf, um diese schließlich zu einem völligen Verzicht zu bewegen: ein Eindruck, der ihr gerade bei den jetzigen Handelsvertrags-Verhandlungen nicht angenehm sein dürfte.

Die erste Niederlage nach Annahme des neuen Zolltarifs im Reichstage hat sich die deutsche Regierung in der Vertretung deutscher Zollinteressen gegenüber dem Auslande geholt; weitere werden bald folgen.

Die socialdemokratische Fraktion des Reichstags bringt die nachfolgende Interpellation ein: Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die russische Regierung im deutschen Reichsgebiet Polizei-Agenten zur Überwachung russischer und deutscher Staatsangehöriger unterhält; daß zu diesem Zweck russische Polizei-Agenten Verbrechen verübt und auch versucht haben, andre Personen zu Verbrechen zu bestimmen?

Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu thun, um diesen Zustand zu beseitigen?

Der Herr Reichskanzler wird ferner um Auskunft über folgende Fragen ersucht:

Wie kommt es, daß in Königsberg gegen Reichsangehörige wegen angeblicher Beihilfe zum Hochverrat gegen das russische Reich und zur Befehligung des russischen Kaisers ein Verfahren eingeleitet worden ist, bevor der die Strafbarkeit bedingende Strafantrag der russischen Regierung vorlag?

Auf wessen Veranlassung und auf welchem Wege ist die russische Regierung zur Stellung des Strafantrags veranlaßt worden?

Das Auswärtige Amt in der Budgetkommission.

Die Budgetkommission begann am Mittwoch ihre Tätigkeit mit der Beratung der ihr überwiesenen Positionen aus dem Etat des Auswärtigen Amtes. Entsprechend dem wachsenden Umfange der Aufgaben dieser Behörde hat auch die Zahl seiner Beamten und Hilfsbeamten in den letzten Jahren erheblich zugenommen, und auch jetzt hat es dem Reichstage wiederum einen langen Wunschzettel unterbreitet. Wenn auch die Budgetkommission die Notwendigkeit einer Beamtenvermehrung bei wachsender Arbeitslast nicht bestritt, so wurde doch die Frage angefochten, ob die Vermehrung der Arbeiten nicht hauptsächlich durch die Vorbereitung der neuen Handelsverträge bedingt, also vorübergehender Natur sei.

Der Staatssekretär bestritt das lebhaft. Die Vermehrung des Personals und Hilfspersonals wurde schließlich bewilligt. Weniger Glück hatte Herr v. Nischosen mit dem Vorschlage, in La Paz, der Hauptstadt der südamerikanischen Republik Bolivien, einen Ministerresidenten, d. h. einen diplomatischen Vertreter zu stationieren; er wies zwar darauf hin, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Bolivien und Deutschland verhältnismäßig rege seien und daß deutsche Firmen den ersten Rang unter den Geschäftsführern in La Paz einnehmen, die Mehrheit der Kommission war aber der Ansicht, daß die jetzige Finanzlage des Reiches den kostspieligen Luxus einer diplomatischen Vertretung in Bolivien nicht gestatte. Die Forderung wurde abgelehnt.

Eine gewisse Pfenninghüberei wollte das Centrum bei der Forderung einer Verstärkung des deutschen Konsularkorps in Amerika treiben; vier neue Vizekonsuln wurden für die Vereinigten Staaten gefordert, das Centrum wollte davon — einen streichen. Die Mehrheit der Kommission, darunter unsere Vertreter, machte aber diese absonderliche Politik nicht mit, sondern bewilligte die Forderung, weil sie sachlich durchaus gerechtfertigt erschien.

Eine interessante Erörterung knüpfte sich an einen Titel, in dem Gelder für die Unterhaltung von Dienstgebäuden und

für die Beschaffung von Inventarierstücken ausgeworfen werden. Die Fonds dieses Titels sind übertragbar, d. h. die Verwaltung kann in einem Jahre Ersparnisse machen und den Rest späterhin verwenden. Da die Möglichkeit besteht, daß auf diese Weise größere Mittel angeschafft und damit Ausgaben gemacht werden, die der Reichstag sonst nicht bewilligen würde, so würde das Verlangen laut, die vorhandenen Restsummen jedesmal anzugeben. Der Staatssecretär des Reichshausamts und sein geheimräthlicher Präsespanner suchten dies Verlangen dadurch als überflüssig hinzustellen, daß sie sagten, in den Rechnungsübersichten abgeschlossener Finanzjahre werde ja dem Reichstag auch der Nachweis über solche Reste geliefert; die Kommission aber schloß sich in ihrer überzogenen Mehrheit dem Vorschlage Singers an, daß in Zukunft die Summen in den Anmerkungen oder in einer besonderen Spalte ausdrücklich aufgeführt werden sollen. Zugleich wies Generalsecretär Singers darauf hin, daß die Trennung der Budget- und Rechnungs-Kommission mancherlei Unzuträglichkeiten im Gefolge habe und einer Kontinuität in der Rechnungsprüfung entschieden abträglich sei. Diese Ausführungen wurden von verschiedenen Seiten als berechtigt anerkannt, die Budgetkommission konnte ihnen aber natürlich nur eine theoretische Anerkennung zollen. Jedenfalls wird diese wichtige Anregung an anderer Stelle noch weiter verfolgt werden.

Die Konfession der Centrumsnummer des „Simplicissimus“ wird von der socialdemokratischen Fraktion des bayrischen Landtages zum Gegenstand einer Interpellation gemacht, die bereits am heutigen Mittwoch zur Veratung steht. Die Angelegenheit erregt in München großes Aufsehen. Man vermutet, daß die Gerichtsbehörde nur durch Vertrauensbruch in den vorzeitigen Besitz der noch nicht veröffentlichten Nummer gelangt ist. Dabei ist die ganze Münchener Auflage, circa 12000 Exemplare, der Beschlagnahme durch die Polizei durch teufelische List entgangen, und zum Leid des Centrums geht die erscheinende Nummer heimlich von Hand zu Hand. Thatsächlich soll der Inhalt der Nummer für das Centrum sehr unangenehm sein, weil sie die innere Wahrheitwidrigkeit der Partei vorzüglich spottet, aber juristisch soll auch der im Centrumsdruck eifrigste Staatsanwalt keine Aussicht auf die Durchführung des Konfiskations-Unternehmens haben. Der Münchener Korrespondent der „V. Mg.“ teilt über den Inhalt folgendes mit: „Die Titelzeichnung ist von Wilhelm Schulz, der Heiland“, der den christlichen Priestern erdient; ihm sind die Worte in den Mund gelegt: „Und die heissen sich heute meine Jünger“. Zeichnung II. Zwei bairische Minister von Graf Gullbrann in der Barbierstube eines Centrumsmanne; — „So — eingeleist wären sie schon!“ Es folgt eine wichtige Festsprecherrede „Neber die sittliche Erziehung“ von Abraham a Santa Clara II., der die christlichen Erziehungsmethoden der ultramontanen „Väter“ geißelt; es ist vielleicht das beste, was Ludwig Thoma jemals geschrieben hat. In einer Zeichnung von Eduard Thoma lautet die Unterschrift: „Schau, Randal, mit der ewigen Seligkeit ist alant so als wie mit der Kirchenbau-Lotterie. Na steht bloß die Pent“, die d'rauf sehen, aber loon, der was gewinnt.“ Es folgt eine vortheilhafte Zeichnung von Th. Th. Heine „Die Engel wandern aus, weil die Guten es im Himmel nicht mehr aushalten können; da herrscht jetzt ein ultramontanes Ministerium“. Die Unterschrift unter Reznicks Zeichnung lautet: „Hohheit haben gegen Gottes Gebot gesündigt. Geißel. Aber ich sehe den Fall so an: Hohheit haben in der Sorge für die Sittlichkeit des gemeinen Volkes auf die eigne vergessen. Solche Dinge beurteilt unsere Kirche sehr milde.“

Der Minister gegen die Rinnseinkunst. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung behauptet, daß die Weimarer Reise des Staatsministers nicht wegen des geplanten Zusammenschlusses der Seceffionen unternommen worden sei, daß über diesen Gegenstand eingehende Verhandlungen nicht mit den maßgebenden Kreisen in Weimar gepflogen worden seien.

Zu welchem Zwecke ist denn nun eigentlich Herr Studt plötzlich nach Weimar gereist? —

Die Reichstags-Erwahl in Schwelge-Schmalldalen ist nach einer Plattermeldung auf den 1. März anberaumt worden. —

Zur Lage der Unteroffiziere.

Man schreibt uns: Vielen stellt es sich so dar, als müßten Unteroffiziere und Socialdemokratie die erbittertesten Gegner sein. Man meint, daß die Socialdemokratie als Vertreterin der Unterdrückten und die Unteroffiziere als ausführende Organe einer völkergewerlichen Heeresdisciplin in schroffem Gegensatz zu einander stehen.

Diese Auffassung ist jedoch nicht berechtigt und, sofern wirklich dieser Gegensatz besteht, ist er belanglos. Selbstverständlich wäre es ganz oberflächlich, die Unteroffiziere einfach deshalb scharf anzublicken, weil sie den bunten Haufen länger als zwei Jahre tragen. Der Unteroffizier „an sich“ ist eine Notwendigkeit in jedem Heer, auch eine socialdemokratische Volkswehr hat Kräfte nötig, die durch längere Ausbildung größere Schulung besitzen und die Führung der feinsten Abteilungen besorgen.

Der Widerwille gegen die Unteroffiziere in der Arbeiterbevölkerung richtet sich vielmehr gegen die Stellung, die heute den Unteroffizieren im Drillheer angewiesen ist. Geviß bringt die ganze heutige Heeresrichtung es mit sich, daß häufig solche Leute über ihre aktive Dienstpflicht hinaus capitulieren, welche für andre bürgerliche Berufe sich wenig eignen. Es wäre aber falsch, diese Thatsache einfach zu verallgemeinern und daraufhin geringschätzig über den Unteroffizier im allgemeinen zu denken. Gerade die Arbeiterklasse weiß doch, daß das heutige Wirtschaftssystem die Berufswahl für viele ungemein erschwert. Alle Berufe sind überfüllt, alle Stellen besetzt, da entschließt sich mancher, bei der Truppe zu bleiben, um nicht der schlimmsten Not anheimzufallen.

Ja, man muß sagen: Nicht es Beschloßere als die Unteroffiziere? Der Arbeiter hat doch wenigstens einen Rod, der ihm gehört, die Unteroffiziere haben nach jahrelangem Dienste da, ohne eine Unterhose auf den Beinen zu haben, die ihnen gehört, denn alles, was sie auf dem Weibe haben gehört dem Staat; sie müßten denn von ihrer geringen Löhnung Ersparnisse gemacht haben. Auch die Nahrung ist nicht genügend, sie bestrebt täglich in der Hauptstadt aus Kartoffeln und Kommissbrot; 90 Gramma Fleisch inkl. Sehnen, Fett und Knochen sind für einen ausgewachsenen Männermagen nach einem Dienst fast nur in feischer Luft für vierundzwanzig Stunden doch wirklich etwas zu wenig. Das bare Geld, 72 Pf. pro Tag, bleibt hinter der Entlohnung in den entlegenen Gegenden zurück; davon gehen 10 Pf. zwangsweise in die Sparkasse, 2 Pf. in die Veranlagungs-Vereinssparkasse des Bataillons, bleiben 60 Pf. und wie wohnt der Unteroffizier? Mit vielen in einem Raum zusammengepfercht viele Jahre hindurch, wie die polnischen Ernte-Arbeiter es während weniger Monate oft nicht schlechter haben.

Abgesehen von der ganzen übrigen Welt leben die Unteroffiziere dahin, hier unter eiserner Befehlsmacht stehend, dort zu den schlechtesten Elementen der Menschheit gerechnet. In wie vielen lebt die Empfindung ihrer jählichen Lage, aus der sie sich hinauszuheben, ohne dazu die Möglichkeit zu haben?

Man glaubt im Volke, die Unteroffiziere seien eine Art Inhabler der herrschenden Klasse, ja ihr schämmender Aushub. Es ist aber ungerecht, die Zwangslage, in der sich viele dieser Leute um ihrer Existenz willen befinden, zu verkennen.

Allerdings die Mißhandlungen! Sein Wort ist scharf genug, um sie zu verdammen. Aber gerade die Socialdemokratie unterscheidet sich auch in der Beurteilung dieser Skandalosa von der Parteiung, wie sie die Vertreter des heutigen Heeresystems, beispielsweise der Kriegsminister, vorzubringen pflegen. Die Vertreter des heutigen Heeresystems verurteilen nicht die Individuen, die sich Mißhandlungen zu Schulden kommen lassen; die Socialdemokratie erkennt, daß das System selbst die Schuld trägt und daß die Individuen auch hier die Opfer des Systems sind. Den Unteroffizieren fehlen meist alle pädagogischen Fähigkeiten und die Menschkenntnis, die zu ihrer

Aufgabe nötig wäre. Es werden ihnen ein Anzahl von jungen Leuten übergeben, die in Charakter und an Fähigkeiten ganz verschiedenen veranlagt sind, um aus ihnen in festen engsten Verhältnissen völlig und gleichmäßig ausgebildete Soldaten zu gestalten. Die Anforderungen aber, die an die Ausbildung gestellt werden, sind übermäßige. Eine unmaßige Arbeit wird auf die Vorstellungen, Paraden etc. verwendet. Die Offiziere stellen unerfüllbare Anforderungen an die Unteroffiziere, weil sie wiederum bei ihren höheren Vorgesetzten „gut abkneiden“ wollen. Ein jähwiger Druck lastet von oben auf den Unteroffizieren. Schwache Charaktere unterliegen dem Druck. Mit den kleinen Chikanen bei den Turn-Vorstellungen fügt es an, dann kommen Stöße, Stöße, Ohrfeigen. Es gehört in heutiges System eine wahre Kunst dazu, sich vor jeder Thatsache zu hüten; würde alles bekannt, was im Kadettenbereich geschieht, bei 75 Proz. der Unteroffiziere ließen sich zahlreiche Liebertreibungen des Geheses feststellen.

Trotz aller Klagen und trotz aller Zusagen der höheren Kommandanten wird dieser Zustand nicht besser, weil man das Uebel nicht an der richtigen Stelle faßt, weil das Unteroffiziermaterial sich nicht bessert, weil die Voraussetzungen für gründliche Aenderung fehlen.

Die Socialdemokratie kann nicht dabei stehen bleiben, die Ausbreitungen der Unteroffiziere zu brandmarken, sondern soll im Auge behalten, durch welche sociale und im Militärsystem beruhende Ursachen der Unteroffizierstand heute in die denkbar unangenehmste Lage gekommen ist. Der Versuch gewisser Leute, gerade die Unteroffiziere zu brutal verständnislosen Bekämpfern der großen Freiheitsbewegung des Volkes auszuwachen, muß dann vollends scheitern. Wenn durch Gewalt verhindert wird, daß der Bürger im „gemeinen“ Soldatenrod politische Anschauungen hegt, so muß auch die unbecräftigte Ausnutzung der Unteroffiziere zu politischen Zwecken mehr und mehr beseitigt werden. Die sachliche Beurteilung der Lage der Unteroffiziere wird diese ebenso unempfindlich gegenüber den socialistenscheuerischen Reden der Offiziere machen wie die „gemeinen Soldaten“ unempfindlich sind gegen den Versuch, reaktionäre Politik im Heere zu betreiben. —

Der badische Landtag und die Reichstags-Diäten.

Aus Karlsruhe wird uns geschrieben: Die Frage der Gewährung von Reichstags-Diäten war am Dienstag Gegenstand der Verhandlung in der zweiten badischen Kammer. Von Mitgliedern aller Parteien war ein Antrag eingebracht worden, in welchem die Regierung ersucht wurde, im Bundesrat für endliche Gewährung von Reichstags-Diäten zu wirken. Der nationalliberale Abgeordnete Planken-Horn, zugleich Reichstags-Abgeordneter, begründete den Antrag und seinen im großen ganzen zutreffenden Ausführungen schlossen sich Redner aller Parteien, vom Centrum, Socialdemokraten, Demokraten und auch der einzige Antisemit des Hauses an.

Man hatte nun erwartet, daß die Regierung angesichts dieser Stimmung eine sehr entgegenkommende Haltung zeigen würde. Da hatte man sich indes getäuscht. Der Minister des Innern A. Schenkel gab eine sehr geschränkte Erklärung ab, des Inhalts, daß die badische Regierung nicht gegen Gewährung von Diäten sei, daß sie im Bundesrat voranschrittlich auch, wenn die Frage einmal an sie herantrete, dafür stimmen werde, daß sie sich aber ihre definitive Stellungnahme vorbehalten müsse, bis ein Gesetzentwurf über die Materie den veränderten Regierungen unterbreitet werde.

Mit dieser mehr als dürftigen Antwort war keine Partei zufrieden, und erst nach sehr scharfen Erwidern der Redner von der socialdemokratischen, der nationalliberalen und der Centrumpartei entschloß sich der Minister, in zwei Reden je etwas mehr zuzugeben und zu versprechen, daß die badische Regierung jedenfalls den Diäten zustimme, da auch sie die Notwendigkeit derselben anerkenne. Dagegen weigerte er sich entschieden, die insbesondere von unsern Rednern verlangte Initiative der badischen Regierung zu übernehmen oder zu bekräftigen.

Die Kammer nahm nach circa dreißtündiger Debatte den Antrag einstimmig an.

Auf Anregung der socialdemokratischen Fraktion versprach der Minister des Innern noch, die freie Fahrt für die Landtags-Abgeordneten, die jetzt nur vom Wohnort nach Karlsruhe gewährt wird, auf alle Bahnen Badens auszudehnen. —

Die Weltanschauung in St. Louis wird von Arbeitern und Handwerkern nicht beachtet werden können, da Staatsunterstützungen für solche Zwecke nicht in Aussicht genommen sind. Wie kürzlich im badischen Landtage mitgeteilt wurde, beabsichtigte das Reich wie die Einzelstaaten, nur Zuschüsse an Aussteller zur Erleichterung der Beschaffung zu gewähren; in Baden werden außer einem Reichszuschuß 40000 M. dafür aufgewendet. Die Kosten des Besuches werden für eine Person auf ca. 3000 M. veranschlagt, deshalb will man sich darauf beschränken, einzelne Staatsbeamte, Ingenieure, Professoren etc. auf Kosten ihres vorgesetzten Ministeriums nach St. Louis zu senden. Trotz der erheblichen Kosten wäre natürlich eine umfangreiche Delegation von Arbeitern und Gewerbetreibenden möglich, wenn man die Kulturwidrigen Ausgaben einschränken und das Geld für solche nützliche Zwecke verwenden wollte. —

Ausland.

Frankreich.

Eine neue Parteispaltung

hat sich in Frankreich vollzogen. Ungefähr fünfzig Mitglieder der socialistisch-radikalen Gruppe der Deputiertenkammer haben ihren Austritt aus der Fraktion erklärt, weil diese die Kandidatur Dubiefs zur Vicepräsidentenschaft aufrecht erhalten habe entgegen der Ansicht der vier Gruppen der Linken, welche sich gegen die Aufrechterhaltung dieser Kandidatur ausgesprochen hätten, da sie Uneinigkeit unter die Mehrheit im Parlament bringen könnte. Durch diesen Austritt aus der socialistisch-radikalen Gruppe, die im ganzen 115 Deputierte umfaßt, verliert diese wesentlich an Bedeutung, um so mehr als noch zahlreiche andre Austrittserklärungen zu erwarten sind. Es heißt, daß die Ausgetretenen eine neue Partei unter dem Namen Socialistisch-reformistische Gruppe bilden und mit den eigentlichen Socialistischen in enge Fühlung treten wollen. Man hält es für möglich, daß der jüngst vom socialistischen Verband des Seine-Departements ausgeschlossene Millerand an die Spitze der neu zu bildenden Gruppe treten wird. Die oppositionelle Presse erwidert in der geringen Mehrheit für die Verleugung der Regierungsmehrheit. Sie fügt übrigens selbst hinzu, daß es der Mehrheit zweifellos gelingen werde, das Ministerium nach eine Zeit lang zu halten. Die radikalen Organe äußern sich sehr scharf über diejenigen Mitglieder der Mehrheit, die die geheime Abstimmung bei den gestrigen Wahlen nur dazu benutzten hätten, ihren Ruf gegen Brisson und Jaures zu bekunden. Die socialistische „Petite République“ erklärt, daß die Socialisten trotz der gestrigen Haltung eines Teiles der Radikalen dem Bloc treu bleiben werden. —

England.

Die Erziehung in Norwich. London, 10. Januar. In wenigen Tagen wird das Resultat der parlamentarischen Nachwahl in Norwich bekannt sein. An Stelle des verstorbenen konservativen Abgeordneten kandidieren Mr. Wild für die Konservativen, d. h. für die Tories, Mr. Chamberlains; Mr. Louis Tillet für die Liberalen, die den Arbeitern alles mögliche versprechen; Genosse Roberts für die Arbeiter. Der socialistische Kandidat erregt sich eines großen Rufes in den fortgeschrittenen Arbeiterkreisen. Er hat bereits in Norwich einige Vorkämpfer zur Jurisdiction des Proletariats beiseite, jedoch wird auf dessen Sieg nicht gerechnet. —

Rußland.

Die politischen Prozesse der letzten Zeit beginnen der Regierung unangenehm zu werden, denn trotz Unhöflichkeit der Verhand-

lungen bringen Nachrichten über diese doch in die entferntesten Winkel des Reiches und weit über die Grenzen des russischen Staates hinaus. Die Reden der Angeklagten und ihrer Verteidiger schallen durch die verflochtenen Fenster des Gerichtssaals auf die Straße hinaus und tragen zu der allgemeinen Agitation sehr wesentlich bei. Die Reden der Moskauer Demonstranten, die Maidoyers der belarussischen Arbeiter vor dem Gerichtssaal in Kischinew, Odesa, Kischinew, Kischinew-Rowgorod und andren Städten bilden die besten Flugblätter der revolutionären Massenliteratur. Die Regierung scheint nunmehr beschloffen zu haben, gegen die Anwälte in den politischen Prozessen Repressivmaßnahmen zu ergreifen. In Iffa wurden zwei Advokaten, die freiwillig den wegen des Streiks im vorigen Frühjahr angeklagten Arbeitern der Stalouiser Waffenfabriken ihre Unterstützungen angeboten hatten, wegen Verdachts der Sympathie für die revolutionäre Bewegung verhaftet und nach einem entfernten Gouv. verbannt. Viel gemeiner noch ist das Vorgehen des Polizeiministers Plehwe gegen einen Verteidiger der Kischinewer Juden, den in Kischinew wohnenden Rechtsanwalt Solow, der in dem Prozeß durch sein mitvolles Auftreten sehr viel zu der Entlastung der wirklich Schuldigen an den Gräueln beigetragen hat. Plehwe will sich nun rächen und er befiehlt es auf dem kürzesten Wege. In der Nacht vom 22. auf den 23. Dezember wurde Solow auf ein Telegramm von Petersburg aus verhaftet. Man glaubt, daß er seinen Kollegen in Iffa wird folgen müssen. Ein andrer ähnlicher Fall hat sich auch in Petersburg ereignet, wo der bekannte Verteidiger in mehreren politischen Prozessen der letzten Monate J. A. Sollenstein kurzerhand dieser Tage auf fünf Jahre nach dem Gouv. verbannt worden ist. Sollenstein hatte auf dem Ballabend der Studenten des Technologischen Instituts eine Rede über die gesellschaftliche Bedeutung der Advokatur gehalten, was Plehwe den Vorwand gab, gegen ihn einzuschreiten und Rache zu üben. Die Meinung ist verbreitet, daß Plehwe gegen die Anwälte, die durch ihre Maidoyers in den Ruf gekommen sind, Freunde der Opposition zu sein, auf gleiche Art und Weise vorgehen wird. —

Amerika.

Eine Geschichte des Socialismus in Amerika.

In der Comrade Publishing Co. in Chicago ist kürzlich ein Werk des Genossen Hilquit erschienen, in welchem die geschichtliche Entwicklung des Socialismus in Amerika beschrieben wird. Die letzte Nummer der „International Socialist Review“ bringt einen längeren Auszug des Genossen Simon über dieses Buch, in welchem dasselbe in uneingeschränkter Weise als eine fleißige Arbeit gepriesen wird. Da Deutsche Socialisten die Entwicklung des Socialismus in Amerika in hohem Grade beeinflussen haben, so dürfte dieses Werk auch für die deutschen Genossen viel Interessantes enthalten. Wir bringen deshalb in nachstehendem einen kurzen Auszug aus dem oben bezeichneten Artikel.

Einen sehr breiten Raum in Hilquits Buch nimmt die Beschreibung des „utopischen Socialismus und kommunistische Experimente“ ein. Die Vorläufer des wissenschaftlichen Socialismus sind klassifiziert in Sekularer, Oweniten, Fourieriten und Fourier. Dieser Teil enthält interessante Einzelheiten über die verschiedenen Experimente, die in Amerika mit kommunistischen Gemeinwesen gemacht worden sind, die aber selbstverständlich alle fehlschlagen mußten. — Die erste wirkliche Bewegung aber, aus der die heutige sich entwickelt hat, beginnt mit der Arbeit Wilhelm Weitlings, der in den Jahren 1840/50 eine energische Thätigkeit entfaltete. Nach Weitling war für lange Zeit wenig von einer socialistischen Bewegung zu hören, bis die „Internationale“ nach Amerika kam, die aber auch nur geringen Einfluss auf die amerikanischen Arbeiter ausübte; wurde sie doch nur nach Amerika verpflanzt, um dort zu sterben. Am 15. Juli 1876 wurde sie zu Grabe getragen, um später ihre Wiederauferstehung zu finden auf kräftigerer, weiterer Grundlage der gegenwärtigen Internationalen socialistischen Organisation. Neben der Internationalen bestand in den Jahren 1867—69 ein Nationaler Arbeiterbund, der gerade noch lange genug lebte, um im Jahre 1869 einen Delegierten nach der Basler Session der Internationalen zu entsenden. Die Mitglieder der Internationalen in Amerika waren fast nur Deutsche. — Die nächste Phase war die der „Socialdemokratischen Arbeiterpartei von Nordamerika“, die 1874 von einigen Sektionen der Internationalen (die sich losgelöst hatten) gegründet worden war. Im Jahre 1877 änderte diese ihren Namen in „Socialistische Arbeiterpartei von Nordamerika“. Diese Bewegung erreichte ihren Höhepunkt im Jahre 1877, zu welcher Zeit sie über 24 Wähler verfügte; sie flaute ab und verschwand fast ganz mit der kommenden kapitalistischen Prosperität in den 80er Jahren. Ende der 80er Jahre, als die wirtschaftliche Depression einsetzte, kamen die Arbeiter auch wieder zum Socialismus; diese Periode fand aber ihren baldigen trübsamen Abschluß in der Haymarket-Katastrophie und der Hinrichtung der Anarchisten in Chicago. — Das Widerwachen der socialistischen Bewegung läßt aber nicht lange auf sich warten; langsam, aber solider denn je, und mehr in Uebereinstimmung mit den wissenschaftlichen Principien wird das Werk aufgebaut. Es folgen die Kämpfe mit den Populisten, der Henry George-Bewegung, den Rittern der Arbeit usw., aus denen der socialistische Gedanke aber immer gestärkt hervorgeht. Hiermit bringt die Arbeit ab. Die neuesten Vorgänge werden noch nicht in Betracht gezogen.

Aus Industrie und Handel.

Syndikatspläne. Die die Leitung des Rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikats, nachdem sie der Erneuerung der Syndikatsverträge sicher war, mit Eifer darauf hinstreute, den Kohlen-Handel völlig unter ihre Aufsicht zu bringen und zu diesem Zweck das sogenannte „Kohlencomptoir“ gründete, so trägt sich nun auch das Roheisen-Syndikat, das sich bekanntlich längst in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt hat, mit dem Plan, den Roheisen-Handel unter seine Vormherrschaft zu stellen und die bisherigen Großenhändler gewissermaßen nur als Agenten fungieren zu lassen. Die über die Absichten der großen rheinisch-westfälischen Kartelle meist am besten unterrichtete „Kölnische Zeitung“ weiß nämlich zu berichten: „Nachdem das Roheisen-Syndikat durch die Umwandlung in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung neue und festere Formen angenommen hat, wird auch das Verhältnis zum Roheisenhandel eine andre Regelung erfahren müssen. Bisher hatten sich auf diesem Gebiet mancherlei Mißstände herausgebildet, deren Beseitigung wohl im Interesse aller Beteiligten gelegen sein dürfte. Insbesondere hatte sich ergeben, daß die Händler, die das Roheisen vom Syndikat etwas billiger als dessen andre Abnehmer erhielten, dem Syndikat mit seinem eignen Roheisen durch Unterbietungen empfindlichen Wettbewerb bereiteten. Das wird nunmehr für die Folge dadurch unmöglich gemacht werden, daß das Verhältnis der Händler zu dem Syndikat künftig mehr den Charakter einer Vertretung des Syndikats erhalten wird, so daß Unterbietungen der vom Syndikat festgesetzten Preise ausgeschlossen werden. Es handelt sich also um ganz ähnliche Maßnahmen, wie sie das Kohlen-Syndikat bei Regelung seines Verhältnisses zum Kohlenhandel mit bestem Erfolg bereits durchgeführt hat, und man darf hoffen, daß sie auch auf den Roheisenmarkt einen förderlichen Einfluss ausüben werden. Eine einheitliche Preispolitik erscheint auf diesem Gebiet namentlich auch unter dem Gesichtspunkte der Bekämpfung des ausländischen Wettbewerbes geboten, und es wäre erwünscht, wenn aus demselben Grunde das Kohlen-Syndikat mit den Hüttenwerken Hand-

Hand gehen wollte, da es ja mit Rücksicht auf seinen Coals-Abfall ein ganz besonderes Interesse daran hat, daß die inländische Hoheisenzeugung nicht durch ausländischen Wettbewerb beeinträchtigt wird.

An sich hätten wir sicherlich nichts dagegen, wenn ein Teil des Zwischenhandels von den Syndikaten ausgeschaltet und dadurch eine Verbilligung der Produkte ermöglicht würde. Aber um diesen Zweck handelt es sich weder beim Kohlen-, noch beim Hoheisen-Syndikat; im Gegenteil ihre Bestrebungen gehen, wie in der obigen Notiz offen eingestanden wird, dahin, den durch gelegentliche Preisunterbrechungen der Eisenhändler auf dem Markt hervorgerufenen „empfindlichen Wettbewerb“ zu unterdrücken, d. h. die Marktpreise so hoch zu halten, als es die Konkurrenz des Auslandes und die Zollsätze irgend gestatten.

Daß die Syndikatspolitik, sobald es die Verhältnisse ermöglichen würden, sich auf die Preissteigerung zur Erhöhung des Unternehmerprofits richten werde, war jedem klar, der nur einige Kenntnis des Charakters der heutigen kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Tendenzen besitzt. Trotzdem fanden sich bekanntlich bis in die neueste Zeit weise Thebaner, die in ihren Schriften zu beweisen suchten, daß nicht nur die Kartelle oder Syndikate eine Regelung der Produktion, eine Verhinderung der Absatzkrisen usw. bringen würden, sondern infolge der Verminderung der Produktionskosten und der Ausschaltung des Zwischenhandels auch eine allgemeine Verbilligung der Produkte. Und wer diesen Unsinn nicht glauben wollte, der verstand nach der kuriosen Logik jener Herren nichts von den angeblich im modernen Kapitalismus stehenden Reinigungs- und Verbilligungstendenzen. Die jetzt nicht nur im Kohlen- und Hoheisen-Syndikat, sondern auch in andern Kartellen hervortretenden Bestrebungen, das Preisniveau der Produkte hinaufzuschrauben, bietet zu dieser volkswirtschaftlichen Weisheit eine treffende Illustration.

Reinigung der süddeutschen Zementfabriken. Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus Heidelberg, daß dort gestern in einer Versammlung der süddeutschen Portland-Zementfabriken beschlossen wurde, am 21. d. M. das Süddeutsche Zement-Syndikat mit dem Hauptstift in Heidelberg zu konstituieren. Die Verhandlung mit den nordwest-mittel-deutschen Fabriken sei in der Hauptsache erreicht.

Mechanische Wuntweberlei am Stadtkanal in Göttingen. Ueber das Privatvermögen des Göttinger, aber hier verhafteten Direktors des obigen Unternehmens ist jetzt der Konkurs eröffnet worden. Zu diesem Vermögen gehört nach der „Kadaver-Zeitung“ neben dem Zementwerke Mecklenstein auch eine vor einigen Jahren erbaute Villa, die auf 108 000 M. bewertet ist, ein kleineres Wirtschaftsanwesen, in dem sich die Fabrik-Skanline der Wuntweberlei befindet, eine von der Fabrik getrennt liegende Färberei und ein Banplatz. Alle vier Vermögenswerte bilden eine zusammenhängende Fläche. Sie stellen einen Wert von 170—180 000 M. dar; die hypothekarische Belastung stellt sich aber allein auf 175 000 M. Es ist demnach bei den gegenwärtig sehr gedrückten Grundstückspreisen als sicher anzunehmen, daß der Verkauf dieser Vermögenswerte nicht einmal die Hypotheken ganz decken wird. Auf dem Zementwerke Mecklenstein ist das Werk zu 1 150 000 M. bis 31. d. Mts. einer Gruppe von Zementindustriellen fest angeschlossen worden; doch hält man jetzt für sehr zweifelhaft, ob der Verkauf auf dieser Grundlage zu Stande kommt.

Die Aktien der Mechanischen Wuntweberlei werden als völlig wertlos angesehen, da die Wuntweberlei mit 900 000 M. Hypotheken belastet ist und es sehr zu gehen muß, wenn aus dem Verkauf der Fabrik auch nur diese Summe erzielt wird.

Verbrauch von Tabaksurrogaten. Die Preissteigerungen der guten Tabaksorten haben besonders seit Ende der siebziger Jahre eine sehr starke Zunahme des Verbrauchs von Tabaksurrogaten hervorgerufen. Den größten Hälftungen mit Surrogaten und den Gefahren für die menschliche Gesundheit, die einige Tabaksurrogate in sich schließen, hat das letzte Tabaksteuer-Gesetz entgegenzuwirken versucht, indem es die Verwendung von Tabaksurrogaten im allgemeinen ganz verbietet und nur besondere Ausnahmen ausdrücklich zuläßt. Es sind das: Kirschblätter, Melilothblüten (Steinklee), eingefalgene Rosenblätter, Weichweizenpulver, Vanilleroots, Brenneffeln, Waldrianwurzeln und Altheebblätter. Melilothblüten, Rosenblätter und Weichweizenpulver werden ausschließlich bei der Herstellung von Schnupftabak, Weichweizenpulver und gewöhnliche Kirschblätter vorwiegend bei der Bereitung geringerer Rauchtabake als Zusatz verwendet.

Die Steuer von diesen Tabaksurrogaten beträgt 65 M. auf 100 Kilogramm, und die Einnahmen aus ihr haben mit dem steigenden Verbrauch enorm zugenommen. So hat im Jahre 1880/81 diese Surrogatsteuer einen Ertrag von nur 15 365 M. geliefert, 1885/86 aber schon 22 597 M., 1890/91 27 153 M., 1895/96 31 966 M., 1898/99 47 443 M., 1901 aber dann 60 635 M. und 1902, wofür eben die amtlichen Zahlen publiziert werden, 67 015 M.

Bezeichnend ist, daß sich der Verbrauch vorwiegend auf einzelne ärmere Bezirke beschränkt. Der weitaus größte Betrag der erhobenen Surrogatsteuer entfällt auf Preußen: 1880/81 11 823 M., 1889/90 33 065 M. und 1902 42 024 M. Namentlich in den Provinzen Sachsen, Westpreußen und Posen scheint ein stärkerer Konsum von Tabaksurrogaten stattzufinden. Dem Gewicht nach wurden in den Jahren 1901 und 1902 im Deutschen Reich verwendet: Weichweizenblätter 1902: 6142 kg. (1901: 7017 kg.), gewöhnliche Kirschblätter 40 264 kg. (38 822), Melilothblüten 25 058 (24 878), eingefalgene Rosenblätter 1267 (1154), Weichweizenpulver 2015 (1802), Vanilleroots 26 710 (18 720), Brenneffeln 2907 (2920), Waldrianwurzel 730 (55), Altheebblätter 50 (29). Eine besonders auffallende Zunahme zeigen also Brenneffeln und Waldrianwurzeln, beide kommen ausschließlich in Preußen zur Verwendung. Weichweizenblätter kommen hauptsächlich zur Verwendung in Schleswig-Holstein, Westfalen und der Provinz Sachsen; gewöhnliche Kirschblätter in Anhalt und im Rheinland; Melilothblüten (Steinklee) in Westpreußen, Posen und Schlesien; eingefalgene Rosenblätter in Thüringen und Württemberg; Weichweizenpulver fast nur in Schlesien; Vanilleroots, die zur Parfümierung von feingeschneitten Rauchtabaken dienen, überall, besonders aber in Rheinland und in Hamburg; Altheebblätter kommen nur im Königreich Sachsen zur Verwendung.

Oesterreichischer Petroleum-Egypter. Im Eisenbahn-Ministerium fanden heute Besprechungen über die Lage des Petroleumhandels statt, die durch die Absicht der österreichischen Privatbahnen, die Petroleumtarife zu erhöhen, veranlaßt waren. Die Vertreter der Privatbahnen erklärten die Infizierung, daß vorerst für das Jahr 1904 von einer Erhöhung der Tarife für die Petroleum-Ausfuhr Umgang genommen werde. Nur die seit dem 1. Januar 1904 bereits bestehende Erhöhung der Eisenbahn-Tarife um 5 bis 10 Pf. für 100 Kilogramm soll aufrecht erhalten werden. Bezüglich des inländischen Verkehrs verhielten sich die Vertreter der Privatbahnen ablehnend gegenüber dem Verlangen, eine Erhöhung der Tarife zu unterlassen oder aufzuschieben.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 18. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kammermandantenstr. 20: Vortrag des Herrn Dr. Jabel über: „Arbeitsdauer und Gesundheit“. Gäste willkommen. — Die noch nicht verkauften Urant-Billets müssen spätestens am 18. Januar zurückgegeben werden, oder sie gelten als verkauft. Der Vorstand.

Nixdorf. Verein gewerblich tätiger Frauen und Mädchen von Nixdorf und Umgegend. Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 3 Uhr: Generalversammlung im Lokal von Thiel, Bergstr. 151. Tagesordnung: 1. Vortrag, Referent: P. Bernstein. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes. 4. Verschiedenes. Der wichtige Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig und wird gebeten, jedes Legitimation das Mitgliedsbuch vorzubringen. Nach der Versammlung im großen Saal gemütliches Beisammensein. Eintrittskarten dazu sind vorher bei den Vorstandsmitgliedern zu haben. Auch hierzu bittet um zahlreiche Beteiligung.

Schöneberg. Der Bildungsverein für Frauen und Mädchen zu Schöneberg und Umgegend hielt am 11. Januar 1904 seine regelmäßige Vereinsversammlung im Lokal des Herrn Krüger, Oranienburgerstr. 110, ab. Herr Dr. Chajes hielt einen sehr lehrreichen Vortrag über „Innere und äußere Eritung“. Unter Vereinsangelegenheiten machte die Vorsitzende bekannt, daß der diesjährige Maskenball Sonnabend, den 16. Januar, in Bittes Volksgarten zu Wilmersdorf stattfindet. Die Vorsitzende hat um rechte rege Beteiligung an demselben. Außerdem wurde bekannt gemacht, daß am 25. Januar eine Wanderversammlung im Lokal „Wilhelmshof“, Oberstr. 80, stattfindet, in welcher Herr Dr. Mannenbrecher einen Vortrag über „Die Liebe“ halten wird. Hierauf folgte Schluß der gut besuchten Versammlung. 6 Mitglieder wurden neu aufgenommen.

Verfammlungen.

Die Arbeiter der städtischen Gaswerke hielten am Dienstag in den Arminhallen eine Protestversammlung ab. Der Grund des Protestes ist die Ablehnung der Arbeiterforderungen durch die Direktion der Gaswerke. Wie der Referent, Verbandssekretär Dittmer, ausführte, haben die Arbeiter im September vorigen Jahres an die Direktion das Ersuchen gestellt, die Löhne ein wenig aufzubessern. Die Forderungen waren äußerst bescheiden, namentlich wenn man in Betracht zieht, daß die Arbeit in den Gasanstalten nicht nur sehr anstrengend, sondern auch in hohem Grade gesundheits-schädlich ist. Die Direktion hat wohl ein wenig von den Forderungen der Arbeiter bewilligt, nämlich die Abschaffung des achten Stofes, die Entlohnung nach dem Dienstalter und die Einrichtung eines Saalraumes für Maschinenisten und Heizer; die Hauptforderung: die bescheidene Aufbesserung des Lohnes, ist dagegen mit latonischer Kürze und ohne jede Begründung abgelehnt worden. Wenn auch die Arbeiter die geringen Zugeständnisse, welche ihnen die Direktion machte, annehmen, so können sie doch damit allein nicht zufrieden sein; sie beharren vielmehr darauf, daß ihnen auch die bis jetzt noch nicht erfüllten Forderungen bewilligt werden und wenden sich nunmehr an die Deputation der Gas- und Wasserwerke, in der Hoffnung, hier mehr Entgegenkommen zu finden wie bei der Direktion. — Der Redakteur des Verbandsorgans, Bürgel, führte u. a. aus: Sollte vielleicht die ungünstige Finanzlage der Stadt die Direktion veranlassen haben, die Forderungen der Arbeiter abzulehnen, so könne das selbst vom Standpunkt der Steuerzahler nicht gebilligt werden, denn das sei unter allen Umständen zu verurteilen, wenn man die Finanzlage auf Kosten der Arbeiter verbessern wolle. Uebrigens sei ja auch das Objekt so gering, daß es im Haushaltsetat der Stadt gar nicht ins Gewicht falle. Für die Bewilligung der Forderung spreche vor allem der Umstand, daß die Löhne der Gasanstaltsarbeiter nicht auskömmlich sind. Es sei vorgekommen, daß Arbeiter lange Zeit hindurch nicht mehr wie 20 M. wöchentlich verdient haben. Solche Löhne seien keine angemessene Entschädigung für die schwere und aufreibende Arbeit in den Gasanstalten. Es sei eine sozialpolitische Pflicht der Gemeinde, die äußerst bescheidenen Forderungen der Gasarbeiter zu erfüllen. — Nachdem sich noch verschiedene Arbeiter in demselben Sinne ausgesprochen hatten, wurde die nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die zahlreich versammelten Arbeiter der städtischen Gaswerke Berlin haben von der Ablehnung ihrer im September 1903 aufgestellten Forderungen betreffend Festsetzung der Löhne Kenntnis genommen. Die Versammelten bedauern aufs tiefste, daß die Direktion so wenig Entgegenkommen zeigte und auf die diesbezüglichen Begründungen nicht näher eingegangen ist. Die Versammelten protestieren energisch dagegen, daß die Ablehnung dieser bescheidenen Forderungen ohne jede nähere Begründung erfolgte; sie verpflichten sich, nach wie vor an den aufgestellten Forderungen festzuhalten und beantragen die Festsetzung der Löhne auf folgender Grundlage:

1. Die Hofarbeiter fangen mit einem Tagelohn von 4 M. an und steigen von zwei zu zwei Jahren um 20 Pf. bis zum Höchstbetrage von 5 M.
2. Die Vertriebsarbeiter fangen mit einem Tagelohn von 5,50 M. an und steigen von zwei zu zwei Jahren um 20 Pf. bis zum Höchstbetrage von 6,50 M. — Werden Vertriebsarbeiter nach dem Hofe oder Hofarbeiter in den Betrieb versetzt, so ist die bisherige Dienstzeit anzurechnen.
3. Die Accordarbeit ist zu beseitigen. Wo das nicht geschieht, sind folgende Grundätze zu beachten: Bei Accordarbeit müssen in regelrechter Arbeitszeit die betreffenden Arbeiter 50 Prozent mehr verdienen, als bei gewöhnlicher Lohnarbeit.
4. Für Reinigungsarbeiter einen Anfangslohn von 4,50 M., steigend bis 5,50 M.
5. Für Steigerrohrreiniger einen Anfangslohn von 5 M., steigend bis zu 6 M.

Die Arbeiter-Ausschüsse sämtlicher Gasanstalten werden beauftragt, die vorstehenden Forderungen der Gas-Deputation zu unterbreiten. Die Versammelten erwarten nunmehr, daß ihren berechtigten Wünschen Rechnung getragen wird und die minimalen Forderungen alsbald anerkannt werden.

Die Mühlenarbeiter hatten am Sonntag ihre regelmäßige Mitgliederversammlung, welche äußerst zahlreich besucht war. Zunächst ergriffte der Referent den Bericht von der am dritten Weihnachtstages stattgefundenen Konferenz. Er konnte als Ergebnis derselben konstatieren, daß überall in dem großen Gau ein erfreulicher Fortschritt in der weiteren Entwicklung der Organisation zu verzeichnen sei. Beim 2. Punkt der Tagesordnung: Anträge zu dem in Wien in Berlin stattfindenden Verbandstage, lagen eine Reihe Anträge von Pfeiffer und Oswald vor. Beschlossen wird, dem allgemeinen Wunsch auf Erhöhung des Wochenbetrages von 30 Pf. auf 40 Pf. zuzustimmen. Dafür soll jedoch die monatliche Zuschlagsmarke von 10 Pf. fortfallen. Weiter wird der geplante Anstellung eines zweiten Beamten, der in der Hauptsache sich der Agitation widmen soll, zugestimmt. Eine Neuregelung der proportionalen Verteilung der Einnahmen wird gleichfalls beschlossen, daß die Gewerkschaften erheblich gestärkt und dadurch aktionsfähiger gemacht werden sollen. Die Unterstützungsfähigkeit bei Arbeitslosigkeit und Krankheit sollen bestehen bleiben, aber nach eine 4. Klasse angefügt werden. Ebenso wird beantragt, die Streikunterstützung auf 1,50 M. für Ledige und 2,00 M. für Verheiratete festzusetzen. Die jetzt bestehende Stierde-Unterstützung, wonach an die Hinterbliebenen ein Sterbegeld nach der Höhe der Mitgliederzahl gezahlt wird, und wofür jedes Mitglied im Umlageverfahren 10 Pf. pro Jahr zu zahlen hat, soll dahin abgeändert werden, daß auch beim Tode der Frau dem Mitgliede diese Unterstüttung gezahlt werden und das Geld in der gleichen Form eingezogen werden soll. Einige weitere Anträge sind nicht von allgemeinem Interesse. Es wird darauf auf Antrag Sauer-Nähig beschlossen, von Berlin zwei Delegierte zu stellen. Die Wahl mußte jedoch vertagt werden, da die Versammlung sich anscheinend auf den jetzigen Vorsitzenden Oswald und den früheren Sauer verzeift, beide jedoch ablehnten.

Die Charlottenburger Gewerkschaftskommission hatte zum Mittwoch, den 6. d. Mts., eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung einberufen, in der über die am 25. d. Mts. stattfindenden Gewerkschafts-Wahlen sowie über die Aufstellung der Beisitzer-Kandidaten Beschluß gefaßt werden sollte. Genosse Meiliß ergriffte zunächst den Tätigkeitsbericht des hiesigen Gewerbegerichts. Diefem Bericht, der sich auf die Zeit vom 1. April 1902 bis 31. März 1903 erstreckt,

ist zu entnehmen, daß die Gesamtzahl der Klagen im Berichtsjahre 924 betrug. Hier von wurden 24 Klagen aus dem Jahre 1901 übernommen. Die Steigerung der Anzahl der Klagen gegen das Jahr 1901 beträgt 138 gleich 18,1 Proz. Von den Streitigkeiten entfallen auf das gesamte Vaugewerbe 325 Klagen oder 35,2 Proz., auf Fabriken aller Art 57 Klagen oder 6,2 Proz., und auf das übrige Handwerk 521 Klagen oder 56,3 Proz. Außerdem sind 21 nicht unter die Zuständigkeit des Gewerbegerichts fallende Streitigkeiten erledigt worden. Bemerkenswert ist an dem Bericht die außerordentlich hohe Anzahl der Vergleichs, deren Zahl in diesem Jahre 506 gegen 394 des Vorjahres betrug. Diese enorm hohe Zahl der abgeschlossenen Vergleichs ist zu begründen, wenn man bedenkt, daß von den Vorliegenden des Gerichts allein an einem Berichtstage 27 Klagen erledigt worden sind. Da bei diesen Vergleichs den Arbeitern sehr oft ihr volles Recht nicht wird, ist ihnen zu empfehlen, den Vergleichsvorschlag im Sühneterrin abzulehnen und den Rechtspruch nur vom vollbesetzten Gewerbegericht zu verlangen. Weiter sagt der Bericht, daß Verfügungen gegen Enturteile des Gewerbegerichts in 15 Fällen eingelegt wurden. Von diesen Fällen waren bis zum Schluß des Berichtsjahres drei Fälle erledigt, und zwar zwei Fälle durch Bestätigung des Gewerbegerichts-Urteils und ein Fall durch ein Urteil des Berufungsgerichts. Das Charlottenburger Gewerbegericht ist auch in einigen Fällen zur Erstattung eines Gutachtens von andren Gerichten aufgefordert worden. Auch haben außer den 39 Terminstagen eine Reihe anderer wichtiger Sitzungen stattgefunden, in denen über Tarif- und Arbeitsverhältnisse einzelner Berufe diskutiert und beraten wurde. Soweit der allgemeine Tätigkeitsbericht. Bemerkenswert noch werden, daß nach der unter dem 16. Juli 1902 erfolgten Genehmigung des Ortsstatuts hat der bisherige 24 Beisitzer 36 gewählt werden. Der zweite Teil des Berichts, in welchem Genosse Meiliß die Praxis in der Rechtsprechung vor dem hiesigen Gewerbegericht erörtert, hang aus in einer bewegten Lage über das Verhältnis zwischen den Arbeitnehmer-Beisitzern und dem Vorsitzenden des Gewerbegerichts, Herrn Assessor v. Walger, das sich im Laufe der Zeit zu einem recht gespannten und unruhigen herausgebildet hat. Grund zu diesen Bestimmungen gaben einige unter Vorsitz des Herrn v. Walger gefällte Urteile des Gewerbegerichts, die nicht nur dem Rechtsgefühl des Arbeiters größtenteils widersprachen, sondern auch weit über die Arbeiterreise hinaus bei einigen hervorragenden Juristen Kopf-schütteln erregten. Redner erinnert an den traurigen Fall dieser Art, in welchem einige Steinträger, als ihnen eine Lohnsenkung nicht bewilligt wurde, die Arbeit niederlegten und kurz darauf Alack beim Gewerbegericht antrugen. Das Gewerbegericht verurteilte den Beklagten zur Zahlung der Summe, gab aber auch gleichzeitig einer Widerlage des Arbeiters statt, auf Schadensersatz für die Zeit, während welcher es den Arbeitern durch ihre ausgestellten Streikposten gelang, fremde Arbeitskräfte von der Arbeitstelle fernzuhalten. Die Arbeiter wurden zu diesem Schadensersatz verurteilt mit der Begründung, daß Streikpostenstellen wohl erlaubt sei; erwidert dem A... jedoch hieraus Schaden, so sind die Streikposten schadenlos abzugeben. — Abgesehen davon, daß eine solche Klage gar nicht zur Kompetenz des Gewerbegerichts gehört, ist doch wohl eine solche Rechtsprechung wenig geeignet, das Vertrauen der Arbeiter zu den Gewerbegerichten zu erhöhen. Ebenso ist von den Arbeitnehmer-Beisitzern Klage geführt worden darüber, daß an einem Sitzungstage eine außerordentlich hohe Zahl von Klagen zu erledigen sind. Sie beantragten, die Zahl auf höchstens 10 festzusetzen. Leider haben die Arbeitnehmer auf diesen Antrag, der schon am 23. Juli v. J. eingereicht ist, keine Antwort erhalten. Redner betont, daß durch diese Vorannahme sich eine große Stimmung zwischen beiden Parteien breit gemacht habe. Aber nicht genug damit, es wird sich auch bei der Wiederholung solcher Urteile das Mißtrauen der Charlottenburger Arbeiterschaft gegenüber der Rechtsprechung des hiesigen Gewerbegerichts um ein Erhebliches steigern. — Von den Genossen Köhner und Basse wurde in der recht lebhaften Diskussion von den Beisitzern ein Verwurf daraus gemacht, daß sie mit ihren Klagen bis zum Schluß des Berichtsjahres gewartet haben. Sie hätten sich sofort an den Ausschuss der Charlottenburger Gewerkschaftskommission wenden müssen, der doch dann wohl sofort das Weitere veranlaßt hätte. Beide Redner gehen gleichfalls mit dem Verhalten des Vorsitzenden des Gewerbegerichts sofort ins Gericht und verlangen, daß hier einmal ein energisches Betos eingelegt wird. Hauptächlich müssen die neuen Beisitzer in dieser Beziehung auf dem Posten sein und derartige Fälle sofort zur Sprache bringen. Die Beisitzer Lüdtke und Mahle verwarfen sich gegen den Verwurf, irgend etwas verschleppt zu haben. Sie glaubten nur, ihre Klagen am besten in dieser Versammlung der Deffentlichkeit kund geben zu können. — Als Kandidaten werden dann aufgestellt: im 1. Bezirk: die Genossen Anshäuser, Ed. Pohl und Maler Noost, im 2. Bezirk: Maurer Häfke, Maurer Kemmelfeld und Maler Mahle, im 3. Bezirk: Porzellanarbeiter Pauke, Schlosser Radentzin und Schlosser Höhle, im 4. Bezirk: Zimmerer Thiel, Zimmerer Freudenberg und Ruher Wilde, im 5. Bezirk: Tischler Madenzy, Bauarbeiter Haustem und Bauarbeiter Gräber, im 6. Bezirk: Tischler Pfefferkorn und Kupferer Keumann, im 7. Bezirk: Hausdiener Polentini und im 8. Bezirk: Seltner Hannemann. — Am 17. d. M. wird eine Flugblattverteilung und am 22. Januar noch eine Versammlung mit Referenten zur Agitation für die Wahlen stattfinden.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. 29. Hamburg). Illale Rummelsburg, Sonnabend, den 16. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Gust. Tempel, Vogelhagen, Ecke der Bahnhofstraße: Mitgliederversammlung.

Berliner Tanzlehrer-Verein (Freie Vereinigung). Sitzung sowie Übungsstunden jeden Freitag 9 1/2 Uhr, im Englischen Hof, Neue Köhlerstr. 3. Tanzlehrer als Gäste willkommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Nach Preußen folgt Bayern.

München, 13. Januar. (B. Z. B.) Das Verordnungsblatt des Kriegsministeriums veröffentlicht heute eine allerhöchste Entscheidung, durch welche das Tragen der Mähelstüde auf den Offiziersmünteln und die jüngst in der preussischen Armee eingeführten Änderungen der Generalsmüntel auch für die bayrische Armee angeordnet werden.

Parteien in Frankreich.

Paris, 13. Januar. (B. Z. B.) Unter den 50 Mitgliedern der sozialistisch-radikalen Gruppe der Deputiertenkammer, welche, wie gemeldet, ihren Austritt aus der Fraktion erklärt hatten, weil diese die Mandidatur Dubiefs für die Vizepräsidentenschaft der Kammer gegenüber Jaurès aufrechterhalten hatte, haben noch weitere 15 Mitglieder, im ganzen also 65 Mitglieder dieser Gruppe letztere verlassen. Die Ausgeschiedenen bilden nunmehr eine neue Partei unter dem Namen Sozialistisch-radikale Linke.

Sturm.

La Rochelle, 13. Januar. (B. Z. B.) Hier herrscht ein heftiger Sturm; die im Hafen befindlichen Schiffe können nicht auslaufen. Der von Rio de Janeiro kommende englische Dampfer „Laurelwood“ hat an den Felsen der Insel Sein Schiffbruch gelitten; von der Besatzung sind 13 Mann gerettet, 10 sind ertrunken.

Braunschweig, 13. Januar. (B. Z. B.) Der heute wiedergewählte Landtagspräsident Oberbürgermeister Podels wurde heute abend während des Gala-Diners beim Regenten, zu dem familiäre Abgeordnete und die Spitzen der Behörden geladen waren, vom Schlag getroffen und war sofort tot.

München, 13. Januar. (B. Z. B.) Die Münchener Neuesten Nachrichten melden, daß gegen den hier ansässigen praktischen Arzt und Schriftsteller Dr. Justin Braunstein, geboren in Wipperfurth, Regierungsbezirk Köln, ein Steckbrief erlassen worden ist. Braunstein soll im Auslande seine Frau ermorden haben.

Reichstag.

10. Sitzung, Mittwoch, den 13. Januar 1904, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky, Müller.

Die Besprechung der Interpellation Auer und Genossen (Soz.), betreffend Maßnahmen gegen die Wurmkrankheit wird fortgesetzt.

Abg. Stöpel (C.) (auf der Tribüne sehr schwer verständlich):

Das Centrum hat im vorigen Jahre gegen den socialdemokratischen Antrag auf Beschaffung von Mitteln zur Bekämpfung der Wurmkrankheit nur deshalb gestimmt, weil bei der Urwahl im Hause nicht verstanden wurde, worum es sich bei der Abstimmung handelte. Auch zwei socialdemokratische Abgeordnete sind sitzen geblieben. Uebrigens ist ein ähnliches Versehen auch einmal der Linken des Hauses passiert, ohne daß das Centrum dies als Willkürlichkeit ausgelegt hätte. Ich hielt es für nötig, dies festzustellen, denn ich kenne meine Pappenheimer, die socialdemokratische Presse hat bereits aus dem Vorfalle, den gestern auch Herr Sachse erwähnte, Kapital gegen uns geschlagen. Ich hoffe, daß es damit nun ein Ende hat.

Ueber die Entstehung der Wurmkrankheit ist man sich heute noch nicht ganz klar geworden. Man weiß nicht, warum sie eingeschleppt wurde, beobachtet hat man sie meines Wissens bereits in den achtziger Jahren. Anfangs wurde auch behördlicherseits keine große Wichtigkeit der Krankheit beigelegt, auch die Aerzte verkannten ihre Bedeutung. Das ist auch erklärlich, denn die Beiden waren damals weniger tief und warm. Erst später drang man tiefer in die Beiden ein, sie wurden wärmer und dadurch sowie durch die Veriefelung pflanzte sich der Wurm leicht fort. Das eine haben die Untersuchungen der letzten Jahre unzweifelhaft bewiesen, daß nämlich alle Gruben, in denen die Temperatur über 22 Grad beträgt, vom Wurm stark befallen werden und daß hier oft die Hälfte der Belegung von der Wurmkrankheit ergriffen ist. Ueber die Bedeutung der Wurmkrankheit sind sich auch die Aerzte keineswegs einig. Das Abstreifen des Wurms ist für die Betroffenen geradezu eine Pflanzerei. Unzweifelhaft ist doch aber, daß etwas Wirkames gegen die Krankheit gehen werden muß. Das beste Mittel, um die Weiterverbreitung der Wurmkrankheit zu verhindern, ist die Reinlichkeit. Zu diesem Zwecke sind, um den bisherigen Liebeln abzuwehren, in den Gruben Abortlöcher aufgestellt worden. Freilich werden diese Abortlöcher von den Arbeitern nicht immer benutzt. Das ist unter keinen Umständen zu billigen; freilich wird es begreiflich, wenn man bedenkt, daß die Arbeiter oft mehrere hundert Meter bis zum nächsten Abortlöcher laufen müssen. Aber an allen Ecken und Enden können bei dem riesigen Umfang der Gruben die Abortlöcher auch nicht aufgestellt werden. — Die Bekämpfung der Arbeiter durch die Wurmkrankheit ist doch recht schwer. (Hört! hört! bei den Socialdemokr.) Die Arbeiter verlieren den Lohn und sind während der Krankheit auf das Krankengeld angewiesen.

Wandte Beiden haben ja den Arbeitern einen Zuschuß gegeben, so daß sie einschließlich des Krankengeldes auf ihren Lohn kamen. Aber viele Beiden haben sich dagegen gestäubt. Und noch schwerer wird der Arbeiter geschädigt, wenn, was ja auch ziemlich oft vorkommt, die Invaldität eintritt. Am allergeringsten aber sei die Lage der jugendlichen wurmkranken Arbeiter, die nach den geltenden Bestimmungen weder an die Anwartschaftsrente noch an die Invalditätsversicherung Ansprüche haben. So ist es einem achtzehnjährigen Lehrling aus meinem Wahlkreis ergangen. Vielleicht empfiehlt es sich also, die Wurmkrankheit nicht als Berufskrankheit, sondern als Betriebsunfall anzusehen. Allerdings bedarf es auch zu diesem Zweck noch besonderer gesetzlicher Bestimmungen. — So wünschen wir auch, daß die Regierung alles Mögliche thut, um diese Krankheit möglichst schnell zu beseitigen. Aber nicht nur das; wir fordern auch Entschädigung für die Betroffenen, volle Entschädigung, und wünschen, daß die Regierung die nötigen Maßnahmen ergreifen möge und zwar recht bald. (Beifall im Centrum.)

Abg. Què (Soz.):

Die Wurmkrankheit ist eine Katastrophe, die nicht nur die Bergleute aus dem Ruhrrevier angeht, sondern den gesamten Bergbau in seiner Leistungsfähigkeit bedroht. Bei dem immer schärfer sich entzündenden Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt kommt es darauf an, daß die konkurrierenden Industrien ihre Rohstoffe möglichst billig bekommen; und wenn weiter der heimische Bergbau durch die Wurmkrankheit geschwächt wird, so wird eine Teuerung der Rohstoffe der deutschen Industrie eintreten. Ich hebe dies hervor, um die Herren Abgeordneten auf die nationale, wirtschaftliche Gefahr hinzuweisen, die entstehen muß, wenn nicht energische Maßnahmen zur Bekämpfung der Seuche ergriffen werden. Herr Müller hat zwar versucht zu beweisen, daß alles Nötige geschehen sei und daß die Seuche zurückgehe, aber er hat nicht einmal Herrn Stöpel überzeugt. Nach meinen Informationen ist es unzweifelhaft, daß sowohl Herr Müller wie Graf Posadowsky über die tatsächliche Bekämpfung der Wurmkrankheit falsch unterrichtet sind, daß sie die wahren Verhältnisse nicht kennen. Herr Müller hat die Wurmkrankheit eine sehr ernste Gefahr genannt. Wenn das wahr ist, dann weiß ich nicht, welchen Sinn es hat, die Opfer der Wurmkrankheit als gar nicht so groß hinzustellen. Hat doch Herr Müller behauptet, wie ich annehmen muß, im vollen guten Glauben, daß die Wurmkrankheit im Verlauf der ergriffenen Maßnahmen erheblich zurückgegangen sei. In derselben Rede sagte er, daß der Herd der Wurmkrankheit in den Gruben zu suchen sei. Es sollte damit bewiesen werden, daß wir es nicht mit einer Volksseuche, sondern mit einer Berufskrankheit zu thun haben, was schon Herr Stöpel zurückgewiesen hat. Einerseits also soll die Seuche nur in den Gruben bestehen und andererseits gab Herr Müller zu, daß noch kein wirksames Desinfektionsmittel gefunden sei. Er erklärt sich dieser Widersprüche? Den Herd der Seuche kann man doch nicht zerstören, ja sogar die äußerste und sehr gefährliche Maßregel des Trockenlegens der Gruben durch Aussehung der Veriefelung hat nicht den erwünschten Erfolg gehabt. Und trotz alledem soll die Krankheit zurückgegangen sein! Herr Stöpel machte meinem Kollegen Sachse den Vorwurf, daß er die vorjährige Abstimmung des Centrums gegen unsern Antrag auf Bekämpfung der Wurmkrankheit wieder vorgebracht hat, trotzdem Herr Trimborn diese Abstimmung bereits als ein Versehen gekennzeichnet hatte. Ich meine doch, daß Sachse dazu berechtigt war, weil er nicht nur diese Erklärung des Herrn Trimborn gelesen hat, sondern auch das, was hinterher in der Centrums-Presse gestanden hat. Noch vor kurzem ist es in der Anwartschafts-Vorstandssitzung in Bochum zur Sprache gekommen, daß die „Westfälische Volkszeitung“ in Bochum, ein Centrumsblatt, behauptet hatte, die Gefahr der Wurmkrankheit sei von unserer Seite aufgebracht worden (Hört! hört! bei den Socialdemokraten), und in einem Centrumsblatt wurde behauptet, daß mein Kollege Sachse im vorigen Jahre die Angelegenheit im Reichstag nur zur Sprache gebracht habe, um seine Wüste für die Genossen herauszulagern. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Es sei nicht Aufgabe des Reichstages, sich mit der Wurmkrankheit zu beschäftigen, das stand schwarz auf weiß in der Centrums-Presse. Da können Sie doch meinem Freunde Sachse nicht bezargen, wenn er an die Ernsthaftigkeit des Versehens nicht glaubt. (Zuruf des Abg. Stöpel.) Ich spreche von meinem Freunde Sachse, was ich darüber denke, habe ich Ihnen noch nicht gesagt. Minister Müller wiederholt das Spiel, das wir seit Jahren kennen. Er berief sich auf die Zustimmung des Auslandes, daß die getroffenen Maßnahmen zweckmäßig und wirksam seien. Aber es sei konstatiert, daß bereits im Jahre 1897 in der „Bergarbeiterzeitung“ die gesundheitlichen und wirtschaftlichen Gefahren der

Wurmkrankheit dargestellt wurden. Damals wurde der Artikel nicht nur totgeschwiegen, sondern auch amtlich desabonniert. Und auch schon damals wurde gesagt, die Regierungsmaßnahmen hätten die Krankheit schon erheblich zurückgedrängt. Und dabei konnte damals von Regierungsmaßnahmen so gut wie gar nicht die Rede sein. Eine Verordnung haben wir erst vom Jahre 1900 und eine zweite vom Jahre 1902. Die erste hat nach der Versicherung des Ministers Müller so gut wie nichts genützt und doch war in der amtlichen Zeitschrift zu lesen, daß die von der Regierung gegen die Seuche getroffenen Maßnahmen genützt hätten. Und angesichts solcher Behauptungen und Vertuschungsversuche von amtlicher Seite sollen wir den Regierungserklärungen noch Wert beilegen?

Der Herr Minister hat die Bergarbeiter-Vereine besonders ermahnt, in aufrichtigem Sinne zu wirken. Aber wie sollen wir das anfangen? Sollen wir in dem am stärksten gefährdeten Revier, Westfalen, eine Versammlung abhalten, mit Kerzen, nicht mit Beisetzern als Referenten, dann treibt uns die königliche Polizei die Säle ab. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Sollen wir die Anwartschaftsärzte beurlauben, belehrende Vorträge in den Versammlungen des Bergarbeiter-Vereins zu halten, so wird ihnen von einflussreichen Leuten geraten, das zu unterlassen. Vor vier Wochen, kurz vor Weihnachten, wollte ich in Niederschlesien einen Vortrag über die Gefahren der Wurmkrankheit halten. Auf Grund des Befehles über die gemeingefährlichen Krankheiten wurde die Versammlung verboten, angeblich, weil der Typhus ausgebrochen war. Aber am selben Tage waren der Krüger- und der Zuvorverein dort versammelt. Der Minister Müller hat gestern an meine Sachlichkeit und Leidenschaftlosigkeit appelliert; er hat auch anerkannt, daß wir im Anfang der Bewegung um Verdienste um die Aufklärung des Volkes erworben haben. Das haben wir nicht nur im Anfang, sondern im ganzen Verlauf der Krankheit getan. Aber was soll man dazu sagen, wenn in einem amtlichen Bericht, den der Polizeikommissar von Gelsenkirchen an das Ministerium erstattet hat, zu lesen ist: Das Auftreten dieser gefährlichen Krankheit sei für unsereins ein willkürlicher Agitationsstreich! (Hört! hört! bei den Socialdem.) Dann müßte meine Phantasie ja die blutdürstige Phantasie des Massenmörders Thomas überreichen. Laufende von Bekannten und guten Freunden werden von schwerer Krankheit betroffen und ich sollte mich darüber freuen? Eine außerordentlich niedrige Natur gehört dazu (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Socialdem.), derartiges einem Menschen zu unterstehen.

Es fällt uns schwer, angesichts einer solchen Behandlung sachlich und leidenschaftlos zu bleiben. Wären wir nicht fastblinde Westfalen, es könnte zu sehr lebhaften Szenen kommen.

Inbriest ist von der Bundesrats-Strade meinem Kollegen Sachse der Vorwurf gemacht worden, er habe die Aufregung in die Bergarbeiterkreise erst hineingetragen. Ich kann versichern, daß Sachse im vorigen Jahre unangeführt bemüht gewesen ist, einen großen Bergarbeiterstreik lediglich wegen der Wurmkrankheit fernzuhalten. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ohne seine rastlose Thätigkeit wäre im Ruhrgebiet sicherlich ein gewaltiger Bergarbeiterstreik ausgebrochen, der sich zweifellos auch auf andere Gebiete ausgedehnt haben würde. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.)

Graf Posadowsky hat mitgeteilt, daß in Bayern, in der Pfalz, nur 4-6 Fälle von Wurmkrankheit, in Sachsen nur 4, in den anderen Bergrevieren überhaupt keine Fälle vorgekommen seien, und daß 50 Proz. der außerpreussischen Bergarbeiterchaft auf Wurmkrankheit untersucht worden seien. Das stimmt mit den Informationen, die wir telegraphisch eingezogen haben, nicht überein. Unser Vertrauensmann für Mitteldeutschland teilt uns mit, daß in Sachsen kaum 100 Bergleute auf Wurm untersucht worden seien. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Diese Ausländer werden dort ununterjucht zugelassen, während die rheinischen Bergleute gemahregelt werden. In Brandenburg, in Sachsen-Altenburg ist von einer Untersuchung auf Wurmkrankheit nichts bekannt geworden. Wir haben uns genau informiert und nach den Mitteilungen, die wir erhalten haben und für deren Inhalt wir einstehen, sind die Informationen des Grafen Posadowsky unrichtig. In den außerpreussischen Bundesstaaten sind nicht diejenigen Untersuchungen vorgenommen worden, die von den ärztlichen Autoritäten als notwendig bezeichnet werden. Auch in Niederschlesien und in Oberschlesien kennt man von einer Untersuchung auf Wurm so gut wie nichts. Das gleiche ist im Saarrevier der Fall, wovon ich mich erst vor einigen Tagen noch persönlich überzeugt habe. Auch in der Pfalz ist von einer Untersuchung der Belegschaft so gut wie nichts bekannt. In den elsass-lothringischen Eisengruben an der luxemburgischen Grenze werden Tausende von italienischen Arbeitern beschäftigt, die aus unversicherten Gegenden stammen. Hier ist gleichfalls keine Untersuchung vorgenommen worden. Die Eisengrubenbesitzer Elsass-Lothringens haben lediglich beschloffen, künftig Ruhrbergleute überhaupt nicht mehr anzunehmen. Was versteht man unter ernstesten Maßnahmen? Nach dem Urteile aller Autoritäten ist Sauberkeit in den Gruben das wirksamste Mittel. Was geschieht aber zu ihrer Aufrechterhaltung auf den preussischen und außerpreussischen Gruben? Die Abortlöcher sind vorgegraben — manchmal auch nur fakultativ — aber man geht doch einmal in die betreffenden Reviere: Wie sieht es aus mit ihrer Aufstellung? Zum großen Teil fehlen die Abortlöcher noch heute überhaupt. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Zum Teil sind sie völlig unbenutzbar, weil sie nicht in der vorgeschriebenen Weise gereinigt und auch nicht desinfiziert werden. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die Arbeiter berichten ihre Bedürfnisse nach wie vor in den Gruben. Alle ärztlichen Autoritäten sind darin einig, wenn die Seuche wirksam bekämpft werden soll, der Schmutz aus den Gruben heraus zu müssen. Herr Müller verwies auf die Notwendigkeit, die Aborte über Tage einzurichten. Gewiß wäre das das Nichtigste, aber es sind nur ganz vereinzelte Gruben, die so vorgehen, die meisten nehmen nicht die geringste Rücksicht auf die Bedürfnisse der Arbeiter. Herr Müller sagte, im Anfang sei der Ernst der Situation nicht allgemein erkannt worden. Das ist aber auch heute noch genau so. Ist man doch in verschiedenen Bezirken der Meinung, die Seuche sei so gut wie verschwunden. Wo aber ein Kranker ist, da finden sich bald mehrere, und wo auch nur ein wurmbefallener Kot abgesetzt ist, da ist unter Umständen die ganze Grube verunreinigt. Die preussischen Bergbehörden tragen vor allem die Schuld an der Ausdehnung der Seuche. Sie haben, trotz aller unserer Warnungen, verkannt, das nötige zu thun zur Kontrolle der Gruben. Wir haben seit Jahren gefordert, man solle Arbeiter heranziehen zur Kontrolle der Gruben. Dieser Forderung ist man aber seitens der Bergbesitzer mit Lohn und Spott, seitens der Behörden mit glatter Ablehnung begegnet. Die Bergbehörden haben sich in ihrer jetzigen Organisation als unfähig erwiesen, die Seuche wirksam zu bekämpfen und so ihre Pflicht, für die Gesundheit zu sorgen, in vollen Maße zu erfüllen. Die Untersuchungen der Kranken, die bisher erfolgt sind, sind sehr problematische Natur. Es kommen Verwechslungen der Töpfe mit den Excrementen vor. Ein bekannter Arzt spricht vom Massenbetrieb der Untersuchungen. Die Aerzte selbst geben zu, daß sie der Seuche gegenüber ratlos dastehen. Die Abtreibung des Wurms wirkt zwar, aber der Mann ist in den nächsten Tagen wieder verunreinigt. Es bleibt dabei: der Herd des Wurms in der Grube kann nicht zerstört werden. Und da plagt man die Leute mit einer Pflanzerei und gerätet ihre Gesundheit. Ich habe Leute gekannt, die vier, fünf Kuren durchgemacht haben, nicht in der Lage waren, allein von der Grube nach Hause zu gehen, denen das Zahnpulver verkauft. (Hört! hört! bei

den Socialdemokraten.) Und zu alledem werden die Leute noch wirtschaftlich geschädigt. Wenn der Arzt erklärt, daß ein Bergmann noch nicht frei vom Wurm sei, so liegt er auf der Straße, und wenn er wirklich über Tage angelegt wird, so bekommt er immer um 30 Proz. geringeren Lohn. Unsere Vorschläge, daß man die erkrankten Arbeiter für den ihnen durch das Verschulden der Bergbehörden zugefügten Schaden entschädige, zum mindesten aber ihnen bei Beschäftigung über Tage den gleichen Lohn, den sie früher hatten, zahlen sollte, hat man mit Kesseln zurückgewiesen. Wir können wohl behaupten, daß wir was die Bekämpfung der Wurmkrankheit anlangt, reichlich positive Vorschläge gemacht haben, die negative Kritik ist in diesem Falle von der andern Seite gekommen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Es ist empörend, daß Bergleute, die bei einer Hitze von 30 Grad 10 bis 14 Stunden arbeiten müssen, kein Trinkwasser erhalten. Als einer meiner Freunde ein solches Verlangen stellte, antwortete ein Bergarbeiter Lütken, die Bergleute brauchen kein Wasser; sie trinken nur wenn sie einen Kater haben. In Desterreich wird Trinkwasser geliefert, bei uns nicht und wir marschieren doch an der Spitze der Socialreform. Der Trinkwassermangel verführt die Bergleute dazu, häufig das aus Sumpfwasser herrührende Veriefelungswasser zu trinken und dadurch entsteht nicht nur der Wurm sondern auch der Typhus, der in Oberschlesien ja gar nicht mehr ausbricht. (Sehr richtig! links.) Es ist eine recht gewagte Behauptung, daß der Wurm eine Berufskrankheit und keine Seuche sei. Im Juidauer Revier sind die Biegeleiarbeiter vom Wurm befallen, und in der Thüringer Gegend hat man ihn bei den Erdbauern konstatiert. Der Wurm setzt sich durch Ansteckung fort. Ein sieben Jahre altes Kind hat ihn bekommen, weil es den vom Vater übrig gelassenen Rest des Butterbrotes ausgegessen hat. Der Aufsetzungsstoff, der in dem Butterbrot steckt, haftet am ganzen Körper des Bergmannes, in dem Schmutz, den er wegen mangelnder Bade-Einrichtungen nicht in der Lage ist, wegzuwaschen, in dem Dreck, den er in seine elende Wohnung schleppt, die er mit sechs und sieben Personen teilt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Am schlimmsten ist es in dieser Beziehung in Oberschlesien. Wenn Herr Kroll reden wollte, er könnte hier ein anschauliches Bild von den dortigen „idyllischen“ Zuständen entwerfen.

Ueber Graf Posadowsky noch Herr Müller haben eine direkte Antwort auf die Fragen meines Freundes Sachse gegeben, ob man noch weiter den Bergleuten ihre Gruben aus der Tasche ziehen will, um Experimente zu machen zur Bekämpfung einer Krankheit, an der die Bergbesitzer ganz allein die Schuld tragen. Auch die christlichen Bergarbeiter haben auf ihrer Tagung es ausgesprochen, daß die Arbeiter aus dem verunreinigten Auslande die Wurmkrankheit eingeschleppt haben. Die Keuerung des Herrn Müller, man werde der Krankheit mit Erfolg zu Leibe gehen, war sehr optimistisch. Es sind in den Gruben zu viel Ausländer beschäftigt, die injiziert sind. Und die Treiber der alldeutschen chauvinistischen Gesellschaft haben die Regierung so weit beeinflusst, daß sie es ablehnt, die zur Bekämpfung der Wurmkrankheit erlassenen Verordnungen auch in polnischer Sprache auszulassen zu lassen. Wer sich wahrhaft national nennt, sollte erst recht die Würde anderer Nationen und ihre Muttersprache achten. Wir, die Vertreter der Arbeiter, aber verlangen wenigstens, daß die fremdländischen Arbeiter über die Gefahren, die ihnen drohen und die auch uns bedrohen, in ihrer Muttersprache informiert werden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich habe den Bergarbeitern gesagt: Die Verordnung besteht, sie befehlt zu Recht, was sie vorschreibt ist notwendig. Aber wenn man die Arbeiter bestraft, weil sie einmal den Abortlöcher nicht benutzen, warum bestraft man nicht die Bergbesitzer, die in der freivoltesten Weise das Leben von Tausenden gefährdet haben? (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Ich habe da noch nicht von einer einzigen Bestrafung gehört. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Wenn man eine ernsthafte Bekämpfung der Seuche will und man anerkennt, daß die „Bergarbeiterzeitung“ wirklich aufläuternd gewirkt hat, warum zieht dann Minister Müller nicht die Konsequenz und erläßt den langjährigen Wunsch der Bergarbeiter nach Heranziehung von Arbeiterkontrolloren? (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Legt es noch so, wie sein Vorgänger Wreseloff erklärt hat, man sei in der Regierung dafür, fürchte aber, daß die Bergbesitzer die Arbeiterinspektoren mahregelten? In den Zeiten, wo man so viel von Terrorismus spricht, wäre es wichtig, das festzustellen, daß die Regierung zugeben möchte, ihre Arbeiter-Beamten nicht gegen die Unternehmer schützen zu können. Und in England, in Frankreich ist es möglich. Im Vorjahre sagte Minister Müller, in Belgien habe sich trotz der Arbeiterinspektoren der Wurm so verbreitet. Aber die belgischen Arbeiterkontrolloren haben nur bestimmte Befugnisse; ihre Instruktion ermächtigt sie nicht zur Kontrolle der Wurmkrankheit.

Der Minister behauptete, der Wurm sei bis zu 22 Grad Wärme lebensfähig. Aber der Anwartschaftsarzt Dr. Vorkmann hat die Entwicklungsfähigkeit des Wurms bis zu 18 Grad festgestellt. Und im Laboratorium sah ich eine Larve, die sechs Tage im Eise gelegen hatte und doch lebte.

Von den behördlichen Maßnahmen gegen die Krankheit werden die Arbeiter schwer betroffen. Der Kollege Stöpel hat gefordert, daß man ihnen wenigstens den materiellen Schaden ersetzen sollte. Da möchte ich ihn doch bitten, seine Auffassung des Begriffes „Arbeitsunfähigkeit“ näher zu präzisieren. Das ist nämlich der neueste Trick, daß man den Arbeitern sogar ihr Pensionsrecht zu rauben sucht. In der letzten Sitzung der Anwartschaftsklasse zu Bochum ist gegen die Stimmen von 18 Arbeitervertretern — drei fielen wie gewöhnlich um — beschlossen worden, daß die dauernd wurmkranken Arbeiter nicht invaliditätsberechtiget seien. Wenn der Minister den Beschluß billigt, so wird den Arbeitern ihr jahrhundertlanges Pensionsrecht geraubt. Der Beschluß geht nämlich dahin, Arbeitern, die über hundert Tage hinaus nicht mehr thätig sein können, aber im Sinne des Invaliditätsgesetzes noch nicht erwerbsunfähig sind, keine Pension zu gewähren. Nun hat auch Abg. Stöpel gesagt, der zu ihm gekommene wurmkranke Arbeiter sei noch nicht erwerbsunfähig gewesen. Ich glaube nicht, daß die Bergarbeiter über diesen Ausdruck entzückt sein werden. Hier wäre es durchaus Pflicht der Behörden, die Bergbesitzer auf ihre zivilrechtlichen Haftbarkeit für den Schaden durch die Wurmkrankheit hinzuweisen. Auch sollte das Ressort, das die Arbeiter schädigende Maßnahmen anordnet, gleich die Entschädigung der betroffenen Personen aus seinen Mitteln übernehmen.

Abg. Stöpel nannte die Zuschüsse zu den Krankengeldern „Wohlthaten“. Die Bergarbeiter, auch die christlichen, aber sind der Ansicht, daß es sich dabei nicht um Wohlthaten handelt, sondern um ein sehr gutes Recht der Bergarbeiter. Wohlthaten wollen und brauchen wir nicht. Wenn die Behörden sich unfähig erwiesen haben und die Bergwerksbesitzer zu lau und gleichgültig gewesen sind, so müssen sie auch für den dadurch entstandenen Schaden aufkommen. Statt dessen hat man in Anwesenheit eines behördlichen Vertreters beschloffen, den Invaliden die Kosten für das Heilungsverfahren aufzubürden. Dabei hat der Herr Vertreter der Behörden nicht gemugt. Als aber in der vorigen Woche die Arbeitervertreter einen ihnen vorgelegten Plan zur Verwendung von Anwartschaftsgeldern ablehnten, da hielt dieser Oberbergat den Arbeitern eine große Staudre und beschimpfte sie als unfähig zur Verwaltung. Wäre ich da an der Stelle der Arbeiter gewesen, so würde ich ihm gesagt haben, daß er ein unverschämter Geselle ist. (Lurche rechts.) Aber so wirtschaftet man in den Anwartschaftsvereinen mit dem Gelde der Arbeiter.

Was nun die Vorschläge zur Verbesserung anlangt, so haben wir im vorigen Jahre vorgeschlagen, das Reich solle Mittel bewilligen. Dazu waren wir auf Grund des Seuchengesetzes berechtigt. Wir haben ein ausgezeichnetes bakteriologisches Institut, das aber leider nicht einmal in der Lage ist, eine genügende Anzahl von Schnappschafftsärzten zur Erkennung der Wurmkrankheit bakteriologisch auszubilden. Es wäre Pflicht des Reiches, dies Institut mit Mitteln zu unterstützen, damit es seine Aufgaben erfüllen kann. Wir sind ebenso wie Abg. Stögel der Ansicht, daß die geschädigten Vergleute unbedingt von Reichswegen entschädigt werden müssen. Es wird sich vielleicht in der Budgetkommission beim Reichsamt des Innern Gelegenheit finden, einen entsprechenden Posten zur Bekämpfung der Wurmkrankheit und zur Entschädigung der dadurch geschädigten Leute einzustellen.

Abg. Stögel hat schon auf das Unfallgesetz hingewiesen. Ich habe die Krankheit schon vor zwei Jahren als eine Berufskrankheit bezeichnet. Wenn man sich von autoritativer Stelle zu derselben Ansicht bekennt, so wird es auf die einfachste Weise möglich sein, den Leuten eine Unfallrente zu gewähren. Es giebt aber auch, wie der Handelsminister gestern bestätigte, eine Reihe von Wurmkranken, die nicht gerade sterbenskrank sind, sondern nur wurmbehaftet; was hindert denn, diese halbvercurierten Arbeiter auf Grund des Reichs-Unfallgesetzes einer Heilanstalt zu überweisen, sie wieder erwerbsfähig zu machen, genau wie es bei der Tuberkulose und andern Krankheiten auch geschieht. Es handelt sich um Tausende von Arbeitern, deren Verlust für den Bergbau zweifellos von großem Schaden ist. Wenn wir nur einen kleinen Teil dieser Kräfte wieder arbeitsfähig machen, so bedeutet das außer dem Gewinn für die Betroffenen selbst auch einen großen Gewinn für unsere ganze Volkswirtschaft. Daß auch die Angehörigen der wegen Wurmkrankheit Bekleideten unterstützt werden müssen, versteht sich am Rande.

Wenn wir aber dieser Krankheit, dieser schweren Bedrohung der Bergindustrie, dieser außerordentlichen Gefährdung unserer Konsumfähigkeit wirksam an den Leib gehen wollen, so ist es nicht mehr statthaft, in 600, 700, ja 800 Meter tiefen Stellen, wo vielfach eine Temperatur von über 30 Grad herrscht, noch Arbeitszeiten von 10 bis 12 Stunden einzuhalten. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Dadurch werden die Vergleute körperlich geschwächt, prädisponiert für alle möglichen Krankheiten: Tuberkulose, Wurmkrankheit usw. Wollen wir also socialpolitisch handeln und nicht nur die Wurmkrankheit, sondern das ganze fortschreitende körperliche Elend der Bergarbeiter bekämpfen, so müssen wir ihre Arbeitszeit wesentlich verkürzen. Daher ist jetzt die Zahl der Erkrankungen im Bergarbeiterberuf erschreckend hoch. Im vergangenen Jahre steigt die durchschnittliche Krankenziffer auf 80—90 Proz. (Hört! hört! b. d. Socialdemokraten.) Gerade das fischalische Weltpeinlichste zeichnet sich durch hohe Krankenziffer an. Wenn die Bergarbeiter der Arbeitszeit auf acht Stunden nicht möglichst vorzunehmen ist — und als Sachverständiger halte ich das für ausgeschlossen, besonders in Obersteifen mit seiner wüßstündigen Arbeitszeit, nur so gehe man allmählich vor. Aber einmal muß doch der Anfang gemacht werden! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Schon auf Grund der jetzigen Gesetzgebung ließe sich die übermäßige Ausnutzung der Bergarbeiter einschränken. Der Herr Minister braucht bloß die Behörden anzuweisen, die grandiosen Uebergriffe nicht zu genehmigen, die im Ruhrrevier üblich sind: 35 bis 40 Schichten werden gefahren, während doch der Monat nur 30 Tage hat. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die Ueberarbeit aber disponiert besonders zur Aufnahme aller möglichen Krankheiten. Die Behörden sollten auch endlich einmal den bürokratischen Jopf aufgeben, Bestimmungen und Vorschriften zu erlassen, ohne zu fragen, ob sie auch durchführbar sind. Die Verordnung gegen die Wurmkrankheit ist in ihrem wesentlichen Teile durchaus acceptabel, sie leidet aber an dem kapitalen Fehler, daß es einem großen Teile der Bergarbeiter nicht möglich ist, sie zu befolgen und die Abortkugel zu erreichen. Das Gebot, der Accordlohn, wird immer weiter herabgesetzt. Wenn die Bergbehörde Wert darauf legt, daß die Anordnungen, die sie zur Bekämpfung der Wurmkrankheit erläßt, auch befolgt werden, dann muß sie sich, was sie nach dem Vergleut kann, um die Festsetzung des Gehaltes kümmern, damit den Bergarbeitern gestattet ist, ihre Arbeit vorchristlich auszuführen. Sonst treibt sie den Armen ins Elend hinein und läßt ihn schuldig werden. Wir haben die wunderschönen Theorien zur Verhütung von Unfällen, aber sie gleichen dem Hundfleisch mit Pfäumen, von denen Onkel Präsik spricht: Wir bekommen sie nicht zu kosten. Wir haben Vorschriften, die künstlich wirklich manchmal sehr hübsch sind. Es kümmert sich aber niemand um ihre Durchführung.

Warum ist es bei uns nicht möglich, Kontrollreue aus Arbeiterkreisen einzustellen? Herr Möller sagt in der Begründung des Gesetzes zur Abänderung des preussischen Vergleutes selber, daß die geistige Ausbildung der Bergarbeiter zunimmt und daß sie fähig sind, den Posten von Vorstandsmitgliedern in den Schnappschafftsämtern auszuüben. Wir haben eine sehr intelligente Arbeiterklasse, und es liegt kein Grund vor, sie von der Kontrolle ihres Lebenslaufes in den Gruben auszuschließen. Ich protestiere mit aller Energie dagegen, daß wir die Arbeit haben, eine solche Einrichtung etwa parteipolitisch auszunutzen, wie im preussischen Abgeordnetenhaus behauptet ist und behauptet werden wird. Hier handelt es sich um den Schutz von Hunderttausenden. Wer daran denkt, eine solche Einrichtung parteipolitisch auszunutzen, ist eine verwerfliche Natur.

Ich bitte den Minister weiter, seit Augenmerk zu richten auf die fortwährende Heranziehung ausländischer Bergarbeiter aus wurmverseuchten Gegenden nach Deutschland. In Schlesien, an der Ruhr, an der Saar sind Bergarbeiter genug vorhanden. Das hindert aber nicht, daß die Jedmaganten fortwährend in Böhmen, Mähren, Steiermark, Ungarn usw. Bergarbeiter werben. Woche um Woche kommen ganze Waggonen fremdländischer Arbeiter ins Ruhrgebiet hinein. Gewiß werden sie untersucht. Sind sie aber wurmkrank, dann werden sie über Tag beschäftigt und als Mitglieder der Schnappschafftsklasse können diese angelegten Leute in die Krankenhäuser und werden dort auf Grund des von den Einheimischen zusammengetragenen Geldes kuriert. Dann werden sie wieder in den Gruben unter Tag beschäftigt. Bei den Einheimischen aber ist es anders. Werden sie wurmkrank, so werden sie auch nicht über Tag beschäftigt. Die Arbeitslosen kommen dann in unsere Sekretariate und fragen, was sie thun sollen. Wir haben unter solchen Verhältnissen allen Grund, gegen die weitere Einschleppung wurmverdächtig fremdländischer Arbeiter zu protestieren. Möchten die Staatsbehörden doch jene Aufmerksamkeit, die sie dem verachteten Reich schenken, auch dem verachteten Arbeiter zuwenden. Hätte man diese Aufgabe ernst genommen, so wäre es nie so schlimm gekommen.

Die Wurmkrankheit ist eine Frage allgemeiner Natur. Sie betrifft nicht nur die Bergarbeiter, obwohl diese doch auch ein wertvolles Objekt für den Staat sind. Wir meinen es sehr redlich, wenn wir die Bekämpfung der Seuche fordern. Will es doch eine Gefahr von der Arbeiterklasse abzuwenden. Wenn sich aber der deutsche Reichstag auf den Standpunkt des vorigen Jahres stellt, wo unsere Resolution aus Versehen abgelehnt worden ist, so würde ein nochmaliges Versehen able Folgen haben. Einmal haben wir das Ruhrgebiet vor einem Streik bewahrt, einmal haben wir die erregten Gemüter beruhigt, wenn aber jetzt nichts geschieht, dann können wir keine Verantwortung weiter übernehmen, keine Bürgschaft für das was kommt. Alle Schuld würde dann auf diejenigen zurückfallen, die nicht gegen die Seuche unternommen haben. (Lebhafte Beifall bei den Socialdemokraten.)

Preussischer Handelsminister Möller:

Der Vorredner hat wiederholt versichert, daß er nicht agitatorisch reden wolle; ich rufe aber die Mehrheit des Hauses zum Zeugen auf, daß er mehrfach, namentlich gegen das Ende seiner Ausführungen in erheblicher Weise agitatorisch geredet hat. Ich will mich an die Tagesordnung halten und kann deshalb nicht auf all die vielen Fragen und Wünsche des Vorredners

eingehen. Herr Gué hat versichert, daß eine Abnahme der Krankheit eingetreten sei. Ich verleihe nicht, daß er das fertig bringen kann, das zu bestreiten. In sieben bis acht Monaten sind von 17 000 Mann 60 Prozent wurmfrei geworden. Das ist doch ein ganz erheblicher Rückgang. Ich habe ihm gestern schon erklärt, wenn er etwas Besseres vorzubringen hat, so soll er mir sein Rezept geben. In seiner heutigen Rede aber habe ich von einem solchen Rezept nichts verstanden. Ich behaupte, daß nirgends anders energischer vorgegangen ist, wie bei uns. Sogar im Auslande hat man das anerkannt. Herr Gué behauptete, ich hätte von einer ersten Gefahr gesprochen, dann aber ausgeführt, daß bisher kein Todesfall und keine Invaliderung vorgekommen sei. Amtlich sind mir auch keine Todesfälle und nur 3 Invaliderungsfälle bekannt geworden. Wenn man diese Zahlen mit der enormen Zahl der Erkrankungen vergleicht, muß man das Sterblichkeits- und Invaliderungsverhältnis als sehr günstig bezeichnen. Nichtsdestoweniger liegt eine erste Gefahr vor, die geeignet ist, die Leistungsfähigkeit unserer Vergleute erheblich herabzubrüden. Wenn wir nicht mit äußerster Energie vorgegangen wären, so wäre binnen Jahresfrist die Belegschaft aller heißen und fettigen Gruben ergriffen worden. Daß die „Vergarbeiter-Zeitung“ erheblich zur Bekämpfung der Krankheit beigetragen hat, will ich heute ebenso wie ich es früher gethan habe, gern anerkennen. Aber wie es Herrn Gué ging, der heute gemeint hat, er habe ganz unglücklich und nicht agitatorisch geredet, so geht es auch seinem Munde, es sind darin auch Artikel erschienen, in denen die Wurmkrankheit zu agitatorischen Zwecken ausgenutzt worden ist. Herr Gué sagt, er habe im Jahre 1897 zuerst auf die Gefahr aufmerksam gemacht. Die erste oberbergamtliche Verordnung stammt aber aus dem Jahre 1896. Im Jahre 1902 ist eine erheblich verschärfte Verordnung erlassen worden. Der Vorredner hat ein prägnantes Bild über den aufstrebenden Schmutz entrollt. Ein englischer Arzt, der das Ruhrrevier zur Erforschung der Wurmkrankheit bereist hat, hat aber seinem Erstaunen über die vorzügliche in England nirgendwo existierende Bade-Einrichtung bei uns Ausdruck gegeben. (Hört! hört! rechts.) Unsere Maßregeln waren tief einschneidend, es sind Untersuchungen in großem Umfange erfolgt. Diese waren für die Arbeiter vielfach un bequem, haben aber auch den Werkbesitzern ganz enorme Kosten verursacht. Ich bin gestern, um nicht zu weitläufig zu werden, auf die Kosten, die den Vergleutbesitzern aus der Bekämpfung der Wurmkrankheit erwachsen sind, nicht näher eingegangen. Nach der bisher bis zum November 1903 reichenden Statistik sind angewendet worden für die Einrichtung, Verwaltung und Bedienung der Not-Untersuchungsstationen, für etwaige Einrichtung und Unterhaltung von Baracken 781 033 M., für Untersuchungen Erkrankter und deren Familien — das Nähere darüber habe ich gestern gesagt — 372 830 M., für Wurmfreiheitsatteste usw. 43 775 M., in Summa also etwa 1 200 000 M. Die Behauptung des Herrn Gué im vorigen Jahre, auf die Herr Gué verwies, daß die Vergleutbesitzer nicht Ausgaben von Hunderttausenden scheuen würden, um der Seuche Herr zu werden, ist also vollkommen gerechtfertigt worden. In einer Ausstellung von einer der größten unserer Bergwerksgesellschaften sind neben den Leistungen für die eben angeführten Zwecke noch die Ausgaben speziell gebucht, die entstanden sind durch Vorarbeiten des Oberbergamts in Bezug auf Aborte und Desinfektion. Dieselben betragen bei dieser Gesellschaft 297 225 M., der Anteil der Gesellschaften an den obigen 1 200 000 M. beträgt 114 399 M., ihre Gesamtsummen durch die Wurmkrankheit also 411 624 M. Das sind Leistungen, wie sie in keinem anderen Lande vorkommen, wie wir ja bekanntlich überhaupt in der Socialpolitik allen Ländern der Welt mit Siebenmeilenstiefeln vorausseilen. (Lachen bei den Socialdemokraten.) Daher liegt kein Grund zu den Angriffen des Herrn Gué vor, ich fühle mich vollständig ruhig in dem Bewußtsein, meine Pflicht und Schuldigkeit in vollem Umfange gethan zu haben. — Herr Sachse hat sich darüber beschwert, daß es den Vergleuten verboten sei, den Arbeitern Vorträge über die Wurmkrankheit zu halten. Mir ist das Verbot nicht bekannt, ich kann mir aber vorstellen, daß es ergangen ist, weil in früheren Versammlungen im Weissen der Vergleute nicht sachlich, sondern höchstwahrscheinlich in agitatorischer Weise dislociert worden ist.

Herr Gué hat sich dann darüber beklagt, daß vielfach Aborte nicht vorhanden seien und er hat es so geschickt darzustellen gewußt, daß der Unkundige den Eindruck gewinnen mußte, als ob sich alle seine Angaben auf Westfalen bezogen. Thatsache ist aber, daß in Westfalen auf je 12 Arbeiter, manchmal sogar auf je 4 ein Abort kommt. Das sind Leistungen, wie sie sonst nirgendwo in der Welt vorkommen. Gué verlangte auch wieder Arbeitervertreter zur Kontrolle in den Gruben. Ich bestreite, daß Arbeiter zur Kontrolle der Aborte notwendig sind; seitdem wir vor einigen Jahren das Institut der Einfahrer gerade in Westfalen eingeführt haben, haben wir ein Material für diese Kontrolle bekommen, was sich ganz vorzüglich bewährt hat. Weiter hat Herr Gué gesagt, die Geheilen würden bald wieder infiziert. Nach dem, was ich gestern gesagt habe, mußte Herr Gué wissen, daß durch die Eier an sich eine Fortpflanzung der Krankheit nicht möglich ist. Dies kann nur geschehen durch die Larven. (Abg. Gué: Habe ich auch gesagt!) Diese Larven können sich nur entwickeln in einer Wärme von mindestens 22 Grad. Dann ist der Abg. Gué auf die Weigerung zu sprechen gekommen, die bergpolizeiliche Verordnung in fremden Sprachen zu erlassen. Ich frage Sie, in welchem Lande der Welt würde man auf den Einfall kommen, polizeiliche Verordnungen in anderer als der Landessprache zu erlassen? (Lebhafte Zurufe bei den Socialdemokraten.) Ich behaupte, daß das nirgendwo sonst vorkommt. Herr Gué hat dann in ungehöriger Weise die Vergleutbesitzer angegriffen, indem er behauptete, sie misachteten in stöberlicher Weise die bergpolizeilichen Vorschriften. Er unterschätzt doch in erheblichem Maße unsere Vergleutverwaltung in Preußen. Diese sieht den Bergwerkseigentümern in einer Weise auf dem Raden mit Verordnungen und energischer Durchführung derselben, wie das sonst nirgends in der Welt geschieht. (Lebhafte Unruhe bei den Socialdemokraten.) Herr Gué hat einen Ober-Vergleut einen unterschätzten Gesellen genannt. Das sind Ausdrücke, die wir bisher nicht gewohnt waren im deutschen Parlament über einen förmlichen Beamten zu hören. (Sehr gut! rechts.) Es ist uns der Vortwurf gemacht, wir sorgten nicht für Trinkwasser. Mir ist versichert worden, daß in Westfalen die Vergleute mit fließendem kochendem Wasser in die Gruben gehen, dort brauchen sie also kein Trinkwasser. In Schlesien haben die Leute nicht diese Gewohnheit, deshalb wird ihnen Wasser in Kässern nachgeführt. Ueberall Wasserleitungen in den Gruben einzuführen, würde undurchführbar sein. Schließlich behauptet Herr Gué, die Arbeitszeit sei zu lange und die Arbeiter würden durch die Ueberarbeit empfänglicher für die Wurmkrankheit. Ich glaube, daß dieses Argument gerade für die Wurmkrankheit am wenigsten zutrifft. Im übrigen ist durch den letzten monatlichen Nachweis des Ober-Bergamtes Dortmund festgestellt, daß wenig über anderthalb Schichten pro Monat und Kopf an Ueberarbeiten gefallen ist. Das Schlicht nicht aus, daß einzelne Arbeiter erheblich mehr Ueberarbeiten machen. Fest steht jedenfalls, daß 29 Prozent der Arbeiter in Westfalen nur sechs Stunden arbeiten. Mit dieser Arbeitszeit marschieren wir an der Spitze, nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt. Ich weiß nicht, ob in Australien die Arbeiter vielleicht noch etwas mehr erreicht haben — in Deutschland nirgends. Sie (zu den Socialdemokraten) haben also keine Ursache, sich zu beschweren. In ihren schwersten Folgen haben wir die Krankheit gebrochen, aber wir werden noch mehrere Jahre gebrauchen, bis wir sie vollständig ausgerottet haben. Jetzt existieren vorwiegend nur noch Wurmbehaftete, die nicht eigentlich krank sind, die aber für ihre Mitmenschen eine Gefahr bilden und die wir deshalb, so leid es uns thut, von der unterirdischen Arbeit ausschließen müssen. — Die Frage der Pensionsberechtigung und der civilrechtlich Ansprüche will ich jetzt nicht erörtern.

Geheimer Ober-Bezirksrat Professor Dr. Kirchner:

Vom medizinischen Standpunkt aus kommt es in erster Linie darauf an, festzustellen, ob es sich um eine Volksseuche oder eine

Berufskrankheit handelt. Die Wurmkrankheit stellt sich als eine Berufskrankheit dar; die Erhebungen haben bisher nur einen einzigen Fall ergeben, wo ein Kind aus einer gesunden Familie erkrankt ist. Redner bestreitet im weiteren, daß Eier, die sechs Tage im Eisigraut gelegen haben, noch lebensfähig sein können. (Abg. Gué widerspricht.) Im Anfang hat man bei der Beobachtung der Krankheit fast nur auf die Schwerekranken geachtet, die durch hochgradige Nutarmut charakterisiert sind. Die Leichtkranken aber verbreiten die Krankheit viel mehr, weil sie sich überall frei bewegen und nicht gezwungen werden können, in ein Krankenhaus zu gehen. Die Untersuchung bei den Neuanlegungen ist für die Vergleute zweifellos keine Annehmlichkeit, aber eine Notwendigkeit. Ich bin vor einiger Zeit in Dortmund gewesen und habe mir die Sache selbst mit angesehen, auch mit einer großen Anzahl von Vergleuten gesprochen und sie nach ihren Beschwerden gefragt, aber nie gefunden, daß die Leute durch die Untersuchung beunruhigt wären.

Die Behandlung der Wurmkrankheit ist sehr schwierig, denn die Würmer, die sich im Körper ansiedeln, saugen sich an der Darmhaut fest. Da wir kein besseres Mittel als das Farrenkrautextrakt kennen, so müssen wir es wohl oder übel anwenden. Die Desinfektion als Vorbeugungsmaßregel gegen die Wurmkrankheit kommt gar nicht in Betracht; der Wurm widersteht allen Desinfektionsstoffen. Die Austreibung von Trinkwasser-tönen in den Gruben kann insofern gefährlich werden, als die Arbeiter das Wasser mit Gefäßen ausschöpfen, die sie vielleicht vorher in den Schmutz gestellt haben und die infolge dessen mit Larven behaftet sind. Die schlimmen Folgen der Krankheit für die Arbeiter sind gewiß enorm; aber man soll die Erregung nicht unnötig vergrößern. Heute ist die Zahl der wirklich Kranken nur noch sehr gering; schreiben wir auf dem betretenen Wege fort, so werden die Kranken hoffentlich ganz verschwinden. Verzichteten Sie (zu den Socialdemokraten) darauf, uns Vorträge zu machen, kommen Sie unseren Maßnahmen mit Vertrauen entgegen und lassen Sie uns Schulter an Schulter vorgehen. (Beifall rechts und im Centrum.)

Abg. Dr. Höffel (Rp.):

Die Wurmkrankheit ist ja nicht neu; sie hat sich nur in den letzten Jahren stark ausgedehnt. Ihr Ursprungsland ist Brasilien mit seiner ungelunden Feldarbeit, von wo Ungarn sie übernommen hat. Ich bestreite, daß die Gefahren der Bekämpfung so groß sind, wie der Abg. Sachse behauptet. Es wäre klüger, er hätte sich an einen Arzt gewandt. Die Gefahren des Farrenkrauts sind ja schon seit Jahren bekannt. Für die notwendigen Untersuchungen sollten die Betriebs-Krankenkassen aufkommen. Dafür daß die Unternehmer sie bezahlen, fehlt jeder Grund. Die Vergleute nehmen weder zu hohe Honorare, noch ihre Art der Behandlung leichtfertig. Abg. Sachse hätte besser, nicht so beweislose Beschuldigungen in die Welt zu setzen. Sie (zu den Socialdemokraten) haben ja viel Gelegenheit, die Arbeiter aufzuklären. Thun Sie es, machen Sie ihnen klar, daß alles zu ihrem Besten geschieht, und wirken Sie mit uns dahin, daß diese gefährliche Krankheit möglichst bald zurückgedrängt wird. (Bravo! beim Centrum und rechts.)

Handelsminister Möller:

Ich möchte mich dagegen verwahren, daß auch ich die Vergleut-honorare als zu hoch bezeichnet habe; ich habe nur gesagt, daß ich dahin gewirkt habe, daß das Untersuchungs-honorar auf zwei Mark ermäßigt wird unter der Bedingung, daß die Fischen alle Apparate und Räume zur Verfügung stellen. Wenn man das berücksichtigt, so kann man mir meines Erachtens keinen Vortwurf machen.

Abg. Westermann (nail):

Ich kann auf eine ausführliche Widerlegung des Abg. Gué verzichten, weil der Vorredner überzeugend nachgewiesen hat, wie sehr er unrecht hat. Die Abgeordneten Gué und Sachse haben von der hochgradigen Erregung der Arbeiter gesprochen. Eine gewisse Erregung bei den Bergarbeitern ist nur natürlich und leicht damit zu erklären, daß im vorigen Jahre ein neues Verfahren eingeführt wurde: die Untersuchung bei jeder Neuanlegung statt häufiger Untersuchung der ganzen wurmverdächtigten Belegschaft. Daß die Erregung aber hochgradig war, ist nur zurückzuführen auf parteipolitische Treibereien, und wenn der Abgeordnete Gué in den Versammlungen nach dem Muster seiner heutigen Rede verfahren ist, wird er beim besten Willen die Erregung nicht gedämpft haben. (Bravo! bei den Nationalliberalen.) Die socialdemokratischen Redner haben hier die Werkbesitzer sehr scharf angegriffen, insbesondere die früheren Abg. Hilka und Franke. Trotz ihrer Versprechungen sei nichts geschehen. Ich stehe diesen beiden Herren wie der ganzen Frage nicht sehr nahe, aber als Vertreter eines Wahlkreises, in dem der Bergbau sehr bedeutend vertreten ist, sehe ich mich doch veranlaßt, gegen derartige einseitige Ueber-treibungen entschiedenen Protest einzulegen. (Bravo! bei den Nationalliberalen und rechts.) Heute erst hat uns der Minister gesagt, welche Mittel von den Werkbesitzern freiwillig aufgeboten worden sind. Redner giebt dann eine ansüßliche Schilderung der historischen Entwicklung der Krankheit in Deutschland, insbesondere der medizinischen Studien deutscher Aerzte in den Jahren 1893—96 in Ungarn. Es ist unmöglich, den Werkbesitzern die Ausbreitung der Seuche in die Schuhe zu schieben. Man hat eben allgemein erst 1901 erkannt, daß das damalige System der Bekämpfung der Wurmkrankheit unzulänglich war. Man hat dann eine Untersuchungskommission eingesetzt, in der auch die Arbeiter zahlreich vertreten waren. Eine gewisse Schuld an der Verbreitung der Seuche trifft auch die Bergbehörde deshalb, weil sie im Anfang nicht genügend für die Durchführung der Polizeiverordnung von 1900 gesorgt hat. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Das liegt aber jetzt hinter uns. Die Heranziehung der Arbeiter zur Kontrolle in den Gruben wünschten weder die Vergleutbesitzer, noch auch ein großer Teil der Arbeiter selbst. Die Arbeiter haben sich mehrfach dahin ausgesprochen, daß sie durchaus keine Vermehrung der Gruben-aufsicht wünschten. (Auf bei den Socialdemokraten: Durch Polizeibeamte!) Von einer Beschränkung der Freizügigkeit dadurch, daß die Arbeiter die Gesundheitsatteste selbst bezahlen müssen, kann keine Rede sein. Thatsache ist vielmehr, daß der Belegschaftswandel in der letzten Zeit genau so groß gewesen ist wie früher. Ein Ertrag der Verordnungen in polnischer Sprache ist überflüssig; die polnischen Arbeiter verstehen die deutsche Sprache in den allermeisten Fällen sehr gut. Wir verlangen auch gleiches Recht für polnische und deutsche Arbeiter, aber wir können nicht zugeben, daß in einer durchaus deutschen Gegend gewissermaßen ein polnischer Staat im Staate errichtet wird. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Rugdan (fr. Sp.):

Herr Sachse hat es bedauert, daß die Bekämpfung der Wurmkrankheit nicht nach den Bestimmungen des Reichs-Seuchengesetzes vor sich gegangen ist. Ich will die Einwendungen des Herrn Staatssekretärs Grafen Potadowsky gegen diese Forderung unerörtert lassen, sicher ist aber, daß bei Anwendung der Bestimmungen des Reichs-Seuchengesetzes die Beschränkung der persönlichen Freiheit der Arbeiter und ihre finanzielle Belastung noch weit größer sein würde als heute. Die Herren haben es ja jetzt schon eine Freiheitsbeschränkung genannt, daß die Arbeiter beim Wechsel der Arbeitsstelle die Kosten der ärztlichen Untersuchung tragen müssen. Wie soll man dann aber überhaupt der Krankheit Herr werden, wenn man nicht dagegen Vor-sorge trägt, daß die gefunden Arbeiter nicht durch die Kranken infiziert werden. — Man kann anerkennen, daß die hauptsächlich beteiligte preussische Regierung seit einigen Jahren mit aller Entschiedenheit bemüht gewesen ist, die Krankheit zu bekämpfen. Ich muß auch zugeben, daß die Erfolge dieser Anstrengungen nicht geringe gewesen sind. Aber zweifellos hätten die Abwehr-maßregeln weit früher eintreten müssen. (Sehr richtig! links.) Man hat fünf bis sechs Jahre verstreichen lassen, ehe man energisch vorgegangen ist. Das Ende der Wurmkrankheit ist in den allermeisten Jahren jedenfalls nicht zu erwarten. — Vor allem erforderlich zur Bekämpfung der Seuche ist die vollkommenste Einrichtung der Bergwerke nach den neuesten Erfahrungen der Technik. Der Herr Handelsminister hat darauf hingewiesen, daß bei einigen Fischen ausgezeichnete

Abortanlagen über Tage vorhanden seien. Dies wäre gefährlich, wenn die betreffenden Jochen daraus die Folgerung ziehen würden, daß sie für Abortanlagen unter Tage weniger zu sorgen hätten. Was die Desinfektion anlangt, so haben sich ja alle Versuche als zwecklos erwiesen, und es wäre zwecklose Geldverschwendung, jetzt noch große Desinfektionsapparate in den Bergwerken einzuführen. Etwas wunderbar aber erscheint mir die Zurückweisung des Vorschlags, Trinkwasser unter Tage zu schaffen, weil das Wasser in den Tollen durch die Gefäße infiziert werden könne. Wäre es denn immer eine Tonne sein? Kann man nicht verschleißbare, große Trinkbehälter aufstellen? Sehr selten berührt auch die Art, wie sich einige Herren, darunter auch der Handelsminister, gewissermaßen aus nationalen Gründen, gegen Schutzvorschriften in polnischer Sprache ausgesprochen haben. Ist es denn national, mit dazu beizutragen, daß durch Verschleppung der Ruhrkrankheit der polnischen Arbeiter schließlich auch deutsche Arbeiter angesteckt werden? Hätte man frühzeitig Vertrauensmänner der Arbeiter hinzugezogen, so wäre jedenfalls ein großer Teil der Unruhe unter der Bergarbeiterbevölkerung vermieden worden. (Sehr richtig! links.) Außerdem wollen wir nicht vergessen, daß die behördlichen Maßnahmen gerade zu einer Zeit einsetzten, in der die Bergarbeiter durch den Rückgang der Industrie ohnedies große finanzielle Einbuße erlitten haben. Hier liegt ein allgemeines Interesse vor, für das einzig und allein der Staat Mittel bewilligen kann. Was die Personen anlangt, die nicht geheilt sind, sich aber doch gesund fühlen, so sind diese als Bergleute arbeitsunfähig, invalide. Jemand, der 20 Jahre Bergmann gewesen ist, kann nicht ohne weiteres ein anderes Gewerbe ergreifen. Es muß auch hier der Staat neue Mittel flüssig machen, um solchen Arbeitern in absehbarer Zeit eine andere, zuzugende Beschäftigung zu ermöglichen. Die den Ärzten durch die Bestimmungen auferlegten Pflichten sind sehr groß, das Entgelt dafür sehr gering und es gehört ein großes Pflichtbewußtsein dazu, alle Anforderungen zu erfüllen. Klagen gegen die beteiligten Ärzte aber sind aus den Kreisen der Bergarbeiter mir nicht bekannt geworden. Die Gefahr der Uebertragung des Wurms unter die nicht im Bergbau beschäftigte Bevölkerung halte ich nicht für groß. Die Hauptgefahr ist, daß der durchaus berechtigteste Wunsch der Arbeiter nach einer durch Arbeiter, die selbst von ihnen gewählt sind, ausgeübten Kontrolle erfüllt wird. (Lebhafte Beifall links.)

Handelsminister Müller:

Ich muß zwei Mißverständnisse des Abg. Dr. Rugdan berichtigeln. Er hat daraus, daß ich die oberirdische Abortanlage empfohlen habe, Befürchtungen wegen Verunreinigung der unterirdischen gezogen. Diese Befürchtungen sind unberechtigt. Ebenso unberechtigt sind seine Klagen über die schlechten Wasserleitungen. Seit dem Jahre 1893 sind sie bedeutend verbessert worden.

Abg. Brejski (Pole):

Ich fürchte, daß die Regierung der Ruhrgefahr in Oberschlesien nicht scharf genug entgegengetreten ist, wenn ich natürlich auch nicht wünsche, daß sanitäre Maßnahmen in Polzeichlanen ausarten. Meine Beobachtung deckt sich mit dem, was von der äußersten Linken hier vorgebracht worden ist. Ich bedauere es besonders, daß gerade jetzt die Löhne der Bergarbeiter so tief gesunken sind und durch übermäßige Lohnabzüge noch verringert werden. Ein durch Hunger geschwächter Darm ist toemig widerstandsfähig gegen die Ruhrkrankheit. Gerade der preussische Bergbau steht am meisten die verunsicherten ausländischen Arbeiter heran, dagegen beschäftigt er die polnischen Kreuze nicht; lieber sind ihm Holländer, Italiener und Ungarn. Wieviel Schaden dadurch entsteht, daß die polnischen Arbeiter die Bestimmungen nicht lesen können, ist gar nicht abzusehen. Die unteren Behörden setzen sich einfach über die Verfassung hinweg und verbieten die Versammlungen in polnischer Sprache. Erst die Gerichte müssen dann Remedur schaffen. So wird den Arbeitern ihr Recht genommen.

Handelsminister Müller:

Gegenüber dem Herrn Vorredner will ich nur konstatieren, daß wir in Oberschlesien genau so vorgegangen sind, wie er es wünschte: „mit genügendem Schärfe ohne polizeiliche Chikanen“.

Staatssekretär Graf Posadowski:

Der Herr Vorredner hat gesagt, daß ein preussischer Landrat das Gesetz mit Ähnen getreten habe. Ich kenne den betreffenden Fall nicht, aber daraus, daß eine richterliche Instanz die Entscheidung eines Landrats aufhebt, zu folgern, daß der nachgeordnete Beamte offensichtlich gegen das Gesetz gehandelt habe, das geht absolut nicht an. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Dr. Rügenberg (C.):

polemisiert gegen einzelne Ausführungen der Abgg. Sachse und Gué. Man sollte die Verzele nicht als Schinder und Peiniger der Arbeiter bezeichnen. Pferdeklagen seien vorgekommen und auf den Ueberreifer gewisser Verzele zurückzuführen.

Abg. Dr. Veder (Pole):

ist der Meinung, daß vielfach die Arbeiter selbst an der Ausbreitung der Krankheit schuld seien, da sie die gebotene Keinslichkeit vermissen lassen und die Keinslichkeitsanlagen nicht benutzen. Er protestiert gegen die von den socialdemokratischen Abgeordneten erhobenen Angriffe gegen die Verzele. Eine gewisse Beschränkung der Freizügigkeit liegt in der Natur der Sache. Wie soll man denn anders einen Heilerfolg erzielen, als daß man sagt, du bleibst so lange im Krankenhaus oder in Quarantäne. Aber regen Sie sich doch nicht über Beschränkung der Freizügigkeit auf. (Lautes Lachen bei den Socialdemokraten.) Ich lese mit Vorliebe den „Grundstein“, das Organ des Abg. Böhmelsburg. Wie oft steht da bei Streiks drin „Zugung fernhalten“ (Lachen bei den Socialdemokraten). Meine Herren, Sie wissen doch, wen man am Lachen erkennt. (Große Heiterkeit.) Die Verzele seien es ja gewohnt, von socialdemokratischer Seite angegriffen zu werden. (Widerspruch bei den Socialdemokraten.) Sie werden sich hoffentlich gegen socialdemokratischen Terrorismus zusammenschließen. (Lachen bei den Socialdemokraten.)

Den agitatorischen Zweck, den Sie (zu den Socialdemokraten) mit diesen Verhandlungen bezwecken (lauter Widerspruch bei den Socialdemokraten, lebhaftes Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen), werden Sie nicht erreichen. Herr Gué, geben Sie uns doch ein Mittel gegen die Ruhrkrankheit an die Hand! (Lachen bei den Socialdemokraten.) Werden Sie (zu den Socialdemokraten) in der Kritik schwächer und werden Sie in anderer Beziehung etwas stärker, das ist besser für Sie und für das gesammte deutsche Volk! (Lebhafte Beifall rechts, im Centrum und bei den Nationalliberalen; einige Nationalliberale klatschen in die Hände. Abg. Dr. Sattler wendet sich nach ihnen um und hebt beschwichtigend die Hand hoch.)

Vizepräsident Dr. Baasche:

Es ist jetzt eben als Zeichen des Beifalls von einigen Herren geklatscht worden. Das ist im Hause nicht Sitte.

Geh. Ober-Medizinalrat Dr. Kirchner macht einige kurze Bemerkungen, die vollkommen verständlich bleiben.

Abg. Sachse (Coc.):

Gegenüber Herrn Veder bemerke ich, daß ich von „wurmfreien Jeugnissen“ nicht gesprochen habe. Wäre mir aber auch ein derartiger Lapsus passiert, so hätte Herr Veder keinen Anlaß gehabt, dies anzumerken. Denn er als Arzt hat von „nerbenähnlichen Erscheinungen“ gesprochen. (Große Heiterkeit.) Weiter hat Herr Veder uns den Vorwurf gemacht, daß wir nur kritisiert, wir hätten auch kein besseres Heilmittel vorgeschlagen. Von ihm als Arzt hätte ich einen solchen Vorwurf am allerwenigsten erwartet. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten), wie können wir als Laien leisten, was nicht einmal den Ärzten gelungen ist. Freilich wenn wir die Verwaltung der preussischen oder der Reichsregierung in der Hand gehabt hätten, dann hätten wir sicher Mittel und Wege gefunden, um die Ruhrkrankheit praktisch zu bekämpfen. (Lachen rechts, sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Vor allem hätten wir Mittel zur Verfügung gestellt, um die Verzele genügend auszubilden. Wenn wir die Sache agitatorisch ausüben wollten, so brauchten wir nur darauf hinzuwirken, daß die Regierung nichts thut. In

Wahrheit warnen wir vor aufregender Unthätigkeit. Ich habe gar nicht daran gedacht, der Regierung den Vorwurf zu machen, sie wolle die Freizügigkeit unter dem Schein der Bekämpfung der Ruhrkrankheit aufheben. Ich habe gesagt, das sei Meinung der Arbeiter, vor der wir sie gewarnt haben. Ebenso haben wir den Arbeitern geraten, den Farnenstrakt weiter zu nehmen. Und wir hätten den Arbeitern mehr geraten, wenn die Behörden uns nicht selbst den Weg verrammelt hätten. Die Herren vom Centrum werden uns bestätigen, daß wir durch die Organisation und durch die so ruhige und besonnene „Bergarbeiter-Zeitung“ (Lachen rechts) Ruhe und Ordnung ins Bergrevier gebracht haben. Die Ausgaben der Zeche habe ich in meiner Rede nicht getadelt, sondern geradezu gepriesen. Aber daß es erst im August geschah, daß ein so großer Teil des Geldes für Baracken ausgegeben worden, das bleibt eine Schmach, das halte ich nach jeder Richtung hin aufrecht. Und die Dividenden der Zeche sind nicht nur auf ihrer Höhe geblieben, sondern trotz dieser Ausgaben gestiegen. Sehen Sie sich nur die endgültigen Rechnungsabschlüsse an. Herr Müller hat behauptet, in keinem Lande können Verordnungen in anderer als der Landessprache vor. In der That ist dies in Belgien, in Amerika, in England, sogar in Böhmen der Fall. Es ist eine Pflicht der Unternehmer auch ihre polnischen Arbeiter vor Schäden zu bewahren. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Verzele im allgemeinen habe ich nicht angegriffen, wie Herr Veder behauptet, sondern nur einen einzelnen Arzt unter Aufzählung des Materials in einzelnen.

Daß unsere Interpellation nicht nur ein Ausfluß der Parteipolitik sein kann, beweist die Thatfache, daß auch aus andren Parteien vernünftige Leute uns beigetreten sind. (Heiterkeit.) Die Veruhigung der Arbeiter, die unsere Interpellation bewachte, kam nur eintreten, wenn das Reich den Knappschafftskassen ihre Ausgaben zurückerstattet. Glaubt das nicht, so werden wir beim Etat die Einstellung der betreffenden Summe fordern. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Handelsminister Müller:

Auf die nochmalige Anfrage des Herrn Sachse kann ich nur erklären, daß die Regierung gedenkt so fortzufahren, wie in letzter Zeit gehandelt worden ist, nur soll eine allzu häufige Wiederholung allzu schwerer Kurven vermieden werden; nach dreimaliger Kur soll mindestens eine Pause von sechs Wochen eintreten.

Damit schließt die Besprechung der Interpellation. — Persönlich bemerkt

Abg. Gué (Coc.): Der Ausdruck Pferdeklage sei nicht wie Abg. Veder angenommen habe, von ihm zuerst gebraucht worden. Abg. Sögel habe ihn als von einem Bergarbeiter gebraucht weitergegeben. Wenn Herr Veder die Verhältnisse unter den Bergarbeitern kennen würde, würde er nicht eine Rede gehalten haben, die noch über den Minister hinausging. Er habe den Verzelestand im allgemeinen keineswegs angegriffen, sondern nur einige wenige Verzele. Im übrigen sei Herr Abg. Veder von der Regierung widerlegt worden, denn diese habe die zu schweren Kurven verboten. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Hierauf verläßt sich das Haus. — Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. 1. Schleuniger Antrag Auer (Coc.) auf Einstellung eines gegen den Abg. Thiele-Galle schwebenden Strafverfahrens. 2. Interpellation Veder (Coc.) betr. die obligatorische Versicherung der Handwerker. 3. Interpellation betr. den Zeugniszwang. 4. Interpellation betr. Kündigung der Handelsverträge. 5. Erste Lesung des Gesetzentwurfs betr. die Errichtung von Kaufmannsgerichten. — Schluß 7 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Ein Stück Zukunftsstaat.

Von Wilkow angefangen, stellt sich alles, was sich Staatserhaltend nennt, immer ungeheuer dumm, wenn von den Zielen der Socialdemokratie die Rede ist. Wie wird der Zukunftsstaat aussehen? Das ist ihr Haupttrumpf. In Wahrheit sind die Raven gar nicht so dumm, wie sie aussehen. So wissen sie z. B. ganz genau, daß eine der Einrichtungen des Zukunftsstaates eine vollständige Rechtspflege sein wird und davor haben sie eine höfliche Angst.

Durch die konservative Presse macht jetzt eine Reize der „Konf. Korresp.“ die Kunde, darin es heißt:

„Mit dem gleichen Rechte wie die Handlungsangestellten könnten nach Schaffung dieses Präcedenzfalles auch andre Berufsstände die Niederziehung eigener Gerichte zur Entscheidung ihrer Streitfälle verlangen und das Recht in Anspruch nehmen, die Richter — also einen Teil der Richter — aus ihrer Mitte zu wählen. Wie sollte man solche Forderungen zurückweisen, ohne sich den Vorwurf einseitiger Bevorzugung einzelner Berufe aufzuladen? Wenn aber mit der Einsetzung solcher Specialgerichte fortgeföhren würde, so wäre das Ende, daß wir zur Durchführung desjenigen socialdemokratischen Programmpunktes gelangen, in welchem die Forderung ausgesprochen wird, daß das Volk sich seine Richter selbst wähle. Der erste Schritt auf diesem Wege — die Schaffung von Kaufmannsgerichten — muß daher von diesen Gesichtspunkten aus wohl überlegt werden.“

Daß das Volk sich seine Richter selbst wählt, das würde natürlich auch in einem kapitalistischen Staatswesen noch möglich sein, und daß der Kapitalismus daran noch nicht zu Grunde geht, lehrt die Erfahrung; der feudale Polizeistaat der preussisch-deutschen Gegenwart hat aber von einer vollständigen Rechtspflege allzubiel zu fürchten; für eine Existenz ist allerdings eine Rechtspflege, auf die das Volk keinen Einfluß hat, eine unentbehrliche Einrichtung. Verge von Unrecht würden beseitigt, wenn das Volk sich seine Richter selbst wählt; weil das die herrschende Clique nicht vertragen kann, deshalb wird die Wahl der Richter durch das Volk als allgemeine Einrichtung in Deutschland eine Zukunftsstaatsforderung bleiben.

Totenliste der Partei.

In Magdeburg starb im Alter von 34 Jahren der Kolporteur der „Vollstimme“, Andreas Jierau, am Herzstillstand. Der Verstorbene gehörte zu den bekanntesten Parteigenossen Magdeburgs.

Die Parteigenossen in Böhlitz-Ehrenberg bei Leipzig beklagen den Tod des Lagerhalters Moritz Nieder, eines früheren Tischlers. Nieder vertrat die Partei im Gemeinderat seines Wohnortes und war auch längere Zeit Beisitzer am Gewerbsgericht.

Im Alter von 60 Jahren starb in Stuttgart der Rauerer Gottlieb Weiler. Er gehörte von Anfang an zu den Mitgliedern des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins und ist der Sache der Arbeiter bis zum Tode treu geblieben. Vier Monate Gefängnis wurden ihm als Ehrengewand für seine Parteithätigkeit zu teil.

Einer von denen, die das Socialistengesetz glanzen, sich eine neue Heimat in Amerika zu suchen, der Schuhmacher Karl Kürschner, ist kürzlich in New York gestorben. Im Jahre 1848 geboren, kam er 1870 nach Hamburg-Altona. Dort war er in der socialistischen Bewegung sehr thätig, auch nach der Bereinigung der „Eisenachser“ mit dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein, und ebenso eifrig wirkte er für die socialdemokratische Partei nach dem Erlaß des Ausnahmegesetzes. In den späteren Tagen, die dem Schandgesetz folgten, war Karl Kürschner einer von den Männern, die keine Gefahr scheuten, wenn es sich darum handelte, die Beschlüsse der Partei auszuführen. Dafür wurde er mehrere Male in Haft genommen. Am 2. November 1880 wurde er aus Hamburg-Altona ausgewiesen. Er kam nach Amerika, entschlossen, für dieselben Principien, für die er „drüben“ gelitten, auch hier zu kämpfen, und er hat es im vollen Maße getan. Treu hat er bis zu seinem Lebende dieser Pflicht Genüge geleistet.

In Kattowitz, O.-S., beschloß eine sehr stark besuchte Volksversammlung die Gründung eines polnisch-socialdemokratischen Vereins.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Essentlicher Aufzug aus Anlaß eines Leichenbegängnisses.

Von einer Zeche zu Lütgendortmund aus wurde eines Tages ein Bergmann beerdigt. Der Dortmunder Knappenverein „Gladhaus“, dem der Verstorbene angehörte, wollte sich an dem Leichenbegängnis beteiligen. Er zog in geschlossenem Zuge unter den Klängen lustiger Musik nach der etwa eine Stunde entfernten Zeche. Untermwegs stießen die von Döstel kommenden Mitglieder der dortigen Zehlselle des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes, dessen Mitglied der Tote ebenfalls gewesen war, auf den Zug und gingen dann hinter ihm her. Es kam dann später Strafmandate wegen Teilnahme an einem nicht genehmigten öffentlichen Aufzuge, zu dem es nach § 10 des preussischen Vereinsgesetzes einer polizeilichen Genehmigung bedürfte. Der Bergmann Zehlselle, einer der von Döstel Gefolgten, beantragte richterliche Entscheidung. Das Landgericht als Berufungsinstanz belieh es jedoch bei der Strafe und führte aus: Wenn die Verbandsmitglieder aus Döstel sich dem Zuge des Knappenvereins angeschlossen, dann „betheiligt“ sie sich im Sinne der §§ 10 und 17 des Vereinsgesetzes an einem öffentlichen Aufzuge. Nur sei allerdings zu einem solchen eine Erlaubnis dann nicht erforderlich, wenn es sich um ein „gewöhnliches“ Leichenbegängnis handele. Das sei hier nicht der Fall. Zwar sei in der Gegend eine Beerdigung mit Musik etwas Gewöhnliches, und es sei auch nicht außergewöhnlich, daß die Rückkehr unter den Klängen lustiger Musik vollzogen werde. Bei dem Himmarsch zur Trauerstätte, auf den es hier nur ankomme, handele es sich aber überhaupt nicht um einen Teil des Leichenbegängnisses, sondern um einen öffentlichen Aufzug für sich. Das Leichenbegängnis beginne erst am Trauerhaufe, hier habe es begonnen an der Zeche, von wo aus der Verstorbene beerdigt wurde.

Das Kammergericht verwarf die hiergegen eingelegte Revision des Angeklagten und erklärte die Auffassung des Landgerichts für richtig zutreffend.

Der Vorstand des Arbeitgeber-Verbandes für das Bau-

gewerbe soll Genosse Leinert in Hannover. Redacteur unseres dortigen Parteiblattes, beleidigt haben. Er hatte die Darstellung dieser Herren über einen Streit mit den dortigen organisierten Zimmerern mit scharfen Ausdrücken kritisiert, und obwohl vor Gericht nachgewiesen wurde, daß die kritisierte Darstellung der beleidigten Herren thatsächlich in wesentlichen Punkten Unrichtiges enthielt, wurde Leinert doch wegen formaler Beleidigung zu 150 M. Geldstrafe verurteilt. Die Anklage war von der Staatsanwaltschaft erhoben worden.

Witterungsübericht vom 13. Januar 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerniveau mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C.	Stationen	Barometerniveau mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. C.
Stettin	750	SW	3	Regen	2	Naparbada	741	SW	2	bedeckt	-4
Hamburg	749	SW	4	Regen	4	Petersburg	756	SW	3	bedeckt	-9
Berlin	752	SW	2	Regen	4	Cork	739	SW	3	bedeckt	10
Frankfurt a. M.	754	SW	3	Regen	6	Wien	755	SW	3	bedeckt	11
Köln	753	SW	3	Regen	3						
München	751	SW	3	Regen	3						
Wien	764	SW	2	Regen	5						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 14. Januar 1904. Heißlich warm, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

G. G. Wir bitten um Ihre Adresse. — S. 77. Nicht möglich. — S. 78. Der Wert beider Münzen ist nur 3 Mark. Sammler zahlen jedoch einen höheren Preis. — S. 10. Die Fahrt im Inland nach Hamburg nach Buenos-Aires kostet 170—180 M. Adressieren Sie an die Hamburg-Südamerikan. Dampfschiffahrts-Gesellsch. Passagier-Abteilung, Hamburg. — Nach Anweiler. Langt aus. Trägt sich nur, ob Sie die Zahlungen ausbahlen können.

Steglich. Bahnunglück am 2. September 1883. — S. 23. 4. 1. Ja. 2. Fragen Sie an bei dem Architekten H. Freudenmann, Stallschreiberstraße 54a. 3. Nein. — S. 23. 13. Bedenken Sie sich brieflich an den Arbeitersekretär Herrn Timm in München, Baderstr. 1. — Lindenstraße. Bedenken Sie es mit dem Entschließen von verdämmtem Salzweilich in die Dielenritzen, die dann am besten sorgfältig zu verstopfen sind. Außerdem lässliches zweimaliges Aufwischen und peinliche Keinslichkeit. — Wissendurft. Ihre Auffassung ist in allen wesentlichen Punkten richtig. — Posadowski. Der geheime Streikverbot dieses Arbeiterfreundes wurde vor sechs Jahren durch den „Vorwärts“ veröffentlicht. Er bildete die Einleitung zur Justizhausvorlage von 1899. — Jacia est alea. Der Würfel ist geworfen. Ulrich von Gutten's Wahlpruch. — G. Rein.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

S. 91. Sie müssen beim Amtsgericht auf Zahlung klagen. — Otto B. So lange das Urteil nicht umgehoben wird, sind Sie zur Zahlung verpflichtet. Aus Ihren Darlegungen ist ein Grund, auf dem Sie mit Rücksicht auf Erfolg auf Aenderung des Urteils klagen können, nicht zu entnehmen. — G. 100. Das Spielen in auswärtigen Lotterien ist strafbar. Widerspruch gegen einen Strafbefehl wäre zwecklos, wenn Ihnen das Spielen nachgewiesen werden kann. — V. 2. 100. 1. Ja. 2. u. 3. Das können Sie halten wie Sie wollen. — A. 100. 1. Ja. 2. Sie können mit dem abgelaufenen Bah thun, was Sie wollen. — S. 20. 1. Sechs Wochen zum Dualisatsuchen. 2. Die Massengelder sind auf den Lohn anzurechnen. — Josef Buchal. Soweit richtig, ist die Post im Recht. — H. 20. Zurücknahme. Die Schwägerin erbt nicht mit. — S. Krüger. Die Höhe der Alters- und der Invalidenrente richtet sich nach der Anzahl und Höhe der gelebten Renten. Das höhere finden Sie S. 218 und 220 des in den öffentlichen Verzeichnissen ausliegenden „Arbeiterrechts“. — V. 8. 76. Die Forderung ist leider berechtigt. — G. 23. 8. Dienstadler Krankenkasse; Vorsitzender Hinz, Pringstr. 66. — U. 2. 2. Ihren Anspruch auf Entschädigung haben Sie nicht. Sie sind berechtigt, die Ausstellung des Sammelattestens zu verweigern. Ebenso berechtigt ist die Post, für Ihr Haus dem Telefonanschlus abzuschließen. — S. 2. 14. 1. Beide Geburtsurkunden und Ihre Militärpapiere werden verlangt. 2. Ja. 3. Wie Sie wollen. 4. Ja. — Wolff. Wenn sich aus dem Inhalt Ihres Vertrages nicht das Gegenteil ergibt, nein. — S. M. 100. Die ältere Vereinbarung des Anschlusses einer Kündigungskasse besteht aus jetzt zu recht. — F. Neumann. Sie sind im Arctum. Ihnen und Ihrer Frau sind je 3 Mark berechnel. Noch je 3 Mark würden hinzutreten, wenn Sie eine Ausfertigung verlangen würden. Das ist wiederholt dargelegt. — Paul Winter. Ein Anspruch auf Rückzahlung heßt Ihnen nicht zu. Sie können aber die Versicherung und damit den einmaligen Anspruch auf Alters- und Invalidenrente dadurch aufrechterhalten, daß Sie innerhalb je zwei Jahren mindestens 20 Renten zahlen. — Miete. Dem Hauswirt steht das Zurückbehaltungsrecht zu. Seine Forderung geht allen andren, auch Ihrer auf Vollzug des Kaufvertrages, vor. — Ein Stillstand. 1. und 2. In der Regel nein. 3. Die Kostenhöhe hängt von der Höhe des Objekts ab. Es ist ratsamer, statt allgemeiner Fragen den Sachverhalt mitzuteilen, und an diese Darlegung die Fragen anzuschließen. — H. 2. 100. Im vorigen Jahrhundert nicht vorgekommen. — Reinsdorf 46. 100. Sie müssen Ihre Rechte gegen die Kasse selbst geltend machen. Auch wenn der Vertreter Sie nicht angemeldet hat, so werden Sie Mitglied der Kasse, wenn Sie krankversicherungsspflichtig sind. Ob Sie krankversicherungsspflichtig waren, läßt sich aus Ihrer Darlegung nicht entnehmen. Sie waren Kassenmitglied, wenn Sie entweder nach Ihrer ersten Abmeldung von der Kasse der Kasse innerhalb einer Woche selbst die Beiträge entrichteten oder sonst erklärten, Kassenmitglied bleiben zu wollen oder wenn Ihre zweite Beschäftigung nicht im voraus durch Vertrag auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkt war. Ihre Ansprüche gegen die Kasse machen Sie bei der Aufsichtsbehörde geltend. Aufschreibebücher für die Berliner Kassen ist die Gewerbedeputation Berlin, Stralauerstraße 3-6.

Ja Ja G. Sie können nicht einseitig von dem geschlossenen Vertrag zurücktreten. Wir haben deshalb häufig zur Vorsicht vor dem Abschluß von Verträgen, insbesondere vor Kautionsverträgen und Versicherungsverträgen gemahnt. Sind Sie minderjährig, so ist der Vertrag ohne weiteres unglücklich. — M. M. 1. Ja; Sie können aber Aufhebung stellen beantragen. 2. Nein. — S. 26. 1. Wenn in der That durchweg II. Lohnklasse gestellt war, so wäre die Altersrente 140 M. und könnte nachträglich vermindert werden eine Aenderung des an sich richtigen Beschäftigungsverhältnisses. Wahrscheinlich befinden Sie sich aber im Arctum; es wird teilweise I. Lohnklasse für Ihren Vater gestellt sein. Wenn ein Verzug der Versicherungsbankfall in demartig einlag gelagerten Fällen ist kaum anzunehmen. Wie die Altersrente berechnet wird, finden Sie in dem in den öffent-

Hohen Beschlüssen ausliegenden Arbeiterrecht §. 225. 2. Die Altersrente kommt in Betracht, sobald dem Altersrentner Invalidenrente gewährt wird. Der Vater muß, um Invalidenrente zu erhalten, mindestens 30 Wochen hindurch in je zwei Jahren gearbeitet haben. Wie hoch die Invalidenrente in Ihrem Falle sein würde, wie sie eventuell geltend zu machen ist, erfahren Sie aus §. 218 bis 222 des Arbeiterrechts, die Invalidenrente wäre in dem Ihren Vater betreffenden Fall höher als seine Altersrente. Ob Invalidität vorliegt, können wir nicht entscheiden. — G. Krusum. Die Vorschriften über Handwerkskammern finden Sie in den §§ 103, 103a bis 103q und den dazu angelegenen Paragraphen der Gewerbe-Ordnung. Danach sind die Kosten (§§ 103a, 89) von den Mitgliedern aufzubringen.

Nichtmitglieder können daher nicht in den Kosten herangezogen werden. Anders liegt es, wenn etwa dort landesgesetzliche Organisationen bestehen, denen auf Grund des § 103q die Aufgaben der Handelskammern übertragen sind. Dann sind die landesgesetzlichen Vorschriften maßgebend. — G. St. 17. Sie müßten angeben, zu welchem Zwecke Sie einen Kommentar gebrauchen wollen, um Ihnen einen zweckmäßigen eventuell empfehlen zu können. Langjähriger Abonnent 100. R. A. Ja. — J. S. Ausgefallene Forderungen verfahren in 30 Jahren. Diesen gleichzeit sind mit Vollstreckungsklausel versehen zu einem Konkurs angemeldete Forderungen. Nicht vollstreckbar erklärte Forderungen unterliegen der gemöhnlichen Verjährungsfrist. Diese ist nach Art der Forderung eine verschiedene. — J. 400. Sie könnten nur beantragen, daß Sie lediglich gegen Uebergabe der Waren zahlen sollen. — J. R. 10. Soweit erheblich ist die Steuerforderung berechnigt. Reklamieren Sie eventuell unter Darlegung des Sachverhalts bei der Steuerdeputation. — Gustav Müller. Die Zahl können Sie mitnehmen, müssen aber die Wohnung in den alten Stand setzen lassen. — H. Br. Sie müssen zahlen. — G. R. Sie sind zur Zahlung des Mietstempels nach dem Betrag verpflichtet. Der Mietstempel wird nicht durch Stempelmarken entrichtet; die Mietsur werden in einem Mietbuch vom Vermieter eingetragen, der Stempelbetrag direkt an die Stempelbehörde von ihm entrichtet.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 14. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Schauspielhaus. Der grüne Hirt.
Neues König. Opern-Theater.
Geschlossen.
Deutsches. Der Meister.
Berliner. Maria Theresia.
Vestfal. Kapfenkirch.
Wesken. Der Barbier von Sevilla.
Neues. Minna von Barnhelm.
Kleines. Die Leinwand.
Central. Das Schwalbennest.
Thalia. Der Hochtourist.
Belle-Alliance. Der reichste Berliner.
Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.): Ein Sonnenstrahl. Ein Duell.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Der Compagnon.
Luisen. Romeo und Julia.
Kleines. Elektra.
Trianon. Madame X.
Deutsches-Amerikanisches. Ueber'n großen Tisch.
Carl Weisk. Die Rent von Oberammergau.
Metropol. Durchlaucht Radieschen.
Casino. Wie einst im Mai. Die Wenzel.
Apollo. Frühlingsluft. Bislon nach dem Ball. Spezialitäten.
Winter-Garten. Otero. Otto Reutter. Spezialitäten.
Passage-Theater. Entauptung. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Gebr. Herrfeld. Papa Noa.
Reichshallen. Stettiner Sängerkorps.
Krania. Taubenstraße 48/49.
Der Erdball als Träger des Lebens.
Invalidenstr. 57/62. Sternmarkt. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Elektra.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Nachtsyl.**

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a—5.
Neu einstudiert:
Minna von Barnhelm.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: **Der Strom.**

Central-Theater.

Abends 7 1/2 Uhr:
Das Schwalbennest.
Operette in 3 Akten von Maurice Strakosky. Musik von Henry Herzblan.
Morgen und folgende Tage abends 7 1/2 Uhr: Das Schwalbennest.
Sonnabendnachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Der gestiefelte Kater.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Romeo und Julia.
Freitag zum erstenmal: Der Sohn der Bildnis.
Sonnabend: Der Weissenkrieger.
Sonntag: Der Weissenkrieger.
Abends: Der Sohn der Bildnis.
Montag: Der Weissenkrieger.

Residenz-Theater

Direktion S. Lautenburg.
Heute und folgende Tage:
Der keusche Casimir.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Metropol-Theater

Durchlaucht Radieschen!
Burleske Ausstattungsgesellschaft mit Gesang und Tanz in 4 Bildern von Julius Freund.
Musik von Victor Holländer.
In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultz.
Im 4. Bilde:
Grosses Ballett
Wie damals im Monat Mai.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 10.
Extra-Gilde-Vorstellung:
Der Glöckner von Notre Dame.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Nach der Vorstellung:
Familien-Ball.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O.
(Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Ein Duell.**
Schauspiel in 3 Akten v. Franz Hoff.
Vorher: **Ein Sonnenstrahl.**
Schauspiel in 1 Akt von Robert Waag.
Freitagabend 8 Uhr:
Kollege Cramporn.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Ein Duell. Vorher: Ein Sonnenstrahl.

Schiller-Theater N.
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Compagnon.
Lustspiel in 4 Akten v. Ad. P. Strougo.
Freitagabend 8 Uhr:
Zum erstenmal: **Uriel Acosta.**
Sonnabendabend 8 Uhr:
Wilhelm Tell.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.
Direktion Jean Kron
Heute und folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Der Hochtourist.
Guido Thielscher in der Titelrolle.
Sonntagnachm. 3 1/2 Uhr:
Charleys Tante.

Belle-Alliance-Theater.
Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283.
Direktion Alfred Schönfeld.
Heute und folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Der reichste Berliner.
Große Kunststaltungskasse in 4 Akten.
Sonntagnachm. 3 Uhr bei H. Preisen:
Ein toller Einfall.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 17. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr:
Lessing-Theater
1. Abteilung:
Der Meinelbauer
von L. Anzengruber.

Metropol-Theater
11/12 Abteilung:
Meredet
von Balzac.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Cirkus Schumann.

Immer das Neueste — Immer das Original!
Öffnung 6 Meter. Prof. Angillottis phänomenale

Unterbrochene Loop.
Herrn Jul. Seeths
einzig dastehende
dreifachste
Die größte Kuchst. Pantomime der Gegenwart:
Eine Wanderung durch
acht Jahrtausende
in elf Abteilungen.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr:
Der Erdball als Träger des Lebens.

Sternwarte

Invalidenstr. 57/62.
CASTANS PANOPTICUM
Friedrichstr. 165.
Neu! Die phänomenalen
Herkules Brüder
10 und 11 Jahre alt, 225 resp.
256 Pfund schwer.
Athleten, Sänger, Musikvirtuosen!
Der Indianer-Riese
Mianko Karoo.

ALT-CHINA

Kunst-Ansstellung
Lepziger-STRASSE 19

Bernhard Rose-Theater

Gefundbrunnen, Badstraße 58.
Donnerstag, den 14. Januar 1904:
Einmalige Soire
des weltbekannten Zauberkünstlers
Rössner
mit seinen großartigen Reuheiten.

Stadt-Theater Moabit

Am Moabit 47/49.
Donnerstag, den 14. Januar 1904:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Der Mann im Monde.
Vosse mit Gesang in 3 Akten v. Jacobson.
Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater

Burgstraße 22, früher Feen-Palast.
Heute und folgende Tage:
8 1/2 Uhr:
Berlin, wie es weint und lacht.
Volksstück mit Gesang in 9 Bildern
von Kästlich. Musik von Comrad.
Luisenow, Stadl.: Dir. R. Winkler.
Freitag, den 15. Januar, ab. 8 Uhr:
Elite-Vorstellung.
Die Säule des Lebens.
Schauspiel in 5 Akten von Hauptach.
Riesen-Schaumummern.
The Rasing Brothers.
Die Todesfahrt im Hexenkessel.
3 Brothers Reilmus
Ruffhändler Grentique-Balace-Mitt.

Königstadt-Kasino

Dolger Alstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Täglich:
Franz Sobanski.
Mita Roselli. X. Geschwister Banola.
The Teklys usw.
Nach der Vorstellung: Mittwoch,
Sonnabend u. Sonntag: **Tanz.**

Frühlingsluft

mit dem reizenden Ballett
Blütenhochzeit.
9 1/2. Sensationelle Spezialitäten
u. Messieurs Kosmograph u. Biophon.
Sonntagnachm. 3 Uhr, kleine
Preise: **Gesindeball,** Gesangs-
burleske von L. Herrmann, und
die sensationellen Spezialitäten.

Trianon-Theater.

Georgenstraße, zwischen Friedrich-
und Universitätsstraße.
Madame X.
Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater.

Rosfingerstr. 37. Anf. 8, Sonn. 7 1/2.
Wie einst im Mai.
Schauspiel mit Gesang in 2 Akten.
Dazu neu: Die Wenzel
und das bekannte Januar-Programm.
Sonntagnachm. 4 Uhr: Der ver-
tauschte Sohn.

Gebrüder Herrfeld-

Theater. Sonntags:
8 Uhr. 7 Uhr.
Heute und folgende Tage die
interessante
Herrfeld-Novität:
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Götze
mit den Autoren in den Haupt-
rollen. Ferner:
Das neue Künstlerprogramm.
Hanny Luxa. X. Longonella.
Ferry u. Perry. Martin Bendix.
Wisselvorber. tägl. 11—2 mittags.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Anfang 8 Uhr!
Zum
140. GROSSEN TEICH
MALE:
Sonnabend, den 16. Januar:
1. Deutsch-Amerikanischer
Subskriptions-Ball.
„Eine Nacht in Louisiana“.
100 Musiker.
Ballorchester unter persön-
licher Leitung von
Julius Einödshofer.
Mandolinen- u. Banjo-Orchest.
Balltoilette! Anfang 11 Uhr.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Zeben Sonntag 5 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung
der beliebten Zimmermanns

Norddeutschen Sängerkorps

Nach der Vorstellung um 10 Uhr:
Großer Ball.
Entree 30 Pf. Speersitz 50 Pf.

WINTERGARTEN

Neues Programm:
Harry Rochaz Hundedresseur.
Wood u. Bates Amerik. Excentrics.
Lorraine's Lebende Bilder.
Die beiden Freydos Gymnastiker.
Cook u. Clinton
Amerik. Kunstschützin.
Moers u. Omo Drahtseilkünstler.
Otto Reutter Humorist.
Salerno Meister-Jongleur.
Annette Gillard Pariser Opernsänger.
Mlle. Otero Spanische
Tänzerin
in ihrer Pantom. „Opiumrausch“.
Thereses Komischer Hypnotiseur.
„Karnevalsgeister“ Wiener Ballett.
Biograph.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Sonntag, 17. d. M., in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:

13. Stiftungs-Fest.

Mitwirkende: Konzertsängerin Frau Helene Löffler-Hintze (Mozzo-Sopran), Prof. Waldemar Meyer-Quartett, Prof. Waldemar Meyer (I. Violine), Max Heinicke (II. Violine), Berthold Heinze (Viola), Albrecht Löffler (Violoncello), Karl Henckell (Prolog u. Recitationen).
Aus dem sorgfältig zusammengestellten Programm ist besonders hervorzuheben:
Streichquartett G-dur, op. 54. Jos. Haydn
Streichquartett F-dur, op. 18. L. v. Beethoven
(Meyer-Quartett.)
Solo für Violine: a) Legende, b) Airs savoyard, c) Le Cygne, d) Larghetto religioso.
(Herr Prof. Meyer.)
Scene und Arie (Er schläft) aus der Oper „Der Waffenschmied“ für Sopran von A. Lortzing.
Wiegenlied von Brahms. Der kleine Fritz an seine jungen Freunde von C. M. v. Weber. Vorgebliches Ständchen (Niederdeutsches Volkslied) von Brahms.
(Frau Helene Löffler-Hintze.)
Prolog sowie verschiedene von Karl Henckell verfasste und vorgedragene Gedichte. Begleitung des Gesanges und der Solo-Piccon Herr Max Heinicke.
Konzert-Flügel Blüthner aus der Filiale Potsdamerstr. 27.

Grosser Ball.

Nachher:
Billets a 50 Pf. (inkl. Programm) sind in den Zahlstellen der Schule, der „Freien Volksbühne“, im Schullokal Engel-Ufer 15 sowie abends an der Kasse zu haben. Rauchen nicht gestattet. Frühzeitiges Erscheinen dringend nötig. Während der Vorträge bleiben die Saalthüren geschlossen und darf nicht serviert werden. Jede Störung muss vermieden werden.
Eröffnung 6 Uhr.
Beginn 7 Uhr.
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
Der Vorstand.

Neue freie Volksbühne.

Montag, den 18. Januar, abends 8 Uhr, im Bürgersaal des Rathhauses:

Lilencron-Abend.

Einführender Vortrag: Dr. Paul Memer. Recitation: Herr Ferd. Bonn, 19. Schauspieler. Gesang: Frau Udele Otto-Morano. Am Klavier: Kapellmeister Fritz Otto.
Eintrittskarten a 30 Pf. für Mitglieder, a 50 Pf. für Gäste sind in allen Zahlstellen zu haben. Abendkasse findet nicht statt.

Der Strom.

Zur Aufführung gelangt: **Der Strom.** Drama von Max Halbe.
Mitglieder zur 5. Abteilung werden noch in allen Zahlstellen aufgenommen. Das Einschreibegeld beträgt 1 Mark, der monatliche Vorstellungsbeitrag 80 Pf.
Der Vorstand. J. A.: Heinrich Neff, Veteranenstr. 6.

Zahlstellen:

H. Neff, Veteranenstr. 6. H. Knapp, Grünhauserstr. 5. Berlin, Prenzlauer Allee 215. H. Kanneple, Brunnenstr. 122. A. Kleinau, Gerichtstr. 4. H. Scholle, Landwehrstr. 3. Hermann Becker, Goltzschstr. 9. H. Landgraf, Neuenburgerstr. 15. B. Besh, Wödenstr. 120. Karl Partensen, Belle-Alliancestr. 7. H. Soblien, Kommandantenstr. 62. D. Grabandt, Potsdamerstr. 28. H. Köhn, Raumstr. 83. Kaufhold, Brandstr. 52 III. Alfred Strangfeld, Bürgerstr. 24a. Udo Stangenberg, Köpenickerstr. 20, prt. B. Labert, Markuststr. 14. Hermann Hirsch, Rattenstr. 3. E. H. III. H. Horn, Franzfurter Allee 119. L. Gruber, Fruchtstr. 55. G. Glaser, Weinmeisterstr. 18. Max Rasbaum, Roststr. 12. Schöneberg: Arendt, Oberdörferstr. 2. Friedenau: Dang, Rixdstr. 15. E. H. III. Rixdorf: G. Heinrich, Wilmshenerstr. 19. Charlottenburg: Emil Schäfer, Cigarrengeschäft, Schillerstr. 102 und Dönhofsstr. 5. Köpenick: Franz Becker, Rixdstr. 40. 150/1

Cirkus Busch.

Donnerstag, den 14. Januar cr.,
abends 7 1/2 Uhr:
Aus den Alpen.
Besonders hervorzuheben:
Der Todessprung mit dem Automobil.
Mr. Richard Sawade
mit seiner berühmten
Tiger-, Löwen- und Bären-Dressur.
„Neapolitano Soja“, echt Applaner
Hengst, ger. v. Dr. Burkhardt-Footill.
Nabemohelle des Holstein mit ihrem
Irländ. Springsperd „Wilton“. Die
besten Clowns der Welt: Gobert
Belling, Gebr. Fratellini, A. Daniels.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Abends 8 Uhr: Gastspiel
des Oberbayerischen Bauern-Theaters.
Die Rent von Oberammergau.
Oberbayerisches Volksstück mit Gesang
und Tanz in 4 Akten v. Chr. Jünger.
Morgen: Die Rent von Oberammer-
gau. Sonnab. 4 Uhr: Ray u. Wörz.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Zeben Sonntag 5 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung
der beliebten Zimmermanns

Norddeutschen Sängerkorps

Nach der Vorstellung um 10 Uhr:
Großer Ball.
Entree 30 Pf. Speersitz 50 Pf.

WINTERGARTEN

Neues Programm:
Harry Rochaz Hundedresseur.
Wood u. Bates Amerik. Excentrics.
Lorraine's Lebende Bilder.
Die beiden Freydos Gymnastiker.
Cook u. Clinton
Amerik. Kunstschützin.
Moers u. Omo Drahtseilkünstler.
Otto Reutter Humorist.
Salerno Meister-Jongleur.
Annette Gillard Pariser Opernsänger.
Mlle. Otero Spanische
Tänzerin
in ihrer Pantom. „Opiumrausch“.
Thereses Komischer Hypnotiseur.
„Karnevalsgeister“ Wiener Ballett.
Biograph.

Oranienh. Thor

Täglich
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Steidl-Theater

Steidl-Sänger.
Neues grossartiges Programm.

Reichshallen

Stettiner Sängerkorps.
Wojana:
Böckingstr. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochen-
tags 5 Uhr. Anfang der Abend-
vorstellung 8 Uhr.

Enthauptung

einer lebenden Dame!
Willy Prager
mit seinem Schlogler:
Die kleine Garnison.
14 neue erstklassige Nummern.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Abends 8 Uhr: Gastspiel
des Oberbayerischen Bauern-Theaters.
Die Rent von Oberammergau.
Oberbayerisches Volksstück mit Gesang
und Tanz in 4 Akten v. Chr. Jünger.
Morgen: Die Rent von Oberammer-
gau. Sonnab. 4 Uhr: Ray u. Wörz.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Zeben Sonntag 5 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung
der beliebten Zimmermanns

Norddeutschen Sängerkorps

Nach der Vorstellung um 10 Uhr:
Großer Ball.
Entree 30 Pf. Speersitz 50 Pf.

WINTERGARTEN

Neues Programm:
Harry Rochaz Hundedresseur.
Wood u. Bates Amerik. Excentrics.
Lorraine's Lebende Bilder.
Die beiden Freydos Gymnastiker.
Cook u. Clinton
Amerik. Kunstschützin.
Moers u. Omo Drahtseilkünstler.
Otto Reutter Humorist.
Salerno Meister-Jongleur.
Annette Gillard Pariser Opernsänger.
Mlle. Otero Spanische
Tänzerin
in ihrer Pantom. „Opiumrausch“.
Thereses Komischer Hypnotiseur.
„Karnevalsgeister“ Wiener Ballett.
Biograph.

Oranienh. Thor

Täglich
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Steidl-Theater

Steidl-Sänger.
Neues grossartiges Programm.

Reichshallen

Stettiner Sängerkorps.
Wojana:
Böckingstr. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochen-
tags 5 Uhr. Anfang der Abend-
vorstellung 8 Uhr.

Enthauptung

einer lebenden Dame!
Willy Prager
mit seinem Schlogler:
Die kleine Garnison.
14 neue erstklassige Nummern.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Abends 8 Uhr: Gastspiel
des Oberbayerischen Bauern-Theaters.
Die Rent von Oberammergau.
Oberbayerisches Volksstück mit Gesang
und Tanz in 4 Akten v. Chr. Jünger.
Morgen: Die Rent von Oberammer-
gau. Sonnab. 4 Uhr: Ray u. Wörz.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Zeben Sonntag 5 Uhr:
Grosse Extra-Vorstellung
der beliebten Zimmermanns

Norddeutschen Sängerkorps

Nach der Vorstellung um 10 Uhr:
Großer Ball.
Entree 30 Pf. Speersitz 50 Pf.

WINTERGARTEN

Neues Programm:
Harry Rochaz Hundedresseur.
Wood u. Bates Amerik. Excentrics.
Lorraine's Lebende Bilder.
Die beiden Freydos Gymnastiker.
Cook u. Clinton
Amerik. Kunstschützin.
Moers u. Omo Drahtseilkünstler.
Otto Reutter Humorist.
Salerno Meister-Jongleur.
Annette Gillard Pariser Opernsänger.
Mlle. Otero Spanische
Tänzerin
in ihrer Pantom. „Opiumrausch“.
Thereses Komischer Hypnotiseur.
„Karnevalsgeister“ Wiener Ballett.
Biograph.

Oranienh. Thor

Täglich
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Steidl-Theater

Steidl-Sänger.
Neues grossartiges Programm.

Reichshallen

Stettiner Sängerkorps.
Wojana:
Böckingstr. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Die Vereinigten Staaten im Jahre 1903.

London, 20. Dezember.

Wirtschaftlich und politisch zeigte das Jahr 1903 in den Vereinigten Staaten im wesentlichen dieselben Züge wie in den kapitalistischen Ländern Europas: Krise; Verschärfung des Kampfes gegen das Proletariat; fieberhafter Drang nach Weltpolitik.

Die Krise setzte schon gegen Ende des Jahres 1902 ein und zog sich kontinuierlich das ganze Berichtsjahr hindurch. Abgesehen von den in den letzten Wochen vorgenommenen Arbeiterentlassungen und Lohnherabsetzungen, auf die wir noch zurückkommen, fand die Krise vorläufig ihren prägnantesten Ausdruck in der scharfen Entwertung der industriellen Wertpapiere. Die Neugründungen und Reorganisationen wurden auf Grund der hohen Profite von 1900 und 1901 kapitalisiert, die im Berichtsjahre nicht mehr realisiert werden konnten. Die Entwertung schwankte zwischen 20 und 60 Proz. gegen die Kurse von 1901 oder gegen die Nominalwerte der Gründungen im Jahre 1902. In seinem am 8. Dezember dem Kongresse zugefandten Jahresbericht wies der Finanzsekretär Mr. Shaw diese Entwertung „auf eine viel höhere Summe als die der Gesamtlöse des verheerenden amerikanischen Bürgerkrieges vom Jahre 1861 bis 1865“. Am empfindlichsten wurde die Eisen- und Stahlindustrie in Mitleidenenschaft gezogen, aber auch alle anderen Industriezweige sind der Krise nicht entgangen. Leder, Tabak, Kupfer, Zucker, Gummi hatten große Verluste zu verzeichnen, und der Sturz der Eisenbahnaktien war fast allgemein. Die Krediterschütterung erstreckte sich auf eine Anzahl der ersten Geschäftshäuser und das Mißtrauen, die unermessliche Begleiterscheinung der Krise, nahm einen immer weiteren Umfang an. Die Wirkung im Produktionsprozeß machte sich erst in den letzten Monaten bemerkbar; die Eisenausbeute wird geringer, und Arbeiterentlassungen und Lohnherabsetzungen sind auf der Tagesordnung. Daß die Krise dieses Jahres vorläufig nicht so viele Opfer forderte wie im Krisenjahr 1893, ist erstens dem aufgehäuften enormen Reichtum zuzuschreiben, den die moderne Arbeit in der letzten Dekade geschafft hat. Die Verwaltung dieses Reichtums ist nicht weicher geworden als früher; die Organisation der Industrie in Trusts hat die Ueberproduktion und die Ueberproduktion nicht nur nicht gehemmt, sondern verstärkt; die amerikanischen Wirtschaftsforscher finden jetzt im wesentlichen dieselben Ursachen und dieselben Kennzeichen wie in den Krisen, die der Trustperiode vorhergingen. Aber die Konzentration der Industrie in Verbindung mit den Wandern der modernen Technik haben den Reichtum so vermehrt, daß er unter den Erschütterungen, die die kapitalistische Wirtschaftsweise ununterbrochen mit sich bringt, nicht so tief leidet wie früher. Dann kommt hinzu, daß die Vereinigten Staaten über einen umfangreichen inneren Markt verfügen und eine schier unerschöpfliche Fülle von Rohstoffen und Ackerbauprodukten besitzen. Der Außenhandel im Jahresjahre 1902/1903 war größer als je zuvor. Die Einfuhr betrug 1 025 719 237 Dollar, die Ausfuhr 1 420 141 079 Dollar. Die Einfuhr war zum erstenmal in der Geschichte der Vereinigten Staaten höher als eine Milliarde. Dagegen zeigte die Ausfuhr eine Abnahme um 67,6 Millionen gegen das Jahr 1901. Wie der natürliche Reichtum des Landes mildert auf manche Krisenepizode des Berichtsjahres gewirkt hat, möge folgendes Ereignis zeigen. Am 9. April hatten die Richter in Minnesota über die Legalität des Northern-Security-Trusts zu entscheiden. Wider alle Erwartung machten sie vom Anti-Trustgesetz vom Jahre 1890 Gebrauch und entschieden gegen den Trust. Die Folge war, daß die Börsen, die bereits durch die Krise geschwächt waren, von einer heftigen Panik ergriffen wurden. Aber am folgenden Morgen (10. April) erschien die offizielle Entschädigung, die die günstigste seit dem Jahre 1882 war. Die Aussicht auf eine überaus reiche Getreide-Ausfuhr schwächte die Wirkung einer Nachricht ab, die in krisenhaften Zeiten zu einer verheerenden Epizode führen kann. Ebenso hat einige Monate später die rapide Preiserhöhung der Rohbaumwolle die Spekulation belebt. Dieser Naturreichtum, verbunden mit dem industriellen, sowie mit dem umfangreichen inneren Handel, haben auch dazu beigetragen, einigermaßen das Mißtrauen abzuschwächen, das sonst in Krisenzeiten die katastrophenartige Abwärtsbewegung beschleunigt.

Dieser rasch aufgehäuften Reichtum — so z. B. beträgt die Kapitalisierung des Stahltrusts soviel wie der ganze Nationalreichtum der Vereinigten Staaten im Census 1901 — beherrscht die ganze äußere Politik der Washingtoner Verwaltung. Abgesehen von der alten Monroe-Doktrin, die zu diplomatischem Dogma geworden, ist die Washingtoner Politik ganz auf den Großen Ozean gerichtet. Die vier wichtigsten Ereignisse des Jahres: der Masaka-Ausgleich, der Vertrag mit China, die Geburt der Panama-Republik und die Errichtung eines Kriegshafens in den Philippinen, sind Etappen dieser Politik, die Amerika in den ostasiatischen Wirren hineintreibt und es an England leitet, wie die Monroe-Doktrin Amerika von Deutschland scharf trennt. Die Erledigung des Masaka-Grenzstreits zu Gunsten der Vereinigten Staaten verstopfte die letzte Quelle der Mißverständnisse zwischen den beiden englischsprachigen Mächten, die nunmehr in allen wichtigen weltpolitischen Fragen zusammengehen werden; besonders in China, an dessen Schicksal die Vereinigten Staaten sich seit dem 1. Mai 1898, dem Siegestage des Admirals Dewey bei Cavite, beteiligen. Die Washingtoner Verwaltung war es, die gegen Ende 1899 die Politik der „offenen Tür“ in China formulierte. Sie war es auch, die — während der Belagerung Pekings im Jahre 1900 — im Verein mit Japan eine Aufstellung Chinas verhinderte. Am 8. Oktober 1903, just an dem Tage, als England die Klammung der Mandchurien ablehnte, einen Vertrag mit der chinesischen Regierung schloß, der die Integrität Chinas voransetzte und die Öffnung zweier Häfen in der Mandchurien stipulierte. Mr. Roosevelt in seiner Botschaft am 7. Dezember hebt diesen Punkt besonders hervor, indem er sagte: „Es ist eine unerlässliche Bedingung des Fortschritts und der Entwicklung unseres Handels in der Mandchurien, daß China die Stadt Ruden und den Hafen Antung, an der Halbinsel und auf der Straße nach Korea, dem internationalen Handel eröffnet. Die volle Entwicklung des dortigen Handels kann unter den gegenwärtigen abnormen Umständen kaum erwartet werden, aber der Grundstein zu einer solchen Entwicklung wurde endlich gelegt.“ Dies bedeutet, daß die Vereinigten Staaten im Verein mit England und Japan daran interessiert sind, daß Rußland die Mandchurien räumt. Von dieser Politik der Beherrschung des Großen Ozeans war die Washingtoner Verwaltung auch in ihrer Stellungnahme zu den Vorkäufen in Panama geleitet. Der seit einem halben Jahrhundert gehegte Plan eines interozeanischen Kanals wurde durch den Krieg gegen Spanien (1898) besonders gefördert. Der Krieg zeigte in drastischer Weise die Schwierigkeiten, die einer Vereinigung der Ost- und Westflotte entgegen stehen. Dann brachte er Victorio unter die amerikanische Flagge und Kubä unter den amerikanischen Einfluß. Das Karibische Meer erhielt eine neue Bedeutung für die Vereinigten Staaten; es wurde zu einem ihrer Ausfallshäfen, und mußten es deshalb vor fremden Eingriffen sichern. Dies konnten sie aber nur thun, wenn sie den interozeanischen Kanal beherrschten. Nachdem der Plan eines Nicaraguanal-Kanals aufgegeben wurde, wandten sich die Vereinigten Staaten dem Panamakanal zu, auf dessen Bau sie schon seit dem Jahre 1848 ein Recht hatten. Dieses Recht erhielten sie in einem Vertrage mit Neu-Granada, dem jetzigen Kolumbien, dessen Regierung den Vertrag erneuerte. Da die kolumbianische Regierung sich vor einigen Monaten gegen den Bau des Panamakanals aussprach, brach Ende Oktober in Panama eine Revolution aus, die mit der Lösung Panamas von Kolumbien endigte. Die neue Republik wurde mit Hilfe der Vereinigten Staaten geboren und von ihnen sofort unter Schutz genommen. Ob die Vereinigten Staaten die

Revolution inszeniert oder nur anerkannt haben, ist gleichgültig. Es ist Heuchelei, wenn sich die bürgerliche Presse über die unmoralische Politik Amerikas entrüstet, ebenso ist es Heuchelei, wenn die amerikanischen Patrioten ihre Unschuld beteuern. In der internationalen Politik hat die Ethik noch keinen Platz gefunden. Wirtschaftliche und politische Gründe sind hier einzig und allein maßgebend. Und diese waren in den Vereinigten Staaten und in Panama stark genug, um die Revolution zu vollziehen, und sie wurde ganz im Interesse Amerikas vollzogen. Hervorzuheben ist noch die scharfe Kritik, die der alte Senator Hoar, der letzte Puritaner Neu-Englands, im Bundesessen an der Regierung geübt hat. Er hat auch im Jahre 1899 und 1900 gegen den philippinischen Krieg gedonnert, aber er kennt seine Zeit nicht mehr. Die Philippinen sind in den Besitz Amerikas übergegangen, dem sie als Thür zu Ostasien dienen. In seiner Botschaft vom 7. Dezember sagte Mr. Roosevelt: „Die Errichtung einer Flottenstation in den Philippinen darf nicht länger verschoben werden. Eine solche Station ist wünschenswert in Zeiten des Friedens. Aber ihr Mangel in Zeiten des Krieges wäre verderblich. Ohne sie wäre unsere Flotte hilflos. Unsere maritimen Sachverständigen haben sich für die Subsidien ausgesprochen.“ Dieser grochocanischen Politik entsprechen die Flottenrüstungen, die die bisherigen Budgetüberschüsse verschlingen und zu Defiziten führen. Wie der Finanzsekretär Mr. Shaw am 8. Dezember v. J. dem Kongresse mitteilte, brachte der Etat 1902/3 einen Ueberschuß von 54 Millionen; der Etat 1903/4 wird einen Ueberschuß von nur 14 Millionen bringen, und es wird angenommen, daß der Etat 1904/5 mit einem Defizit von 23 Millionen Dollar abgeschlossen wird.

Die Krise und die Weltpolitik haben die Abneigung des Kapitals gegen die Arbeiterorganisationen noch verstärkt. Mr. Roosevelt, der das Jeng zum sozialen Königtum bezieht, hat sich das Mißfallen des Großkapitals dadurch zugezogen, daß er sich in den Kohlenarbeiterstreik der Wintermonate des Jahres 1902 mischte und eine Kommission zur Untersuchung der Lage der Streitenden einsetzte. Am 21. März 1903 veröffentlichte die Kommission ihren Bericht und ihren Entscheid, der den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 10 Prozent genehmigte. Dieselbe Bergarbeiter-Gewerkschaft wird jetzt in der Person ihres Vorsitzenden, Mr. Mitchell, mit einer Schadenersatzklage auf 85 000 Dollar verfolgt. Die Klage stützt sich auf den bekannten Taff-Bale-Erdscheid der englischen Lordrichter, wie überhaupt in mehreren amerikanischen Staaten dieser Entscheid als Richtschnur in Gewerkschaftsprozessen genommen wird. Es sprechen dort mehrere derartige Prozesse; am 4. Dezember v. J. wurde eine Gewerkschaft in Chicago bereits zu Schadenersatz wegen Streikpostens-Verurteilung. Gleichzeitig haben sich die Unternehmerverbände auf einer im September v. J. stattgefundenen Konferenz in Chicago zu einem Verein zusammengeslossen, um die Arbeiter-Organisationen zu bekämpfen. Die Krise ist einem derartigen Feldzuge günstig. In den letzten Wochen wurden in den verschiedensten Staaten und Industriezweigen ungefähr 100 000 Arbeiter entlassen. Lohnherabsetzungen sind allgemein, besonders aber in der Textil- und Metallindustrie. Das merkwürdigste ist, daß diese sozialpolitischen Vorgänge die amerikanischen Wahlen vom 9. November v. J. und den drei Wochen später stattgefundenen Gewerkschaftskongress der American Federation of Labor in Boston eher im reaktionären als im revolutionären Sinne beeinflusst haben. Die wirtschaftliche Depression hat auch eine geistige Depression innerhalb der Arbeiterschaft herbeigeführt. Die sozialistische Agitation, die während des Kohlenstreiks in den letzten Monaten des Jahres 1902 zu bedeutenden Erfolgen führte, erlitt in den letzten Monaten des Jahres 1903 einen empfindlichen Rückschlag. Wie bekannt, bestehen in den Vereinigten Staaten zwei sozialistische Parteien: die Socialistische Arbeiterpartei (Socialist Labor Party = S. L. P.), die die ältere Organisation ist, aber den Marxismus nicht verdrängt hat und an dieser Verbanungsjahre zu Grunde geht; dann die Socialistische Partei (Socialist Party = S. P.), die noch eine junge Organisation ist und in Prinzip und Taktik mit der deutschen Socialdemokratie übereinstimmt. Im vorigen Jahre zeigten beide Organisationen einen Aufschwung, besonders die S. P., die in Massachusetts, dem zivilisiertesten State Amerikas, drei Gewerkschaften in den Landtag wählte. Jetzt verlor sie dort etwa 25 Prozent Stimmen und zwei Abgeordnete. Dagegen hat sie im State New York und Ohio an Stimmenzahl gewonnen, aber zum großen Teile auf Kosten der S. L. P., die überall verloren hat. Ebenso war die Stimmung des Kongresses der American Federation of Labor entschieden antisocialistisch. Die Stimmzahl, die auf die sozialistische Resolution vereinigt wurde, ist viel geringer als früher. Die Gewerkschaftsführer Compers, Mitchell und Duncan sprachen sich besonders heftig gegen die Resolution aus, die dann mit einem Stimmverhältnis von 8 zu 1 abgelehnt wurde.

Gewerkchaftliches. Crimmitschau.

Ein parierter Hieb aus dem Hinterhalt.

Der evangelische „Arbeiter“-Verein zu Charlottenburg hatte die christliche Absicht, den modernen Crimmitschauer Kämpfern einen Genidstich zu versetzen, indem er den Totengräber Reinhard über ihren Kampf reden ließ.

Etwa 200 Personen, darunter die große Hälfte sozialistisch organisierte Arbeiter, waren erschienen, um den Ausführungen Reinhard's zu lauschen. Wenn der Vorsitzende, Pfarrer Andrae, in der Einleitung sagte, Herr A. sei gerade der rechte Mann, um einen Vortrag über den Streik in Crimmitschau zu halten, so gönnen wir ihm diesen Sachverständigen; denn was da für Weisheit aufgetischt wurde von Seiten Reinhard's, das spottet jeder Befähigung. In dem Vertrage trat weiter nichts als die But gegen die III Socialdemokratie und speziell gegen den „Vorwärts“ zu Tage. Wenn eine gewerkschaftliche Verhandlung ein Thema wie der Streik in Crimmitschau und der Terrorismus der Fabrikanten auf die Tagesordnung setzen würde, so wäre hundert gegen eins zu wetten, daß mehr wie zu viel Schutzmännlichkeit zugegen sein würde. Und wenn bei uns eine solche Rede, wie dieselbe Herr Reinhard gebrauchte und wie speziell sie dann der Salonarbeiter von den Nationalsozialen, Herr Weiborn-Verlin, führte, so würde die betreffende Versammlung sicher aufgelöst und die Gewerkschaft sicher unter das Vereinsgesetz gestellt werden. Wenn man mit der Hoffnung in die Versammlung gegangen war, um etwas Positives über den Weiberstreik zu hören, da hatte man sich gründlich getäuscht. Nichts als Schimpfereien wachte Herr Reinhard vorzubringen. Das einzig Sachliche war, daß er ausführte, er sei auch 18 Jahre organisiert und habe fünfmal im Streik gestanden. Jörnliche Begeisterung entfesselte Herr A., als er sagte, daß er zweimal Streikführer gewesen sei. Alle Schuld in Crimmitschau hob er auf die Arbeiter zu, die von den kurzschäftigen Führern ins Unglück gestürzt seien. Ja, er sagte wörtlich: „Warum sind denn die Arbeiter nun in den Streik getreten? Nachdem die Weiber jahrelang nicht gelohnt hatte, konnte man bei dem beginnenden Aufschwung den Verdienst sehr wohl den Fabrikanten gönnen.“ Die Ausführungen endeten, wie ja nicht anders zu erwarten war, in einer schwülstigen Anpreisung des evangelischen Arbeitervereins. War bei Beginn und während des Referates keine Vollei dagewesen, so konnte man dagegen bei Beginn der Diskussion dieselbe sofort bemerken. Jedenfalls fühlten sich die Herren Evangelischen nicht sehr sicher in ihren vier Wänden. Als erster Redner in der Diskussion trat Herr Erich Mühsam als Vertreter des Anarchismus auf. Er beteuerte hoch

und heilig, daß er kein Socialdemokrat sei; dafür wurde er dann von den Herren Christen „jüdisch-anarchistischer Lämmel“ geschimpft. Herr Mühsam stellte den Streik der Crimmitschauer als vollberechtigt hin. Als zweiter Diskussionsredner trat Herr Weiborn-Verlin auf. War bis dahin bei den Ausführungen der Redner immerhin noch der Anstand gewahrt worden, so fiel Herr B. vollständig aus der Rolle. Was dieser Herr, der, wie er selbst gesteht, zu Recht von Berliner Arbeitern in jeder Art gekränkt wird, im Schimpfen leistete, das geht noch über Dreschpflücker. Alle beiden Redner hatten bis jetzt unbeschränkte Redezeit gehabt; aber in der Voraussicht, daß nun noch eine Abrechnung folgen würde, die nicht zu Gunsten der Evangelischen ausfallen würde, wurde kurzerhand vom Vorsitzenden eine Redezeit von nur 5 Minuten angelegt. Als dritter Redner trat dann Genosse Hertel auf. Derselbe konnte als Sachse die Ausführungen der Herren am besten annageln. In kurzen kräftigen Worten forderte er die anwesenden Arbeiter auf, die Sache der Crimmitschauer unter allen Umständen hochzuhalten, ihre Organisationen zu stärken und dem Socialismus zum Siege zu verhelfen. Brausender Beifall bewies, daß der Redner zum Verger der Herren Reinhard und Genossen aus dem Herzen der anwesenden Arbeiter gesprochen hatte. Nach Hertel traten noch vier verschiedene Redner auf, bis auf einen alle für die Crimmitschauer Weiber sprechend. Besondere Berücksichtigung verdient noch Herr Pfarrer Köstliche. Sachlich und ruhig im Gegensatz zu Weiborn trat er für die Weiber ein. Er war selbst nach Crimmitschau gefahren, um sich über die Lage des Streiks zu orientieren. Auch Herr Roscher trat für die Ausgesperrten warm ein. Als dann eine Sammlung zu Gunsten der Weiber veranstaltet werden sollte, brauchte der Herr Vorsitzende sein Hausrecht und verbot dieselbe. Um der Sache die Krone aufzusetzen, verbot er alle nicht königstreuen Männer und Frauen aus dem Saal. Eine im Hofraum vorgenommene Sammlung ergab eine ganz nette Summe.

Eine widerliche Heuchelei.

die es verdient, gebrandmarkt zu werden, betreiben die Crimmitschauer Zmitatspinner. Um ihr eigenfünftiges Verhalten gegenüber den Arbeitern zu verteidigen und ihre niedrigen Löhne zu beschönigen, muß die ihnen nahestehende Presse folgendes schreiben:

Die sogenannte Bigoguespinnerei hat nämlich seit Jahren unter einer sehr erheblichen Konkurrenz, namentlich Belgiens zu leiden gehabt, wozu seit einigen Jahren noch die Konkurrenz von Detsch und Italien gekommen ist. Diese Konkurrenz ist inzwischen so stark geworden, daß sich die Ausfuhr an Bigoguespinnerei, die in Verdau übrigens in höherem Maße als in Crimmitschau hergestellt werden, nach der Reichsstatistik von 38 300 Doppelcentner im Jahre 1880 auf 6720 Doppelcentner im Jahre 1901 zurückgegangen ist. Als fast einziges ausländisches Absatzgebiet kommt gegenwärtig für Bigoguespinnerei nur England in Betracht. Die Verdrängung der Bigoguespinnerei von den ausländischen Märkten, insbesondere von Detsch und Italien, ist nun aber ganz wesentlich darauf zurückzuführen, daß die dort inzwischen erblühte Industrie mit ganz wesentlich niedrigeren Löhnen arbeiten kann. Nach neuerlichen Untersuchungen stellen sich beispielsweise die Wochenlöhne in der Bigoguespinnerei in Detsch und Sachsen folgendermaßen:

Table with 3 columns: Detsch, Sachsen, in Sachsen höher in Proz. Rows: Andreeher (5,10 vs 8,90), Kusleger (5,80 vs 9,54), Krenplexin (6,25 vs 10,20), Kuspuyer (10,20 vs 18,-).

Die Konkurrenz der österreichischen und italienischen Bigoguespinnerei wird aber der sächsischen um so gefährlicher, als beide Länder sehr günstige Verkehrsverhältnisse nach Süddeutschland und dem Rheinlande, den beiden hauptsächlichsten inländischen Absatzgebieten der sächsischen Industrie, haben. Die Bigoguespinnerei von Crimmitschau arbeitet demnach allerdings unter sehr ungünstigen Verhältnissen und ist wohl kaum in der Lage, die von den Arbeitern geforderte verlängerte Arbeitszeit in Verbindung mit erhöhten Löhnen zu gewähren.

Wir wissen nicht, ob die oben angeführten Zahlen stimmen, das eine wissen wir aber, daß die Weiber der bedeutendsten Zmitatpinnereien in Detsch, wo so erheblich niedrigere Löhne als in Sachsen gezahlt werden sollen, die Herren Kürzel, Reumann, Limburger, Göldner usw. sind, die zu gleicher Zeit in Crimmitschau-Verdau Zmitatpinnereien betreiben. Auch in Schweden, Italien und Rußland ist die dortige Zmitatpinnerei sehr erstarkt, und zwar ebenfalls dadurch, daß die „nationalen“ Crimmitschau-Verdauer Zmitatpinner Göldner, Schmelzer, Schön usw. in diesen drei Ländern Spinnereien errichtet haben. Ob sie dort noch schlechtere Löhne als in Detsch bezahlen, wissen wir nicht!

Berlin und Umgegend.

Oegen den Achtstundentag der Rellef-, Sandrad- und Goldrad-Graveure.

Der im November vorigen Jahres nach einer kurzen Bewegung in den meisten Werkstätten dieser Branchen durchgeführt wurde, versuchten die Prinzipale jetzt Sturm zu laufen und sie haben zu diesem Zweck eine neue Organisation nach dem Muster der Schlämmen gegründet. In der Versammlung, die den Gründungsbeschluss faßte, unterzeichneten 63 Arbeitgeber ein Schriftstück, das folgende Bestimmungen enthält:

Die Mitglieder verpflichten sich, alle an sie Herantretenden Forderungen durch Mehrheitsbeschlüsse zu regeln. Die grundsätzliche Forderung des Achtstundentages wird abgelehnt; es bleibt bei der Arbeitszeit, welche bis zum 12. November 1903 bestanden hat, jedoch soll die tägliche Arbeitszeit von neun Stunden nicht überschritten werden. Der Minimallohn soll im Prinzip 20 M für Ausgelernte betragen. (Im November wurde als Minimallohn für Ausgelernte 21 M festgesetzt.) Ueberstunden werden nach den bestehenden Lohnsätzen mit 25 Proz. Aufschlag bezahlt. Den Arbeitsnachweis führt Kollege Hoffmann. Gehilfen werden nur dessen durch Vermittlung eingestellt. Sind keine geeigneten Kräfte zu finden, so sind die Zeitungen zu bemühen. Obige Bestimmungen sind von mir angenommen, ich verpflichte mich unterschriftlich zur strengsten Einhaltung derselben. Sie treten vom 1. Januar 1904 ab in Kraft. (Folgen die Unterschriften.)

Diesen Beschluß gemäß haben denn eine Anzahl Firmen versucht, den Achtstundentag, zu dessen Umwälzung sie sich November der Gehilfenorganisation gegenüber unterschriftlich verpflichteten, wieder abzuschaffen und somit einen Vertragsbruch begangen. Die Gehilfen ließen sich das selbstverständlich nicht gefallen und traten in den Anstand, der sich nun auf folgende Firmen erstreckt und zusammen 28 Arbeiter umfaßt: Kreibitz, Haack u. Co., Renaud, Jacob, Grieb, Scholz, Riebel, Paal, Mühlmann und Hölstein. Einige dieser Firmen suchen die Arbeitgeber-Beschlüsse und zugleich auch den im November geschlossenen Vertrag zu umgehen, indem sie zwar die frühere Arbeitszeit wieder einführen, jedoch die Zeit, die über acht Stunden gearbeitet wird, als Ueberstunden bezahlen wollen.

Mit diesen Verfassungen befahte sich am Dienstag eine gutbesuchte Versammlung der Gehilfen der genannten Branchen, die im Gewerkschaftssaale tagte. Der Referent E. Bräuner, der über die wahren Absichten der neuen Prinzipalsvereinigung sprach, ver-

urteilte scharf das Verhalten der vertragsbrüchig gewordenen Arbeitgeber und ermahnte seine Kollegen, das, was Ende vorigen Jahres erungen wurde, mit aller Kraft zu verteidigen. Das Verhalten derjenigen Kollegen, die sich durch die Ueberstunden-Bezahlung für die Zeit, die über acht Stunden gearbeitet wird, verleiten ließen, wieder in die betreffenden Verhältnisse zu gehen, wurde sowohl vom Referenten als auch von den Diskussionsrednern als durchaus verwerflich bezeichnet. Der Referent berichtete ferner mehreres über die letzte Versammlung der Arbeitgeber, die am Freitag voriger Woche stattgefunden hat. Hier haben einige der Herren recht grobe Worte gebraucht, einzelne aber auch zur Mäßigung und Besonnenheit gemahnt. Man redete, wie das bei solchen Gelegenheiten üblich ist, davon, daß man Herr im Hause bleiben müsse; auch wurde die Meinung laut, man müsse sich der Vereinigung der Metallindustriellen, dem Kammernmänner-Verband, anschließen, und einer befürchtete sogar, daß der Zukunftsstaat herbeibrähe, wenn man die Forderungen der Gehilfen bewillige. Auch schwarze Listen haben die Arbeitgeber bereits hergestellt und darin die besonders gefährlichen Elemente durch fetten Druck besonders gekennzeichnet. Alle diese bedrohlichen Reden und Maßnahmen vermögen jedoch den Unselbständigen keine Furcht einzuspielen. Die Arbeitgeber bedenken offenbar nicht, daß sie es jetzt nicht mehr mit dem früheren Lokalarbeiter, der 100-200 Mitglieder zählte, zu thun haben, sondern mit dem über ganz Deutschland verzweigten Verband der Gewerkschafter, der in Berlin allein 700 Mitglieder hat und über einen wohl organisierten Arbeitsnachweis verfügt, gegen den ihr eigener Nachweis nicht aufzukommen vermag, so lange die Gehilfen ihn streng meiden, wozu der Referent die Anwesenden aufforderte. Arbeitslose Kollegen sollen sich, und zwar sofort bei Eintritt der Arbeitslosigkeit, nur im Central-Arbeitsnachweis des Verbandes, bei E. Bräuner, Mariannenplatz 5, Hof I melden. Die arbeitenden Kollegen sollen, so lange der Zustand oder die Ausbesserung dauert, keine Ueberstunden machen, dafür die Einstellung Arbeitsloser verlangen und im übrigen genau Obacht geben, daß nirgendwo Streikarbeit gemacht wird. Diese Maßnahmen wurden vom Referenten empfohlen und in der Diskussion allgemein gebilligt.

Deutsches Reich.

Terrorismus gegen Christlich-Organisierte.

Die Firma Hensmann in Groß-Königsdorf bei Köln beschäftigte neben ihrem sonstigen Personal auch eine Anzahl Strafgefangener. Das ging selbst ihren christlich-organisierten Arbeitern wider den Strich; sie unternahm Schritte dagegen mit dem Erfolg, daß die Strafgefangenen von den Beschäftigten innerhalb des Betriebes ausgeschlossen und nur noch für solche außerhalb der Fabrik zugelassen wurden. Bald darauf entließ die Firma vier Arbeiter. Einer von diesen war nur ein halbes Jahr, der zweite immerhin ein Jahr, der dritte sogar vier und der letzte von ihnen die respektable Zeit von vierzehn Jahren (!) für das Geschäft thätig. Die Entlassung mußte also einen besonderen, ungewöhnlichen Grund haben und sie hatte ihn auch. Die Entlassenen waren nämlich die — Vorstandsmitglieder der Ortsgruppe des christlichen Metallarbeiter-Verbandes! In ihr Entlassungs-Urteil schrieb man den auf die Strafe Gezwungenen: „Seine Entlassung erfolgt, weil derselbe einem Verbandsmitglied beigetreten war, wovon ich Mitglieder in meinem Betriebe nicht dulde.“

Die katholische Provinzpresse druckt überall die Wochenzettel der Scharfmacher als eigene Meinung nach, in denen behauptet wird, die Aussperrung in Grimmitzhausen wäre das Werk der Socialdemokratie. Wie nun, wenn jemand diese Logik auf die Maßregelung in Groß-Königsdorf übertrüge und sagte: Das Centrum trägt die Schuld an dem Gewaltstreik der Firma Hensmann!

Der Vorkauf zeigt jedenfalls erneut, was jeder Verständige längst wußte: Ob die Arbeiter einer christlichen oder einer freien Gewerkschaft angehören, ob sie ihrer politischen Ueberzeugung nach ultramontan oder socialistisch gesinnt sind, das alles ist dem Unternehmer gleichgültig — nur Forderungen dürfen sie nicht stellen. Jeden Gedanken an eine Verbesserung der Lebenshaltung schimpft der Kapitalist „Socialismus“, wie zweifellos eine Gule alles, was ihr unangenehm ist, „Sonnenlicht“ schimpfen würde, wenn ihr die Sprache gegeben wäre.

Die Nürnbergger Dachdecker haben in einer am Sonntag tagenden Versammlung die Beschlüsse des Verbandstages zu Dortmund, soweit sie Agitation und Zeitungfragen betreffen, verworfen und einstimmig beschlossen, die Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützung für Nürnberg einzuführen und die Beiträge auf 50 Pf. zu erhöhen.

Als Muster-Arbeitgeberin hat sich die freisinnige Stadtvertretung Nürnbergs wieder einmal bewährt. Die Arbeiter der städtischen Grubenentleerung müssen viele Ueberstunden machen, für die sie keinen Pfennig Vergütung bekommen. Nun haben sie die nur berechnete Forderung gestellt, daß ihnen die Ueberstunden besonders bezahlt werden, und zwar mit 25 Proz. Aufschlag. Die freisinnige Stadtverwaltung glaubt aber das nicht thun zu können, was in den meisten Privatbetrieben schon längst durchgeführt ist, sie wies das Gesuch ab, da die Ueberstunden eine Eigentümlichkeit des Betriebes und die Löhne der Grubenarbeiter schon ohnedies höher seien als die anderer städtischer Arbeiter. Diese Ueberstunden aber selten den Betrag von 3 Mark pro Tag. Nur den Maschinenarbeitern und den Schlauchlegern wurde eine tägliche Lohnserhöhung von 20 resp. 15 Pf. gewährt.

Bei der Charlottenburger Gewerkschafts-Kommission gingen für die ausgeübten und freizulassenden Grimmitzhauser Textil-Arbeiter folgende weitere Beiträge ein:

- a) Auf 11: Durch Unversichert 13,20. Puffer d. Schulze 3,25. Metallarbeiter b. Blume 20,40. Tischler G. Auhardt 27,—. Arbeiter der Girung, Instrumentenfabrik v. Krüger, 2. Rate 6,50. Gesamtsumme v. Aude 2,35. Durch Ueberstunden 6,40. Puffer d. Blume 5,80. Gesamtsumme von Geiger 6,—. Arbeiter der Firma March 11,50. Bauhilfsleiter Martens durch Weber 13,05. Gesamtsumme von Dieb 16,15. Rauer durch Krüger 9,00. Durch Töpfer 1,90. Durch C. Müller 17,90. Handlungsgesellen d. Wöbering 14,80. Handlungsges. d. Grenzling 30,10. darunter 23,55 vom Maschinenpersonal des Berl. Lokalanzeigers. Maler d. Jäger 1,80. Sattler d. Lange 3,15. Handlungsgesellen d. Udo 11,20. Polier 4,30. Martins 8,50. Hellwig 4,75. Martins, Wille Nr. 18374 5,00. Anschläger d. Paul 9,—. Helms 7,50. Motorenfabrik Daimler, Wd. 8,80. Wille Rauer der Gasanstalt Schmaragdendort bis auf einen, 3. Rate 11,20. Buchdrucker Charlottenburg 22,15.
- b) Sonstige Zuweisungen: Vom gemäßig. Besonnenheit der Arbeiter d. Heinrich 14,75. Gemäßliche Stammthg-Gesellschaft d. Schleiffen Albert 7,—. Gesamtsumme am Hertzfeld von Jaffe 2,—. Eine Weberfamilie und ein berunglückter Kreisjägerschneider 3,—. Ein Dienstmädchen vom Weihnachtsabend, Berlin 2,—. Von den Prozenten des Bestandes der Central-Kranken-u. Sterbelasse der Zimmerer, Bahlf. Charlottenburg 10,—. Vom Lotteriefuß „Mischel“ 21,20. Amerik. Kustion des Kaufmanns „Gebelweh“ 15,—. Silberarbeiter bei Leopold 3,60. Rote Silberarbeiter bei Barisch 6,60. Maler, Bau Reizner, Niddorf, d. Schubert 10,—. Lotterieverein „Eintracht“, Charlottenburg 13,55.

An Summa 422,05 M. Bereits quittiert 2452,08 M. Gesamtsumme 2674,71 M.

Weitere Beiträge nimmt entgegen Franz Hoff, Wallstr. 68.

Soziales.

Kerze und Krankenkassen.

Die Arbeitervertreter der Ortsklasse Leipzig haben in einer Versammlung zur Kerzefrage Stellung genommen. Genosse Frankhöfer hielt einen Vortrag, und in der anschließenden Diskussion stimmten ihm sämtliche Redner rückhaltlos zu. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Vertreter den Ausführungen Frankhöfers zustimmen. Sie erklären sich damit einverstanden, daß nach dem Vorschlage des Kassenvorstandes das Kaufschale von 4,50 M. auf 5,50 M. erhöht wird, betonen aber, daß auf keinen Fall weiter gegangen werden soll. Eventuell soll das Beitragszahlensystem eingeführt werden.

Die Kerze verlangen, daß das Kaufschale für verheiratete Mitglieder von 4,50 M. auf 12 M. erhöht werde. Die von der Klasse angebotene Erhöhung bedeutet für jeden Arzt im Durchschnitt etwas über 500 M. jährlich, insgesamt 140 000 M.

Die Krankenkassen in AöIn haben jetzt bereits 35 Kerze angestellt, 9 andere werden in den nächsten Tagen die Kerze aufnehmen und mit 15 weiteren stehen sie in Unterhandlungen. Die Kerze werden auf 5 Jahre zu einem Jahresentkommen von 6000 M. verpflichtet. Damit dürfte für Köln die Frage gelöst sein, ebenso wie es in Rülhe im a. Rh. der Fall ist.

Dem Reichstage sind die üblichen Ueberstunden über die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften, der Versicherungsanstalten und über die vom Reich unterliegenden Baugenossenschaften zugegangen. Wir werden sie noch im einzelnen behandeln.

Bauarbeiterfrage in Baden. Seit Jahren petitionieren die Bauarbeiter Badens beim Landtag um Erlass einer vernünftigen Bauarbeiterfrage-Verordnung. Es braucht hier wohl nicht besonders erwähnt zu werden, daß die Petition regelmäßig sehr eingehend und wohlbegründet ist, denn die Zahl der Unfälle ist leider fast im Abnehmen im Zunehmen begriffen. Bisher hat nun trotzdem die Regierung die dringende Angelegenheit unter allerhand faulen Ausreden verschleppt. In der ersten Sitzung des Landtags nach den Weihnachtstagen wurde sie sehr nachdrücklich vor dem Abg. Genossen Eichhorn interpelliert und versprochen endlich, in drei bis vier Monaten die Verordnung herauszugeben. — Das „Arbeiterfreundliche“ Centrum konnte sich die Gelegenheit zu einem Vorstoß gegen den Arbeiterklub nicht verkneifen. Der Abg. Lehner, gleichzeitig ultramontaner Reichstags-Abgeordneter, verlangte, daß bei dieser Bauarbeiterfrage-Verordnung dem flachen Lande eine Ausnahmebehandlung zu teil werde. Auf dem Lande soll, um Bauern und bäuerliche Bauunternehmer nicht zu belasten, weiterhin ein freies Spiel mit Leben und Gesundheit der Arbeiter getrieben werden. Die socialdemokratische Fraktion hat den Herren vom Centrum mit dieser merkwürdigen Arbeiterfreundlichkeit böse heimgeleuchtet, und so gestaltete sich die Sitzung auch noch zu einem hübschen parlamentarischen Erfolg für die Arbeitervertretung.

Arbeitseinstellung ist Erpressung. Die bekannten Gerichts-urteile, durch welche die Forderung von Lohnserhöhungen unter Androhung einer Arbeitseinstellung mehrfach als Erpressung behandelt worden sind, hat eine so vollständige Verwirrung aller Rechtsbegriffe herbeigeführt, daß Unternehmer schon beginnen, die Arbeitseinstellung überhaupt als Erpressung zu betrachten. So heißt es in einem Circular des Unternehmensverbandes im Kreise Solingen, das von der „Vergiftigen Arbeiterstimme“ veröffentlicht wird: „Vor allem thut es not, die Erpressung solcher ungerechten Forderungen durch Arbeitseinstellung ein für allemal aus den Mitteln auszuschneiden, welche irgend eine Aussicht auf Erfolg bieten.“

Dabei wird nicht einmal irgend eine bestimmte Forderung genannt, sondern nur ganz allgemein von übertriebenen und gemeinschädlichen Forderungen der Arbeiter gesprochen.

Die Gewerbe-Ordnung bezeichnet die Coalition zum Zwecke der Arbeitseinstellung als straflos, Gerichtspraxis und Unternehmensbewußtsein aber im schönen Verein stehen in der Arbeitseinstellung zur Durchsetzung von Forderungen Erpressung.

Das Verbot der Verwendung von Weisfarben wird in einer Petition verlangt, die von dem Vorstand der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder soeben an den deutschen Reichstag gerichtet worden ist. Durch die Weisfarbvergiftungsgefahr im Malergewerbe sind über hunderttausend Arbeiter stets und ständig in ihrer Gesundheit bedroht, die Zahl der an Weisfarbvergiftung und ihren Begleiterscheinungen erkrankenden Berufsgenossen ist eine erschreckend große. Da alle Schutzmaßnahmen bei der Verwendung von Weisfarben sich im Maler- und Anstreicherberufe bisher als vergeblich erwiesen haben, wird auf Grund eines reichhaltigen Materials und gestützt auf sachmännische und ärztliche Gutachten das Ersuchen an den Reichstag gerichtet: ein Verbot der Weisfarben-Verwendung auf reichsgesetzlichem Wege herbeizuführen. Die Petition verbreitet sich zunächst eingehend über den Umfang und die bisherige Bekämpfung der Weisfarbvergiftung und giebt eine Darstellung der jetzt bestehenden Schutzvorschriften. Dann werden Erfahrmittel für das Weisweiß und die Weisfarben angeführt, es wird auf die Vorteile der Erfahrmittel hingewiesen und die Gutachten für das Weisweiß werden kritisch beleuchtet. Die Petition kommt auf Grund statistischer Nachweise und sachverständiger Gutachten von Hygienikern wie Fachleuten zu dem Schluß: 1. Daß die Gefahr der Weisfarbvergiftung namentlich für Maler, Lackierer, Anstreicher und ähnliche Erwerbsthätige eine außerordentlich große ist, die schwere und häufige Erkrankungen, langandauerndes Siechtum und frühen Tod zur Folge hat. 2. Daß die Bekämpfung der Weisfarbvergiftungen bisher eine unzureichende, namentlich im Deutschen Reich ist, das hierbei hinter dem Auslande weit zurückbleibt. 3. Daß die vorhandenen Schutzvorschriften die eigentliche und größte Gefahr nicht beseitigen und bei den auf nicht ständiger Arbeitsplätze beschäftigten Malern auch nicht beseitigen können, selbst wenn sie noch so streng gefaßt und durchgeführt werden. 4. Daß ein ungestörter Erfahrmittel für Weisweiß in Zinkweiß und Lithopone vorhanden ist, der alle technischen Ansprüche erfüllt. 5. Daß die gegenteiligen Gutachten, die sich für eine Unerschlichkeit des Weisweisses und dessen Unschädlichkeit aussprechen, in einseitigster Weise von Geschäftsinteressen diktiert, jeder technischen Begründung entbehren, andererseits mit den praktischen Erfahrungen unvereinbar, objektiver Sachverständigen auf technischem wie hygienischem Gebiete in schroffem Widerspruch stehen. Aus allen diesen Gründen rechtfertigt sich die Forderung: die Verwendung des Weisweisses im Malergewerbe zu verbieten. Beigefügt ist der Petition ein Anhang: Auszüge aus den Krankenregistern der Berliner Orts-Krankenkasse der Maler. — Im Interesse des Arbeiterschutzes, insbesondere der Angehörigen des Malerberufes, wäre es sehr zu wünschen, daß der Reichstag den Wünschen der Petenten Rechnung tragen möge.

Die Gewerbeberichtsabgabe in Ulm wurde zum erstenmal nach dem Proportionalsystem vorgenommen. Es wurden 997 Zettel abgegeben, davon entfielen auf die freien Gewerkschaften 549, auf die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 207 und auf die vereinigten christlichen Vereine 220. Die freien Gewerkschaften erhalten 7, die Hirsch-Dunderschen 2 und die christlichen Vereine 3 Vertreter. Wenn man das Ergebnis der Wahl betrachtet, ist es nicht schwer zu begreifen, weshalb in Ulm das Proportionalwahlrecht eingeführt wurde.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Grünau. Die Gemeinde-Wählerlisten liegen in der Zeit vom 15. bis 30. Januar im Gemeindegebäude Zimmer 2, von 9 bis 3 Uhr aus. Wähler, welche verhindert sind, die Listen selbst einzusehen, mögen sich unter Mitbringung einer Legitimation an Emil Stabbert, Restaurant „Zur grünen Ede“, wenden.

Brin. Die Generalversammlung des Wahlvereins findet Freitag, den 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Weniger, Werderstr. 27 statt. Genosse Richard Stramm-Berlin hält einen Vortrag über das Thema: „Der Revisionismus in der Partei“.

Pantow. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß im März die Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung stattfinden. Die Wählerlisten liegen im Rathause, Zimmer 6, vom 15. bis 30. Januar, in der Zeit von 9 bis 3 Uhr und Sonntag, den 17. und 24., in der Zeit von 9 bis 1 Uhr, zu jedermanns Einsicht aus. Da durch Ministerial-Verfügung vom 1. September 1902 die Gemeinden angewiesen sind, keine Abschriften der Wählerlisten zu gestatten, so müssen die Genossen erst recht sich davon überzeugen, ob sie in die Wählerliste eingetragen sind.

Lokales.

Die Orts-Krankenkasse der Cigarrenmacher, Cigarrensortierer und deren gewerblichen Hilfsarbeiter hat in ihrer Generalversammlung beschlossen, die in den Cigarrenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, welche zur Zeit bei der Allgemeinen Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen versichert sind, in ihre

Krankenkasse aufzunehmen. Dieser Beschluß hat auch die Zustimmung der Generalversammlung der Allgemeinen Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen gefunden. Widerspruch gegen die beschlossene Zuweisung der betreffenden Mitglieder können bei der Gewerbe-Deputation des Magistrats, Stralauerstr. 3-6, bis 15. Januar erhoben werden.

Von den städtischen Riefelgütern. Die Stadt Berlin besitz zur Zeit acht verschiedene Riefelgüterverwaltungen, sogenannte Administrationsbezirke in Osdorf, Großbeeren, Spandorf, Falkenberg, Malchow, Blankenfelde, Buch und Schmelzdorf, mit einem Gesamtbesitz von 13 250 Hektar am 31. März 1903. Die Verwaltung der Riefelgüter, die demnachst in der Hand des Professors Dr. Bachhaus-Königsberg i. Pr. vereinigt werden soll, schließt am 31. März 1903 ab und zwar mit einer Minder-Einnahme von 55 299 M. und einer Mehr-Ausgabe von 23 419 M., also mit einem um 78 718 M. gegen den Vorausschlag ungünstigeren Ergebnis. Bei Berücksichtigung der Differenz in dem Werte der Bestände am 31. März 1902 und am 31. März 1903 ergibt sich als Ertrag der Güter für das Etatsjahr 1902/03 ein runder Betrag von 3 103 000 M. bei 2 872 000 M. Ausgaben, mithin ein Ueberschuß von 231 000 M. In diesem Ueberschuß sind 5 Güter beteiligt, nämlich Spandorf mit 15 206 M., Falkenberg mit 118 300 M., Malchow mit 37 209 M., Blankenfelde mit 47 710 M. und Schmelzdorf mit 64 395 M. Drei Güter haben Zuschüsse erfordert, Osdorf 29 119 M., Großbeeren 15 364 M. und Buch 7032 M. Die Riefelgüter sind mit rund 105 Millionen Mark an den Aufsehergütern der Stadt Berlin beteiligt. Durch Tilgung usw. ist diese Summe auf 95 1/2 Millionen Mark zurückgegangen. Wenn es gelingen sollte, die Einnahme der Güter zu steigern, was nicht unmöglich erscheint, wenn man die Einnahmen der einzelnen Güter vergleicht, dann würde sich der neue Landwirtschafts-Direktor Bachhaus ein großes Verdienst erwerben.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Treppen. Der Unterricht in Socialer Gesetzgebung (Entwicklung und Stand der Arbeiterschutz-Gesetzgebung im Deutschen Reich und im Ausland), Vortragender: Schriftsteller Simon Kayensteyn, beginnt heute Donnerstag. In Rede-Übung (Übungen in mündlicher Rede und schriftlichem Aufsatz), Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner, am Freitag, den 22. Januar. Die Mitglieder der Gewerkschaften werden besonders auf den Kursus Socialer Gesetzgebung aufmerksam gemacht.

Zum Dekan der medizinischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität wurde gestern an Stelle des verstorbenen Geheimrats Jolly der Geheimmedizinalrat Dr. med. Julius v. Michel, ordentlicher Professor der Augenheilkunde und Direktor der kaiserlichen Klinik für Augenkrankheiten, gewählt. Die Professoren der Fakultät versammelten sich zu der Wahl, bei der in einem ehrenvollen Nachruf der Verdienste des verstorbenen Gelehrten gedacht wurde.

Weitere Unfälle auf dem Eise. Auch vom vorgestrigen Tage werden eine Reihe von Unglücksfällen mit zum Teil tödlichem Ausgang gemeldet. Am Nachmittag gegen 2 Uhr liefen drei junge Männer den Langen-See entlang; der eine Schlittschuhläufer blieb etwas zurück und lief, von der Bahn abweichend, in eine durch Strohbindel kenntlich gemachte Kuhne. Der Unfall war von dem 23jährigen Malergehilfen Thiel aus der Barnimstraße bemerkt worden, der sich mit seinen Geschwistern in der Nähe der Unfallstelle auf dem Eise befand. Er warf sich platt auf das Eis und es gelang ihm auch, den schon völlig Erstarreten zu erfassen; hierbei geriet der Reiter selbst in Gefahr, in das offene Wasser zu stürzen; ihm leisteten die inzwischen hinzugekommenen Brüder Weiffand und nun konnte der junge Mann endlich gerettet werden. — Etwa eine Stunde später erkrankte in der Dahme bei Grünau, in der Nähe des Ausflusses aus dem Langen-See, der 23jährige Kaufmannsgehilfe Crohlopf aus Berlin. Er lief mit einem Bekannten die Dahme entlang und geriet hierbei unmittelbar neben eine von einem Dampfer gezogene Fahrwinde. Das Eis gab nach und G. stürzte in die Fluten; es gelang ihm jedoch, die Fahrwinde zu durchschwimmen und an der östlichen Seite wieder festes Eis zu fassen. Von hier aus vermaßte jedoch der Kaufmann nicht das Land zu erreichen, da ihm durch eine zweite Fahrwinde der Weg versperrt war. Er lehrte nunmehr nach der ersten Einbruchsstelle zurück, um seinen Freund zum Herbeischaffen von Hilfe zu veranlassen, als das Eis unter ihm zum zweiten Male nachgab und G. in den Fluten verschwand. Rettungsbereitschaft erwies sich als vergeblich. — Noch ein dritter Unfall hat sich am Tage vorher auf der Dahme in der Nähe der Spreemündung bei Apenia ereignet. Dortselbst spielte eine größere Zahl von Kindern auf der Eisfläche, als diese plötzlich barst und der 12jährige Knabe B. aus Apenia unterging. Obwohl Hilfe sofort zur Stelle war, gelang es doch erst nach längerer Zeit, den Kleinen den Fluten zu entreißen. Das Kind, welches noch Lebenszeichen gab, wurde nach dem Krankenhaus gebracht, doch ist sein Zustand fast hoffnungslos.

Die zahlreichen Unglücksfälle, welche vom Sonntag gemeldet wurden, haben Veranlassung gegeben, daß in den Schulen die Lehrer auf die Gefahren des Eisports aufmerksam machten und die Schüler dringend vor dem Betreten polizeilich nicht freigegebener Eisflächen warnen.

Eine Diebstahljagd gab es gestern abend am Stralauer Thor. Eine Frau B. fand bei der Rückkehr in ihre im Hause Oberbaumstr. 2 belegene Wohnung einen Einbrecher bei der Arbeit. Dieser ergriff sofort die Flucht, doch die kouragierte Frau verfolgte ihn unter lauten Hülfeschreien. In der Mühlenstraße ergriff man den Dieb und brachte ihn nach der Wache. Im Augenblick der Verhaftung entledigte sich der Einbrecher mehrere Dietrichs, welche später gefunden und der Polizei übergeben wurden.

Aus Furcht vor einer Operation vergiftet hat sich die 68 Jahre alte Arbeiterfrau Johanna Brauner aus der Jagowstraße 13. Die seit 22 Jahren von ihrem Manne geschiedene Frau, die bei ihrer verheirateten Tochter wohnte, verdiente sich im Winter mit Kartoffelschälen in Kaffern und im Sommer mit Arbeiten im Tiergarten noch selbst ihren Lebensunterhalt, bis sie im vorigen Jahre auf dem rechten Auge am grauen Star erkrankte. Nach der ersten Operation erklärte sie einer Nachbarin, sie wolle lieber sterben als sich noch einmal operieren lassen. Als jetzt in der That eine zweite Operation notwendig wurde, nahm sie Gift und starb daran im Krankenhaus.

Nach Hannover gebracht wurden zwei Zigeuner, die vor einigen Tagen die Polizei in Köpenick unter dem Verdacht des Mordes festnahmen. Vor längerer Zeit wurde bei Hannover ein junger Zigeuner, der mit einem Mädchen einer anderen Wande gegen den Willen der Angehörigen ein Liebesverhältnis anknüpfte, erschossen. Die Mörder zerstückerten ihm auch noch den Kopf bis zur Unkenntlichkeit, um ihre Ermittlung zu erschweren. Die stöckelartige Verfolgung der Verdächtigen hatte dadurch mit Schwierigkeiten zu kämpfen, daß es unter den Zigeunern unzählige Petermanns giebt. Nun wurde, wie wir mitteilen, am Sonnabend vor acht Tagen hier in der Mühlenstraße eine Frau Petermann wegen schwerer Kuppelerei festgenommen und gab an, daß ihr Mann und ihr Kesse sich bei Köpenick aufhielten. Hier wurden die beiden auch ermittelt und vorläufig in Gewahrsam genommen. Da nun ein Mann aus Hannover bekundet, daß er sie damals in jener Gegend bei der verdächtigen Wande gesehen habe, so wurden sie dem Untersuchungsrichter beim Landgericht Hannover zugeführt.

Der berühmte Wilddieb Paul Trempler ist wieder festgenommen worden. Ihm wurden nach seiner tollkühnen Flucht aus einem Eisenbahnzug allerlei Unthaten, die er in den Wäldern zwischen Rotawes-Neuendorf und Belgig verübt haben sollte, nachgeredet. Es hat sich herausgestellt, daß die vorgekommenen Thaten von andren verübt wurden, denn Trempler war es bereits gelungen, bis nach der Schweiz zu entfliehen, wo er sich, wie jetzt festgestellt wurde, in Zürich längere Zeit aufhielt. Die Schweiz hätte Trempler, der nur wegen Jagdvergehens verurteilt wurde, voraussichtlich gar nicht ausgeliefert, so daß er dort unangefochten hätte leben können. Aber die Sehnsucht nach der Heimat war bei dem Wilderer größer, als

das Gefühl der Freiheit. Er verließ die Schweiz und wanderte durch Süddeutschland unter seinem richtigen Namen. Mehrmals wurde er krank und fand Aufnahme in Krankenhäusern. Die Gemeindeverwaltungen reichten dann die Rechnungen über die starksten an den Kreisrat des Heimatsbezirks in Kottbus ein. Man schrieb dann von Kottbus aus regelmäßig sofort zurück, Trempeler festzunehmen, aber jedesmal, wenn die Schreiben eintrafen, war er schon wieder weiter gewandert, bis er schließlich doch im Hannoverischen gefasst wurde.

Vermisst wird seit dem 4. April 1903 der Milchhändler Hermann Heinrich, am 18. September 1837 zu Niederswalde (Kreis Angermünde) geboren. Beschreibung: 1,72 Meter groß, dunkelblond, blaue Augen, Zähne vollständig, Gestalt schlank, Gesichtsfarbe blaß, blonder Schnurrbart, an der rechten Hand drei Finger steif. — Bei seinem Fortzuge war derselbe bekleidet mit neuer, grauer Ledermütze, braunem Jackett, grauer Weste, schwarzen Hosen und schwarzen Gummistiefeln. — Personen, welche über den zeitigen Aufenthalt oder Verbleib des Genannten Angaben machen können, werden ersucht, dies entweder schriftlich oder mündlich in einem Polizei-Revier oder der Kriminalpolizei zu Nr. 2947 IV. 11. 03, Zimmer 329, mitzuteilen.

Wegen schwerer Urkundenfälschung wird der frühere Polizeiwachmeister Bernhard Schulte aus der Prinzen-Allee festsitzlich verurteilt. Schulte, ein Mann von 37 Jahren, stammt aus Brunsbühl, diente beim 4. Magdeburgischen Infanterie-Regiment Nr. 67, das jetzt in Weh liegt, und ging als Unteroffizier zur hiesigen Schutzmannschaft über. Nachdem er bei einem Revier im Osten zwei Jahre Wachmeister gewesen war, wurde er im Jahre 1900 wegen pflichtwidrigen Verhaltens gegen Gastwirte ohne Pension entlassen. Nun war er eine Zeit lang Schreiber bei einem Rechtsanwalt und wurde dann Verwalter des Hauses Prinzen-Allee 25/26, in dem er zugleich ein „Privatdetektiv-Institut“ gründete. Das Institut bestand einzig und allein aus seiner Person, seine Hauptbeschäftigung war die Einziehung von Forderungen. Hierbei ließ er sich die Urkundenfälschungen zu Schulden kommen. Wenn er einem Schuldner den Zahlungsbefehl hatte zustellen lassen, so änderte er auf seinem Exemplar das Datum und ließ auf Grund dieser Fälschung vor Ablauf der Widerspruchsfrist vollstrecken, um unkundigen Leuten keine Zeit zu geben, sich zu erkundigen. Bei einer Arbeiterfrau und einem Schuhmacher in der Prinzen-Allee gelang ihm der Schwindel. Von jener erhielt er 100, von diesem 140 M. Ein Hausverwalter in der Kolonnenstraße, der 64 M. bezahlen sollte, kam gleich hinter die Fälschung und zeigte sie an. Schulte wurde daraufhin anfangs Dezember festgenommen, nach einem Tage aber wieder auf freien Fuß gesetzt. Dann war er drei Wochen in einer Herden-Heilanstalt in Weisensee. Am 22. Dezember als geheilt entlassen, entfernte er sich am 24. unter dem Vorwande, wegen Unwohlseins etwas an die frische Luft gehen zu wollen, aus seiner Wohnung und kam nicht wieder. Jetzt sucht ihn der Untersuchungsrichter beim Landgericht I durch einen Stadtbrief. Die Frau des Flüchtigen lebt mit zwei Kindern im Alter von zwei Jahren und sechs Monaten in bedrängter Lage.

Die Entbindungskasse der Charité ist jetzt so überfüllt, daß vorläufig keine Aufnahmen mehr stattfinden können. Die notwendige Abweitung von Aufnahmefähigen hat in den letzten Tagen bereits zu Unlieblichkeiten geführt.

Zenjan-Gesuch. Diejenigen Personen, welche gesehen haben, wie am 2. Januar zwischen 9 und 9 1/2 Uhr, abends, vor dem Hause Fruchtstraße 69, ein Mann infolge des Glattseins gefallen ist, werden gebeten, ihre Adresse bei Lange, Fruchtstraße 68, vorn 3 Treppen, abzugeben. Besonders die Dame, die den Mann fragte, ob er sich Schaden getan habe, wolle sich melden.

Feuerbericht. Die Berliner Feuerwehr ist in diesem Monat schon 200 mal alarmiert worden. Gestern Abend erfolgten Alarme nach der Gubenerstr. 60, Anklamerstr. 35 und Kommandantenstr. 40. Dort brannten Schaufensterdekorationen, Seifenkartons, Gardinen, Wäsche, Kleider, Körbe u. a. Gleichzeitig mußte in der Feldzeugmeisterstr. 8 ein Küchenbrand gelöscht werden. In der Fürstenstr. 20 gingen Gardinen in Flammen auf, in der Postenstr. 26 standen Holzregale, Spiritus u. a. in Flammen und in der Warschauerstr. 45 brannten Spähne zc.

Im Verein für vollständige Kurse von Berliner Hochschullehrern beginnt am Donnerstag, den 11. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Herr Prof. Dr. Rudolf Lehmann seinen Vortrag über „Die Dichter der deutschen Romantik“ in der Aula des Luisenstädtischen Realgymnasiums, S., Sebastianstr. 26. Eintrittskarten für den sechs Abende von 1 bis 6 Uhr abends in unumfassenden Kursus zum Preise von 1 Mark sind zu haben bei: Georg Belling, W., Leipzigerstr. 128; A. Schüb, O., Holzmarktstr. 60; Chr. Tidendorf, C., Sophienstr. 20; S. E. Lederer, W., Kurfürstenstr. 70; Bernhard Staar, SW., Friedrichstr. 250; Zentralstelle für Arbeiter- Wohlfahrts-einrichtungen, SW., Dessauerstr. 14 (8 bis 3 Uhr).

Aus den Nachbarorten.

Die Beteiligung an den letzten Schöneberger Gewerbeverordnetenwahlen war gegenüber den vorigen Wahlen auf beiden Seiten eine bedeutend größere. Für die Wahlen der Arbeitnehmer-Beisitzer war die neue Bezirkseinteilung jedenfalls von Bedeutung. Während 1902 im ganzen gegen 800 Stimmen abgegeben wurden, fielen diesmal auf unsere Kandidaten gegen 1300 Stimmen, das sind etwa 62 Proz. mehr. Nachdem es jetzt gelungen ist, aus unserer Mitte einen Arbeitgeber-Beisitzer in der Person unseres Genossen Mohanitar Gabriel durchzubringen, dürfte für die Folge auch dieser Seite mehr Beachtung geschenkt werden. Der Anfang ist jedenfalls gemacht, denn unsere 40 Stimmen fanden nur 47 gegnerische gegenüber.

Der Armenetat in Schöneberg wird den vorjährigen Ansatz um 40 000 M. überschreiten. Für 1904 sind für Armenzwecke 336 350 M. ausgesetzt, dieser Summe steht eine Einnahme von nur 97 325 M. gegenüber. Die Armenpflegekosten für in der Fürsorge des hiesigen Ortsarmenverbandes befindlichen Personen betragen allein 141 950 M. (im Vorjahre 112 550 M.), die Armenpflegekosten 137 000 M. (124 400 M.), die Armen- und Krankenpflegekosten für ortsangehörige Personen, die sich in der Fürsorge auswärtiger Armenverbände befinden: 33 300 M. (36 300 M.), Beiträge und Beihilfen an Wohltätigkeits-Anstalten usw. 24 000 M. (23 000 M.). Die fünf anstellten Armenärzte Dr. Sohn, Dr. Samter, Dr. Wegmann, Dr. Mahnow, Dr. Davidsohn beziehen je ein Gehalt von 1000 M.; an das Nierstfelder Kreis-Krankenhaus werden vertragsmäßig 53 200 M. gezahlt, für Heim- und Verpflegungskosten an Krankenhäuser werden 60 000 M. (im Vorjahre 49 000 M.), für Verpflegung von Irren, Idioten, Blinden und Taubstummen 17 400 M. veranschlagt. Ein erstattete Armenpflegekosten seitens des Armenverbandes dürften 72 000 M. eingehen, die übrigen vereinnahmten 25 000 M. setzen sich zusammen aus besonders Verpflichteten, sowie aus Geschenken zc.

Rixdorf. Ein Vertragsschwindel zur Abwehr der Umfahntener wird, wie anderwärts, jetzt auch in Rixdorf praktiziert. Der Verkäufer A. erklärt, das Grundstück Herrn B. zu einem bestimmten Preise vorzubehalten, es nicht anderweitig zu veräußern und Herr B. erklärt darauf, für den Vorbehalt eine bestimmte Summe zu geben. Herr B. geht nun vielleicht mit einem andern Herrn C. hinsichtlich desselben Grundstücks einen gleichen Vertrag ein, und unter Umständen, wenn die Spekulationslust besonders grassiert, kommt es zu einer richtigen Seite derartiger ein Grundstück umfassender Verträge. Es handelt sich natürlich um nichts weiter als um Abgabe und Erwerb des Grundstücks zu Spekulationszwecken, formell rechtlich ist es aber keine Veräußerung. Der Rixdorfer Magistrat hat nun versucht, diese Verträge und auch die Zwischenverträge zu treffen, und hat die betreffenden Leute zur Umfahntener herangezogen. Natürlich großes Geschrei. Auch eine Anzahl Prozesse in Verwaltungsstreitverfahren waren die Folge. In seiner letzten Sitzung hat jedoch der Magistrat

durch einen Beschluß auf Rücknahme der Rechtsmittel in verschiedenen derartigen Prozesse die Waffen strecken müssen, nachdem das Ober-Verwaltungsgericht in einem Urteil vom Ende vorigen Jahres eine Bestätigung derartiger Verträge für unzulässig erklärt hat.

Die Rixdorfer Krankenhaus-Deputation hatte letzten Beschlüsse gefaßt, die darauf abzielen, die Verwaltung der Krankenhausanstalt auf sie, die die Ausführung des projektierten großen Neubaus zu überwachen hat, zu übertragen und sie zu diesem Zwecke um zwei Mitglieder zu verstärken. Der Magistrat, dem diese Beschlüsse unterbreitet worden waren, hat sich ihnen jetzt durch die Genehmigung angegeschlossen.

Der Magistrat bildete eine Kommission, die ermächtigt wurde, namens des Magistrats in Grundsteuer-Streitigkeiten mit den betreffenden Grundbesitzern selbständig Vergleiche abzuschließen. Der Kommission gehören an der Ober-Bürgermeister, der Stadtbaurat und die Stadträte Weirich und Niemei. Im Falle der Behinderung des Ober-Bürgermeisters tritt Bürgermeister Voigt an seine Stelle.

Die Durchführung der Wohnungsdesinfektion soll nach einem Magistratsbeschlusse durch weitere Anschaffungen gefördert werden. Die Vorbereitung des Etats im Magistrat macht Fortschritte. Die Beschlüsse der Deputationen zu den Kapiteln Schulverwaltung, Kapital- und Schuldenverwaltung und Gemeindefreien wurden genehmigt.

Neu-Weißensee. Die Jahresabrechnung für 1902 ist den Gemeindevertretern zugestellt worden. Die Rechnungsergebnisse der ordentlichen Verwaltung lauten: 1. Allgemeine Verwaltung: Einnahme 6790,44 M., Ausgabe 113 041,68 M., mithin Aufschuß 106 251,22 M.; nach dem Haushaltsplan war gefaßt der Aufschuß 95 787,50 M., mithin schlechter 10 463,72 M. — 2. Armenverwaltung: Einnahme 28 568,32 M., Ausgabe 85 376,59 M., Aufschuß 56 813,27 M., gefaßt der Aufschuß 47 508,51 M., mithin schlechter 9094,76 M. — 3. Schulverwaltung: Einnahme 39 600 M., Ausgabe 275 008,83 M., Aufschuß 235 408,83 M., gefaßter Aufschuß 239 689,86 M., mithin besser 4281,03 M. 4. Friedhofs- und Markt-Verwaltung, Feuerlöschwesen: Einnahme 31 660,97 M., Ausgabe 10 821,92 M., Ueberschuß 20 839,05 M., gefaßter Ueberschuß 20 930,50 M., mithin schlechter 91,45 M. — 5. Öffentliche Straßen, Plätze, Wege: Einnahme 43 780,24 M., Ausgabe 69 225,29 M., Aufschuß 25 445,05 M., gefaßter Aufschuß 46 622,08 M., mithin besser 21 177,01 M. — 6. Kanalisation und Wasserleitung: Einnahme 168 252,58 M., Ausgabe 171 894,96 M., Aufschuß 3142,38 M. — 7. Vermögens- und Schuldenverwaltung: Einnahme 5472 M., Ausgabe 34 580,23 M., Aufschuß 29 108,23 M., gefaßter Aufschuß 14 035,96 M., mithin schlechter 15 072,27 M. — 8. Steuerverwaltung: Einnahme 500 517,84 M., Ausgabe 64 133,56 M., Ueberschuß 436 384,28 M., gefaßter Ueberschuß 422 708,39 M., mithin besser 13 675,89 M. — Die Gesamt-Einnahme betrug 824 636,89 M., die Gesamt-Ausgabe 823 583,04 M., verbleibt ein Bestand von 1053,85 M. — Die außerordentliche Verwaltung schließt ab in Einnahme mit 669 302,16 M., Ausgabe 656 789,60 M., so daß ein Bestand von 12 512,56 M. verbleibt. Im Haushaltsplan waren 600 000 M. in Einnahme und Ausgabe gestellt. Unter Hinzurechnung des Bestandes vom Jahre 1901 im Betrage von 66 685,04 M. und 2017,12 M. für verkaufte Pflastersteine ergibt sich die höhere Einnahme.

Ober-Schöneweide. In der letzten Gemeinderats-Sitzung wurde die Neuwahl des Steuerausschusses für Kommunalsteuern vollzogen, dem auch der Genosse Granow angehört. — Das Ortsstatut betreffend Gemeindefeuerwehr wurde gegen den Einspruch unserer Vertreter, welche die Sache wegen ungenügender Information vertagt wissen wollten, genehmigt. Desgleichen ein Vertrag mit dem Forstinspektur wegen Befestigung des Friedhofsweges. — Mitgeteilt wurde, daß die Kosten der neuen Spreckbrücke sich auf 500 000 M. beziffern. Mit der Montierung des eisernen Ueberbaues soll demnächst begonnen werden, so daß voraussichtlich im September die Brücke dem Verkehr übergeben wird. — Nach langen Verhandlungen mit der Erbin der des Ortes, der Grundrenten-Gesellschaft, zwecks Heranziehung letzterer zu den Gemeindefreien ist jetzt ein Vergleich zu Stande gekommen, wonach die Grundrenten-Gesellschaft 200 000 M. an die Gemeinde zu zahlen hat und letztere sich jeder weiteren Forderung begiebt. Hierdurch gehen auch sämtliche Verträge mit Gesellschaften, wie Straßenbahn, Gaswerk, Wasserwerk auf die Gemeinde über, welche sämtlich bis 1950 laufen. Erreicht ist hierbei, daß vom Jahre 1900 ab die Gemeinde aus den Brutto-Einnahmen des Gaswerkes einen Gewinn von 5 Proz. zieht. Schwierig lagert auf der Gemeinde der Wasserbeitrag mit dem Beruf der Gemeinde Himmelsburg, nach welchem der horrend Preis von 30 Pf. pro Kubikmeter zu zahlen ist und nach Ablauf der Erwerb des Rohrnetzes gegen Zahlung von 70 Proz. der Herstellungs-kosten (nach 40 Jahren) in Aussicht steht. — Ein Antrag des Bürgervereins: Vermehrung der Vertreter von 9 auf 18 wird in der nächsten Sitzung verhandelt. Ein diesbezüglicher Antrag unserer Genossen ist seiner Zeit abgelehnt worden.

Neues aus den Spandauer Muffenwerfständen. Eine neue Ueber-schuldung bereitet offenbar die Heeresverwaltung den Arbeitern der Spandauer Muffenwerfstände bevor; bürgerliche Blätter wissen nämlich zu melden, daß die Feldzeugmeisterei beabsichtigt, an Stelle der männlichen Arbeiter billigere weibliche Arbeitskräfte zur Bedienung einer großen Anzahl leicht zu handhabender Maschinen einzustellen. Bezügliche Erhebungen sollen zur Zeit bereits im Gange sein! — Die hier angeländigte Maßnahme ist unfreiwillig Militärskautes würdig; was kümmert ihn das Wohl seiner Arbeiter, was gar die in ihrer Finanzlage dadurch aufs neue arg bedrohte Stadt Spandau! Die weibliche Arbeitskraft ist billiger, williger und läßt sich auch — ebenso wie der Mann — volle zehn Stunden am Tage ausnützen!

Aus Potsdam. Sehr hübsch war die Rede, mit der der Senior der Stadtverordneten-Versammlung, der frühere Hofonditor und jetzige Rentier Hermann, die Leitung der ersten Sitzung übernahm. Die Rede lautete nach dem Bericht eines Notablautes: „Meine Herren! Ehe wir in unsere neue Arbeit für das Wohl und Gedeihen unserer lieben Vaterstadt eintreten, war es bisher stets Sitte, unfreiwillig althergebrachten Kaiserhauses zu gedenken. Ich bitte Sie daher auch heute, mit mir einzustimmen in den Ruf: „Unser allergnädigster Kaiser und Königin, unfreiwilligste Kaiserin und Königin, sowie sämtliche kaiserliche und königliche Prinzen und Prinzessinnen leben hoch — hoch — hoch!“ Unter Erheben von den Plätzen folgten die Anwesenden begeistert dieser Aufforderung.

Wenn wir nicht irren, hat die Berliner Stadtverordneten-Versammlung bisher vergessen, die männlichen und weiblichen Anwesenenden des Kaisers in ihre Lokalitätsbeobachtung einzubeziehen.

Gerichts-Zeitung.

Die Freiprechung des Professors Deditius, der angeklagt war, durch Mithandlungen den Tod eines Säuliers verursacht zu haben, haben wie gestern im Depeschenbeleg bereits gemeldet. Zur Charakteristik des Wahrspruches der Geschworenen tragen wir einige interessante Einzelheiten aus der Verhandlung nach.

Der Angeklagte sagte: Ich beklage, daß ich an dem Tode des Säuliers teilhaftig Schuld habe. Ich habe die Jüchtungen stets nur in milderster Form vorgenommen. Daß ich den Busche mit dem Daumen unter das Kinn geschlagen habe, bestritte ich. Ich habe auch den Busche nicht an die Wand geworfen. Wenn er an die Wand gedrückt ist, dann war das ein unglücklicher Zufall. Als Busche am ersten Tage nach Wiederbeginn des Schulunterrichtes, am 8. Januar 1903, wiederum die Zahlen sah an die Tafel schrieb, sah es mir, als wäre das böse Abfahrt. Ich rüttelte daher den Säuliers und versetzte ihm eine Ohrfeige. Diese Jüchtung war aber keineswegs geeignet, die Gesundheit zu schädigen. — Vorf.: Es soll Ihre Gefügigkeit gewesen sein, auch die andern Schüler an den Knoten zu fassen, zu schütteln, sie an die Wand zu drücken und alsdann zu überlegen, so daß der Kopf an die Wand prallte. — Angekl.: Herr Vorsitzender, das Schütteln blieb immer in den

zulässigen Grenzen, eine Gesundheitschädigung konnte daraus nicht entstehen. — Die vernommenen Mitschüler schildern fast durchgängig den Vorfall wie der dreizehnjährige Quinlaner Paul Hoffman, der folgendes bemerkt: Busche hatte die Zahlen schief an die Tafel geschrieben. Professor Deditius, der gewöhnlich auf dem Katheder saß, rief Busche zu sich, sagte ihm mit beiden Händen am Nacken, schüttelte ihn, drängte ihn odam, indem er dem Busche den Kopf nach hinten drückte, an den Kleinfinger und versetzte ihm eine Ohrfeige, so daß Busche mit dem Kopf an den Eckrand anprallte. Als dann trat Professor Deditius mit Busche wieder an die Tafel und befahl ihm, nochmals Zahlen an die Tafel zu schreiben. Busche schrieb die Ziffern wiederum schief. Darauf sagte Professor Deditius den Busche wiederholt an den Nacken, schüttelte ihn und drängte ihn, so daß der Kopf nach hinten gebeugt wurde, wiederum an die Wand und versetzte ihm noch eine Ohrfeige, so daß Busche mit dem Kopf heftig an die Wand prallte. — Auf Aufforderung des Vorsitzenden zeigt der Zeuge, in welcher Weise Deditius den Busche an den Nacken gefaßt und an die Wand gedrängt hatte, so daß der Kopf nach hinten gebeugt wurde. — Vorf.: Wurdest Du auch in dieser Weise geprügelt? — Zeuge: Ja wohl. — Vorf.: Oftmals? — Zeuge: Ja, bisweilen. — Vorf.: Aus welcher Ursache nahm Herr Professor Deditius solche Jüchtungen vor? — Zeuge: Zumeist wegen schlechten Schreibern. — Vorf.: Welche Busche, als er am 8. Januar 1903 in der geschiederten Weise geprügelt wurde? — Zeuge: Ja wohl, er weinte sehr heftig.

Von den weiteren Aussagen ist besonders die herzerregend, die der Vater des mithandelten Kindes machte. Dieser schildert mit bewegten Worten, wie er alles ausgeboten habe, um seinen Sohn zu retten. Schließlich erblindete sein Sohn. Ich habe mein Kind vielfach gefragt, so etwa fährt der Zeuge fort, was ihm eigentlich passiert sei, er sagte aber stets, es sei ihm nichts passiert. Endlich, etwa zwölf Tage vor dem Tode, rief mich mein Kind ans Bett und sagte: Papa, ich sehe jetzt meinen Tod vor Augen, ich will Dir jetzt bekennen: ich bin von Herrn Professor Deditius furchtbar geschlagen worden, dadurch bin ich erkrankt. Ich sagte: Walter, Du bist doch wohl nicht allein geschlagen worden? Nein, sagte Walter, eine ganze Reihe von Knaben ist von Professor Deditius in heftigster Weise geschlagen worden. Walter nannte mir eine Anzahl Schüler, deren Namen ich aufführte. Am folgenden Tage begab ich mich zu Herrn Direktor Dr. Dammann. Dieser sagte zu mir: Ich weiß, daß Professor Deditius die Kinder schlägt, ich habe es ihm schon wiederholt verboten, er läßt es aber nicht. Ich kann doch schließlich nicht alle Tage durch die Klassen gehen. Nachdem mein Kind gestorben war, kam ich in das Schulgebäude. Da kam mir Professor Deditius entgegen, reichte mir die Hand mit den Worten: Ich beklage, daß ich Ihren Sohn in der Erregung geschlagen habe, ich bitte Sie inständigst, mir zu vergeben. Ich sagte: Ich kann wohl viel vergeben, aber wenn ich mein Kind zu Tode geprügelt, das kann ich nicht vergeben. Der Zeuge kann vor Weinen nicht weiter sprechen. Ein Zug tiefer Bewegung geht durch den Saal. Nachdem sich der Zeuge die Thränen getrocknet, bemerkt derselbe noch: Am folgenden Tage seien Professor Dr. Ved und Stadtbürgermeister Dahl zu ihm gekommen und baten ihn, sie zu beauftragen, dem Deditius übermitteln zu dürfen, daß er ihm verzeihe. Er habe das aber mit Entschiedenheit abgelehnt.

Nachdem sich noch die Sachverständigen in zum Teil widersprechender Weise geäußert hatten, wurden die Bläser gehalten, und die Geschworenen verneinten in später Nachtstunde die Schuldfragen. Hierauf fällt das Gericht das eingangs erwähnte Urteil.

Eine Skandalgeschichte aus Potsdam fand jetzt vor der dortigen Strafkammer ihren vorläufigen Abschluß. Vor derselben hatte sich der Besitzer der in der Brauerstraße 5 belegenen Hofapotheke „Zum Bären“, Friedrich Lutter, ein verheirateter Mann, wegen Verleumdung der 11 resp. 9 jährigen Tochter des Schiffbauers Priebe zu verantworten. Die kleinen Mädchen wurden von dem Angeklagten, als sie dessen Apotheke eines Tages betraten, gefragt, ob sie einen Brautmann hätten und wie dieser aussähe. Im weiteren Verlaufe des Gespräches gebrauchte der Angeklagte schäbfrige Redensarten und entwürdigte sich schließlich in schamloser Weise. Die Kinder machten von ihrem Erlebnis ihren Eltern Mitteilung, worauf der Vater Strafantrag gegen Lutter stellte. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu 600 Mark Geldstrafe event. 60 Tagen Gefängnis, wogegen sowohl er wie die Staatsanwaltschaft, welche eine Gefängnisstrafe festgesetzt wissen wollte, Berufung einlegte. Vor der Strafkammer wurde von der Verteidigung der Versuch gemacht, die beiden kleinen Mädchen als unglaubwürdig hinzustellen, doch schenkte der Gerichtshof ihnen vollen Glauben, sah aber mit Rücksicht auf die bisherige Unbedachtsamkeit des Angeklagten von einer Erhöhung der Strafe ab und erkannte auf Befreiung der beiderseitigen Berufungen. Die Kosten der Verurteilung wurden zur Hälfte der Staatskasse, zur Hälfte dem Angeklagten auferlegt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Vom Schwurgericht in Halle wurde der Maurer Theodor Schollbach aus Gräfenhainichen, geb. in Berlin, wegen Totschlags nach § 214 zu 13 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt. Er soll am 30. August vorigen Jahres als Wildhieb den Gemeindevorsteher Reuthmann von Biehewitz im Walde erschossen haben.

Vermischtes.

Entsprungen. Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Duisburg berichtet wird, liegen sich am Sonntag zwei in der Strafanstalt untergebrachte Gefangene, darunter ein lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilter Verbrecher, an Seilen aus dem Fensterfenster hinab und entliefen. Trotz sofortiger Nachforschungen fehlt von den Flüchtigen bisher jede Spur.

Zum Untergang des kanadischen Dampfers „Alam“ wird noch gemeldet: Dreizehn Leichen Ertrunkener, die beim Untergang der Rettungsboote des schiffbrüchig gewordenen Dampfers „C. V. Alam“ umgekommen sind, sind bis jetzt von den Abwägung der Unglücksstelle abgefangenen Dampfsbooten aufgefunden worden. Die Leberlebenden erzählen erschütternde Szenen, die sich beim Untergang der Rettungsboote abspielten. Ein Mann, dessen Name nicht bekannt ist, brachte seine Frau und seine beiden Kinder in dem ersten Rettungsboot unter, während er noch auf dem Bruch zurückblieb. Kaum war das Boot vom Schiffe abgestoßen, als es auch sofort kenterte. Als der Mann seine Frau und seine Kinder in den Fluten versinken sah, sprang er über Bord und ging mit ihnen unter. Ein junger Bankier Mr. Volton aus Alberta (Britisch Kolumbien) war mit seiner ihm erst vor zehn Tagen angetrauten jungen Frau auf der Hochzeitsreise. Auch er wollte seine Gattin vor allem in Sicherheit bringen und brachte sie in das erste Rettungsboot. Sie erkrankte wie alle übrigen Insassen des Bootes. Der Gatte liegt halbwahnsinnig vor Sämerg im Hospital.

Marktpreise von Berlin am 12. Januar 1904

nach Ermittelungen des kgl. Polizeipräsidiums.		nach Ermittelungen des kgl. Polizeipräsidiums.			
* Weizen, gut D.-Gr.	16,35	16,30	Kartoffeln, neue D.-Gr.	7,00	5,00
„ mittel	16,25	16,20	Rindfleisch, Keule 1 kg	1,80	1,20
„ gering	16,15	16,10	„ do. Bauch	1,50	1,10
* Roggen, gut	12,90	12,85	Schweinefleisch	1,60	1,00
„ mittel	12,88	12,87	Kalbsteck	1,80	1,20
„ gering	12,86	12,85	Lammfleisch	1,80	1,10
† Gerste, gut	14,00	12,90	Butter	2,60	2,00
„ mittel	12,80	11,80	Eier 60 Stüd	5,00	3,00
„ gering	11,70	10,70	Äpfel 1 kg	2,40	1,20
† Hafer, gut	15,50	14,60	Hale	2,80	1,40
„ mittel	14,50	13,60	Hafer	2,80	1,20
„ gering	13,50	12,60	Heute	2,40	1,20
Richtstroh	3,90	3,50	Barfle	1,80	0,80
Heu	7,20	4,80	Schote	3,00	1,40
Erbsen	40,00	28,00	Wiese	1,40	0,80
Speisebohnen	50,00	26,00	Arabis	15,00	3,00
Linzen	60,00	20,00			

* ab Bahn. † frei Wagen und ab Bahn.

